



in Trägerschaft von



gefördert durch



Handlungsempfehlungen zur Erweiterung der Suchthilfe und Suchtprävention in Lichtenberg – Suchtmittelkonsum im öffentlichen Raum



November 2025

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Engagierte in der Suchtprävention und Suchthilfe,

Suchtprävention ist weit mehr als das Verhindern von Abhängigkeit – sie ist ein zentraler Bestandteil moderner Gesundheitsförderung, sozialer Verantwortung und solidarischer Stadtentwicklung. Mit der nun vorliegenden Veröffentlichung der Handlungsempfehlungen für die Suchtprävention im Bezirk Lichtenberg liegt uns ein wertvolles Instrument in den Händen, das Perspektiven aufzeigt, Orientierung gibt und vor allem eines deutlich macht: Prävention gelingt am besten im gemeinsamen Handeln!

Unser Bezirk steht für Vielfalt und sozialen Zusammenhalt. Deswegen haben wir ein fachübergreifendes Netzwerk, der im Bezirk tätigen Dienste, ihren Kooperationspartnern und freien Trägern gebildet. Unter Federführung der Suchthilfekoordination beschäftigt sich das Netzwerk mit der Situation in Lichtenberg und analysiert auffällige Gebiete. Ich danke allen, die an der Erarbeitung dieser Empfehlungen mitgewirkt haben – insbesondere der pad gGmbH, den Fachkräften der Suchthilfe, der Jugendarbeit, dem Gesundheitsamt, dem Sozialamt, der Polizei, der BVG, den Kolleginnen der Gebiets- und Stadtteilkoordination, die sich mit großem Engagement eingebracht haben.

Die Handlungsempfehlungen sind ein Aufruf zum gemeinsamen Weiterdenken und Fortführen dieser Arbeit. Sie bieten konkrete Ansätze für Praxis und Politik – und verdeutlichen, dass wir als Bezirk Verantwortung übernehmen: Für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, für den Schutz von Kindern und Jugendlichen und für eine lebenswerte Zukunft in Lichtenberg.

Ich lade Sie alle herzlich ein, diese Empfehlungen aktiv in Ihre Arbeit einfließen zu lassen, Impulse aufzunehmen und neue Kooperationen zu gestalten. Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen wirksam angehen und nachhaltige Veränderungen bewirken.

Mit herzlichem Dank und besten Grüßen

Ihre Bezirksstadträtin für Gesundheit
Dr. Catrin Gocksch

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	2
Grundverständnis und Adressat:innen	5
1. Hintergrund und konzeptioneller Rahmen	6
2. Lagebild und Entwicklung des öffentlichen Suchtmittelkonsums in Lichtenberg	9
3. Räumliche Schwerpunkte von öffentlichem Suchtmittelkonsum	15
3.1 Bahnhof Lichtenberg	15
3.1.1 Ausgangslage und Konflikte	15
3.1.2 Handlungsempfehlungen	20
3.2 Ringcenter	32
3.2.1 Ausgangslage und Konflikte	32
3.2.2 Handlungsempfehlungen	34
3.3 Campus für Demokratie (ehemalige Stasi-Zentrale)	37
3.3.1 Ausgangslage und Konflikte	37
3.3.2 Handlungsempfehlungen	38
4. Versorgungssystem: Herausforderungen und Handlungsperspektiven	39
4.1 Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen	40
4.2 Ämter, Verwaltung und bürokratische Hürden	41
4.3 Medizinische Versorgung	43
4.4 Suchtberatung und -behandlung	46
4.5 Psychiatrische und psychologische Versorgung	50
4.6 Wohnen und Unterbringung	53
4.6.1 Wohnheime und betreute Wohnformen	53
4.6.2 Notübernachtungseinrichtungen	56
4.6.3 Safe Places – alternative, betreute Wohnformen	57
4.6.4 Anlaufstellen für Frauen	59
4.7 Niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte	59
4.8 Drogenkonsummobil	63
4.9 Niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten	64
4.10 Aufsuchende Straßensozialarbeit	66
4.11 Handlungsmöglichkeiten bei EU-Migrant:innen	69
4.12 Übergang von Jugend- zu Erwachsenenhilfe sichern	71
4.13 Case Management	72

5. Vernetzung	75
5.1 Vernetzung im Hilfesystem	75
5.2 Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe und fachübergreifende Kooperation	77
6. Monitoring	80
7. Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit	82
8. Finanzierung	86
9. Fazit	87
Übersicht Kernempfehlungen	89
Literaturverzeichnis	93
Liste Anlaufstellen und Projekte für Migrant:innen	100

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Konsumrückstände illegaler Substanzen	16
Abbildung 2: Konsum illegaler Substanzen beobachtet oder rückgeschlossen	17
Abbildung 3: obdachlose oder campierende Menschen	18
Abbildung 4: Organigramm Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe	83

Grundverständnis und Adressat:innen

Die Handlungsempfehlungen beruhen auf einem akzeptierenden und humanistisch geprägten Ansatz, der von Wertschätzung, Achtsamkeit und Transparenz getragen wird. Im Mittelpunkt steht der Mensch mit seiner individuellen Lebenssituation – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialem Status oder Konsumverhalten. Konsumierende sollen dort erreicht werden, wo sie stehen; ihre Lebensrealitäten bilden den Ausgangspunkt für Unterstützung und Prävention.

Die Handlungsempfehlungen setzen auf Dialog, Kooperation und gemeinsame Lösungen, die die Bedürfnisse von Konsumierenden, Anwohnenden und lokalen Akteur:innen gleichermaßen berücksichtigen – im Sinne des „Miteinanderlebens statt Verdrängens“. Dabei verbinden die Handlungsempfehlungen einen akzeptierenden und nichtverdrängenden Ansatz mit dem Bewusstsein für Sicherheits-, Nutzungs- und Schutzbedarfe der sozialen Gruppen im öffentlichen Raum.

Sie richten sich an Akteur:innen auf struktureller, fachlicher und lokaler Ebene. Dazu zählen die bezirkliche Verwaltung – einschließlich der Fachämter und Behörden – sowie politische Entscheidungsträger:innen. Ebenso adressiert sind Träger und Einrichtungen der Sucht- und Wohnungslosenhilfe sowie niedrigschwellige und aufsuchende Hilfsangebote, Sozial- und Gesundheitsdienste, Straßensozialarbeit sowie Akteur:innen der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit.

Die genannten Akteur:innen engagieren sich bereits mit hoher fachlicher Kompetenz und großem Einsatz für die Weiterentwicklung sozialer Unterstützungsstrukturen im Bezirk. Die vorliegenden Handlungsempfehlungen haben das Ziel, erfolgreiche Ansätze zu stärken, zusätzliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Sie verstehen sich als Anregung und Orientierung für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung bestehender Strukturen.

Die nachfolgenden Darstellungen und Empfehlungen basieren auf den im Projekt erhobenen Erkenntnissen und stellen unterschiedliche fachliche Einschätzungen und Praxiserfahrungen dar. Sie erheben keinen Anspruch auf vollständige Repräsentation aller Positionen, sondern bilden verschiedene Perspektiven ab, die sich in einzelnen Maßnahmen – etwa ordnungs-, sozial- oder städtebaulich ausgerichteten Ansätzen – auch unterscheiden können.

1. Hintergrund und konzeptioneller Rahmen

Öffentlicher Raum und gesellschaftlicher Kontext

Der öffentliche Raum spielt eine zentrale Rolle für das gesellschaftliche Miteinander in urbanen Quartieren. Er wird von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf vielfältige Weise genutzt – als Transitfläche, Aufenthaltsort, Freizeit- oder Lebensraum. In diesem Spannungsfeld tritt auch der Konsum von Alkohol, Cannabis und anderen Substanzen zunehmend in Erscheinung und stellt Kommunen, Fachkräfte und Anwohnende vor neue Herausforderungen. Gesellschaftliche Entwicklungen wie die Teillegalisierung von Cannabis für bestimmte Personengruppen, sowie der deutlich steigende Crack-Konsum in deutschen Großstädten (Kolke und Pestotnik 2025; Stöver und Leicht 2025) verdeutlichen den Bedarf an differenzierten und sozialraumorientierten Ansätzen. Eine Verdrängung konsumierender Menschen kann und wird dabei keine Lösung sein, da die Probleme nicht gelöst, sondern nur an andere Orte verlagert werden würden.

Anlass und Ziele des Projekts

Der Berliner Sicherheitsgipfel vom 8. September 2023 griff die zunehmenden Problemlagen im öffentlichen Raum auf und beschloss ressortübergreifende Maßnahmen zum Umgang mit öffentlichem Drogenkonsum sowie zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum (Senatskanzlei 2023). Bereits zuvor hatte die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg am 15. Juni 2023 (DS/0818/IX) (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2023) auf diese Entwicklungen reagiert und die Erweiterung der bezirklichen Suchthilfe- und Präventionsarbeit beschlossen – auf Grundlage der Großen Anfrage Nr. 0352/IX (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2022) sowie einer bezirklichen Auftaktveranstaltung zum Thema Drogenkonsum, die den Bedarf an besserer Vernetzung und einem koordinierten Vorgehen verdeutlicht hatten.

Vor diesem Hintergrund wurde im September 2024 das Projekt „Lebenswert Lichtenberg – Suchthilfe und -prävention weiterdenken“ ins Leben gerufen, um Problemlagen im Zusammenhang mit öffentlichem Suchtmittelkonsum zu analysieren und bedarfsgerechte Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Das Projekt wird durch den Träger pad gGmbH in Kooperation mit und finanziert durch das Bezirksamt Lichtenberg umgesetzt. Im Mittelpunkt steht die Weiterentwicklung der bezirklichen Suchtprävention und Suchthilfe. Zentrale Anliegen des Bezirksamtes sind die systematische Analyse von Bedarfen, Konsummustern und Nutzungssituationen, um daraus Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Darüber hinaus soll die fachübergreifende Vernetzung und

Kooperation ausgebaut werden. Weitere Ziele sind die Stärkung von Aufenthaltsqualität, Sicherheitsempfinden und sozialem Miteinander im öffentlichen Raum sowie die Förderung der Entstigmatisierung konsumierender Menschen.

Grundlagen der Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen basieren auf den Maßnahmen und Ergebnissen des Projekts Lebenswert Lichtenberg – Suchthilfe und -prävention weiterdenken:

Von November bis Dezember 2024 führten Kiezläufer:innen zu verschiedenen Tageszeiten Begehungen der Quartiere in Lichtenberg durch. Im Rahmen einer quantitativen Datenerhebung erfassten sie systematisch Daten zu Suchtmittelkonsum und Konsumrückständen.

Weiterhin flossen Ergebnisse und Rückmeldungen aus Netzwerktreffen und Fahrrunden fortlaufend in die Entwicklung der Handlungsempfehlungen ein. Ein zentraler Bezugspunkt war der im Rahmen des Projekts durchgeführte Fachtag „Vom Sicherheitsgipfel in die Ebenen der Suchthilfe und -prävention“ am 3. Dezember 2024, an dem Vertreter:innen aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Suchthilfe teilnahmen. Die Landessuchtbeauftragte eröffnete die Veranstaltung und rückte dabei den Berliner Sicherheitsgipfel als zentralen politischen Ausgangspunkt in den Fokus. Vorgestellt wurde anschließend das in Neukölln etablierte Monitoringmodell zur systematischen Erfassung von Raumnutzungskonflikten und Konsumrückständen, das auf den Strukturen des NUDRA II-Projekts (Riebe et al. 2022) aufbaut.

In der Podiumsdiskussion wurden Handlungsstrategien aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. Beteiligt waren unter anderem die bezirkliche Suchthilfekoordination, die Bahnhofsmision Hamburg, Dozentin der Evangelischen Hochschule Berlin, Teilnehmender des Runden Tisches Bahnhofsvorplatz Lichtenberg sowie das Projekt AlkÖr von pad gGmbH. Im Panel „Monitoring und Daten“ stand die Frage im Mittelpunkt, wie lokal erhobene qualitative und quantitative Daten systematisch nutzbar gemacht werden können und welche Daten für Lichtenberg relevant sein könnten. Das zweite Panel präsentierte den „Social HUB“ am Hamburger Hauptbahnhof – eine Koordinationsstelle für Hilfsangebote für obdachlose Menschen – und reflektierte über Erfolgsfaktoren und Umsetzungshürden. Das dritte Panel befasste sich mit der Frage, wie die Perspektiven von Konsumierenden und lokalen Akteur:innen systematisch eingebunden werden können; anhand partizipativen Kartierens wurden Bedarfe sichtbar gemacht und mögliche Lösungsansätze erarbeitet.

Außerdem wurde am Fachtag das Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe gegründet (→ siehe 5.2 *Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe*), das den interdisziplinären Austausch stärken sollte. Im Rahmen dieses Netzwerks fand ein gemeinsamer Kiezspaziergang am Bahnhof Lichtenberg in Zusammenarbeit mit der städtebaulichen Kriminalprävention statt. Beteiligt waren weiterhin die Bundespolizei am Bahnhof Lichtenberg, die Präventionsbeauftragte der Polizei (Direktion 3 / Abschnitt 34), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt sowie die Sozialraumorientierte Planungskoordination Lichtenberg und weitere Teilnehmende des Netzwerks. Dieser ermöglichte eine gemeinsame Lagebetrachtung vor Ort und diente der Erarbeitung erster Handlungsansätze. Stationen waren unter anderem der Tagestreff für Wohnungslose und Bedürftige des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD), die "Skate-Linse", der Bahnhofsvorplatz, die Bahnunterführung sowie der Kontaktladen Enterprise. (→ siehe 3. *Bahnhof Lichtenberg*)

Im Rahmen des Netzwerks wurde zudem ein Monitoringsystem implementiert, das in Anlehnung an das NUDRA II-Projekt (Riebe et al. 2022) Meldungen zu Raumnutzungskonflikten und Konsumrückständen systematisch erfasst. (→ siehe 5.2 *Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe und fachübergreifende Kooperation* und → siehe 6. *Monitoring*)

Ergänzend wurde 2025 eine Sozialraumanalyse durchgeführt, wobei verschiedene Standorte im Bezirk Lichtenberg in ihrem räumlichen, sozialen und institutionellen Kontext betrachtet wurden. Ziel war es, mögliche Zusammenhänge zwischen Suchtmittelkonsum und weiteren sozialräumlichen Auffälligkeiten zu untersuchen. Untersucht wurden die Standorte Bahnhof Lichtenberg, Ring-Center, U-Bahnhof Magdalenenstraße, U-Bahnhof Tierpark, Allee-Center, Storchenhof-Center und Nöldnerplatz. Herangezogen wurden dafür der Gesundheits- und Sozialstrukturatlas Berlin 2022 (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin 2022), die Bezirksregionenprofile Lichtenbergs 2024 (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2025b). Ergänzend wurden Daten zu Ordnungswidrigkeiten (Januar 2024 bis Februar 2025) sowie polizeiliche Kriminalitätsdaten (Q1/2023 bis Q1/2025) zu den Standorten angefragt und ausgewertet.

Durchgeführte Beobachtungen an Konsumorten ermöglichten zusätzliche Einblicke in Nutzungsdynamiken und Aufenthaltsverhalten. Zur qualitativen Vertiefung wurden leitfadengestützte Interviews mit Vertreter:innen aus der Suchthilfe, dem Gesundheitswesen, der Wohnungslosenhilfe, dem Gemeinwesen, der Polizei, der Berliner Stadtreinigung (BSR), dem öffentlichen Personennahverkehr und Parkläufer:innen sowie mit relevanten Fach- und

Koordinationsstellen der Verwaltung geführt. Ergänzend erfolgten eine Online-Umfrage unter Anwohnenden sowie Gespräche mit Konsumierenden und Gewerbetreibenden und weiteren lokalen Akteur:innen. Darüber hinaus wurde ein begleitender Podcast realisiert, in dem Vertreter:innen verschiedener Praxis- und Verwaltungsbereiche zu ihren Erfahrungen und Perspektiven befragt wurden. Die dort gewonnenen Einblicke flossen ebenfalls in die Einschätzungen und Ableitungen der Handlungsempfehlungen ein. Ein Link zum Podcast findet sich am Ende des Dokuments.

Erfolgreiche Ansätze aus Berlin und anderen Städten wurden im Rahmen einer Literatur- und Modellprojektrecherche analysiert und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf Lichtenberg geprüft.

Im Folgenden werden zunächst zentrale Erkenntnisse zu öffentlichem Suchtmittelkonsum im Bezirk dargestellt. Darauf aufbauend folgen standortbezogene Analysen und Handlungsempfehlungen. Anschließend richtet sich der Blick auf Handlungsansätze zur Weiterentwicklung des Versorgungssystems. Die folgenden Ausführungen und Empfehlungen beruhen auf den im Projekt erhobenen Beobachtungen, Befragungen und Analysen und spiegeln somit die Perspektiven und Erfahrungen der beteiligten Akteur:innen wider.

2. Lagebild und Entwicklung des öffentlichen Suchtmittelkonsums in Lichtenberg

Die Ergebnisse der Befragungen mit Fachkräften, Anwohnenden und weiteren lokalen Akteur:innen im Bezirk weisen darauf hin, dass der öffentliche Suchtmittelkonsum in Lichtenberg in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Er ist im Stadtbild sichtbarer und präsenter geworden – insbesondere an Haltestellen, in Grünanlagen und an Bahnhöfen – und wird zunehmend als alltäglicher Bestandteil des öffentlichen Raums wahrgenommen. In Lichtenberg wurde eine Veränderung der klassischen Trinkerszenen beobachtet. Alkohol ist weiterhin die mit Abstand am häufigsten konsumierte Substanz im öffentlichen Raum, zugleich kommt es jedoch zunehmend zu Mischkonsum mit anderen Substanzen. Neben Cannabis zeigt sich eine wachsende Präsenz illegaler Substanzen, darunter insbesondere sogenannter harter Drogen wie Kokain/Crack und Heroin. Auffällig ist zudem ein enthemmtes Konsumverhalten, das sich unter anderem in einer geringeren Hemmschwelle gegenüber dem öffentlichen Suchtmittelkonsum, auch illegaler Substanzen, äußert. Die Ergebnisse der quantitativen

Datenerhebung durch die Kiezläufer:innen bestätigen diese Beobachtungen.

Erkenntnisse aus quantitativer Datenerhebung durch Kiezläufer:innen

Die quantitative Datenerhebung durch die Kiezläufer:innen identifizierte drei zentrale Konsumorte im Bezirk: den Bahnhof Lichtenberg, die Umgebung des Ring-Centers sowie den U-Bahnhof Magdalenenstraße einschließlich des Geländes des Campus für Demokratie (ehemalige Stasi-Zentrale). Am Bahnhof Lichtenberg wurden die meisten Konsumrückstände insgesamt dokumentiert – überwiegend Alkoholflaschen (rund 83 %), gefolgt von Rückständen, die auf den Konsum von Cannabis (6 %) und illegalen Substanzen (10 %) hinweisen. Hier wurde auch der öffentliche Konsum am häufigsten beobachtet, gefolgt von der Umgebung des Ring-Centers. Dort zeigte sich ein deutlich durchmisches Konsumbild: Alkoholflaschen blieben mit etwa 67 % dominierend, während rund 31 % der Rückstände auf den Konsum illegaler Substanzen hinwiesen. Die meisten Rückstände illegaler Substanzen – insbesondere harter Drogen wie Kokain/Crack und Heroin – konzentrierten sich jedoch im Bereich des U-Bahnhofs Magdalenenstraße und auf dem angrenzenden Gelände des Campus für Demokratie. Dort entfielen rund 67 % der aufgefundenen Rückstände auf illegale Substanzen, überwiegend auf harte Drogen.

Weiterhin wiesen die Erhebungen auf vermehrten Konsum von Alkohol am U-Bahnhof Tierpark, Alleecenter und Lindencenter hin sowie auf den vermehrten Cannabiskonsum am Dolgenseecenter.

Erkenntnisse aus dem Monitoring für Raumnutzungskonflikte und Konsumrückstände

Seit Januar 2025 wurden in Lichtenberg im Rahmen eines bezirklichen Monitorings fortlaufend Meldungen zu Suchtmittelkonsum, Konsumrückständen sowie Obdachlosigkeit und Campieren gesammelt. (→ siehe 6. *Monitoring*) Für die aktuelle Analyse wurden Meldungen von Januar bis Mitte Oktober 2025 berücksichtigt.

Die gemeldeten Daten zeigten im Bereich zwischen den Bahnhöfen Frankfurter Allee und Magdalenenstraße eine Häufung von Konsumrückständen, die auf den Konsum harter Drogen hinweisen. Die meisten Meldungen konzentrierten sich auf den ehemaligen städtischen Friedhof Rudolf-Reusch-Straße, auf den Campus für Demokratie sowie auf die Grünfläche Gürtelstraße, heute genutzt als Hundefreilauffläche. Weitere Meldungen betrafen angrenzende Orte, darunter den U-Bahnhof Magdalenenstraße, die Grünfläche zwischen den Bahngleisen und Wilhelm-Guddorff-Straße, die Grünfläche vor dem Containerbahnhof sowie den Stadtpark Lichtenberg. In anderen Teilen des Bezirks wurden

ebenfalls vereinzelt Funde erfasst, jedoch ohne eine vergleichbare räumliche Verdichtung.

Vier Meldungen dokumentierten den offenen Konsum harter Drogen wie Kokain/Crack und Heroin im öffentlichen Raum. Die Beobachtungen betrafen die Grünfläche Gürtelstraße, den Stadtpark Lichtenberg sowie die Bahnhöfe Nöldnerplatz und Lichtenberg. Weitere Meldungen bezogen sich auf Situationen, in denen Personen angetroffen wurden, bei denen auf den Konsum illegaler Drogen zu schließen war.

Die meisten Meldungen zu obdachlosen oder campierenden Menschen konzentrierten sich auf das Gebiet Frankfurter Allee Süd, insbesondere entlang der Bahnlinie zwischen den Bahnhöfen Frankfurter Allee und Nöldnerplatz sowie zwischen Bahnhof Frankfurter Allee entlang der Möllendorfstraße bis zum Löperplatz. Darüber hinaus zeigte sich im Weitlingkiez, einschließlich des Umfelds des Bahnhofs Lichtenberg, ein weiterer deutlicher Schwerpunkt von Obdachlosenmeldungen.

Die räumliche Verteilung der Meldungen ist in den nachfolgenden Karten dargestellt.

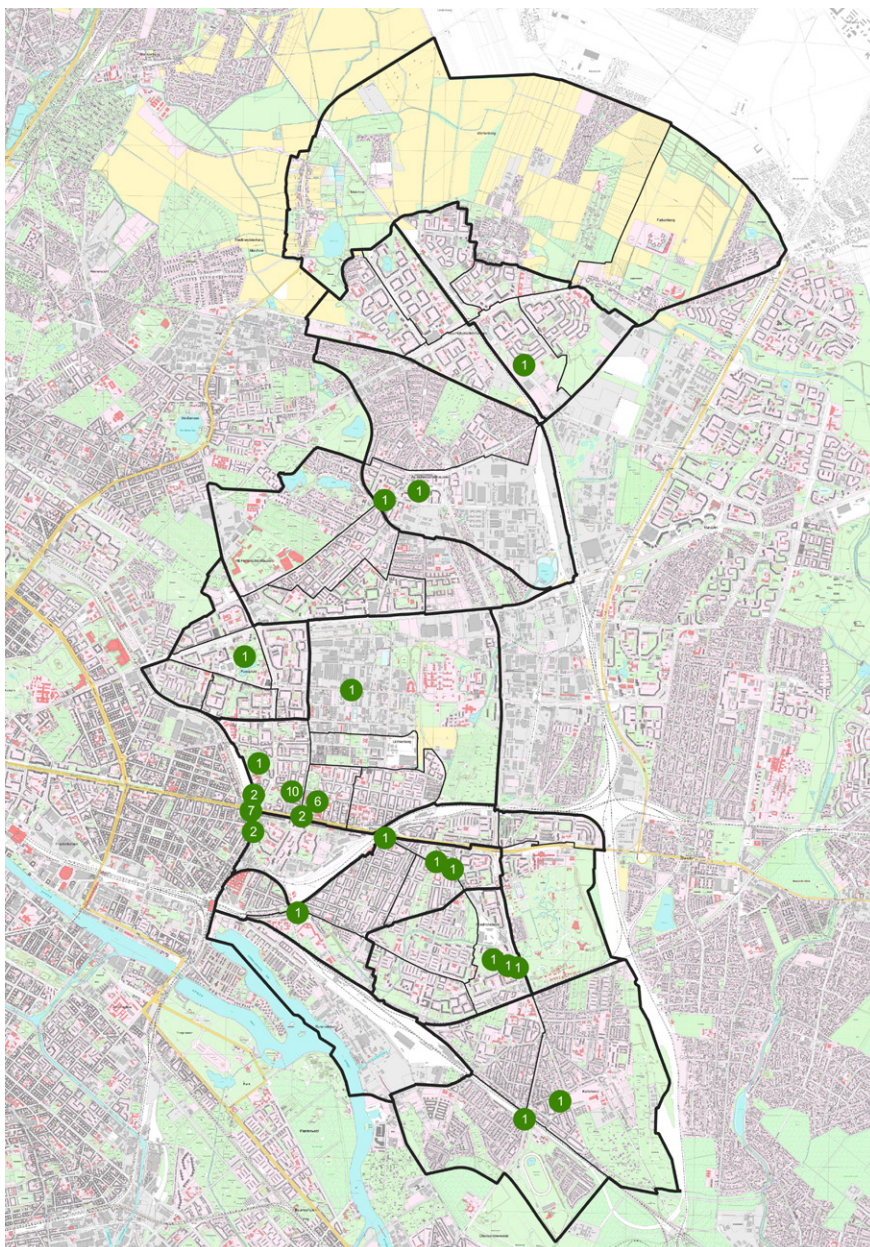


Abbildung 1: Konsumrückstände illegaler Substanzen

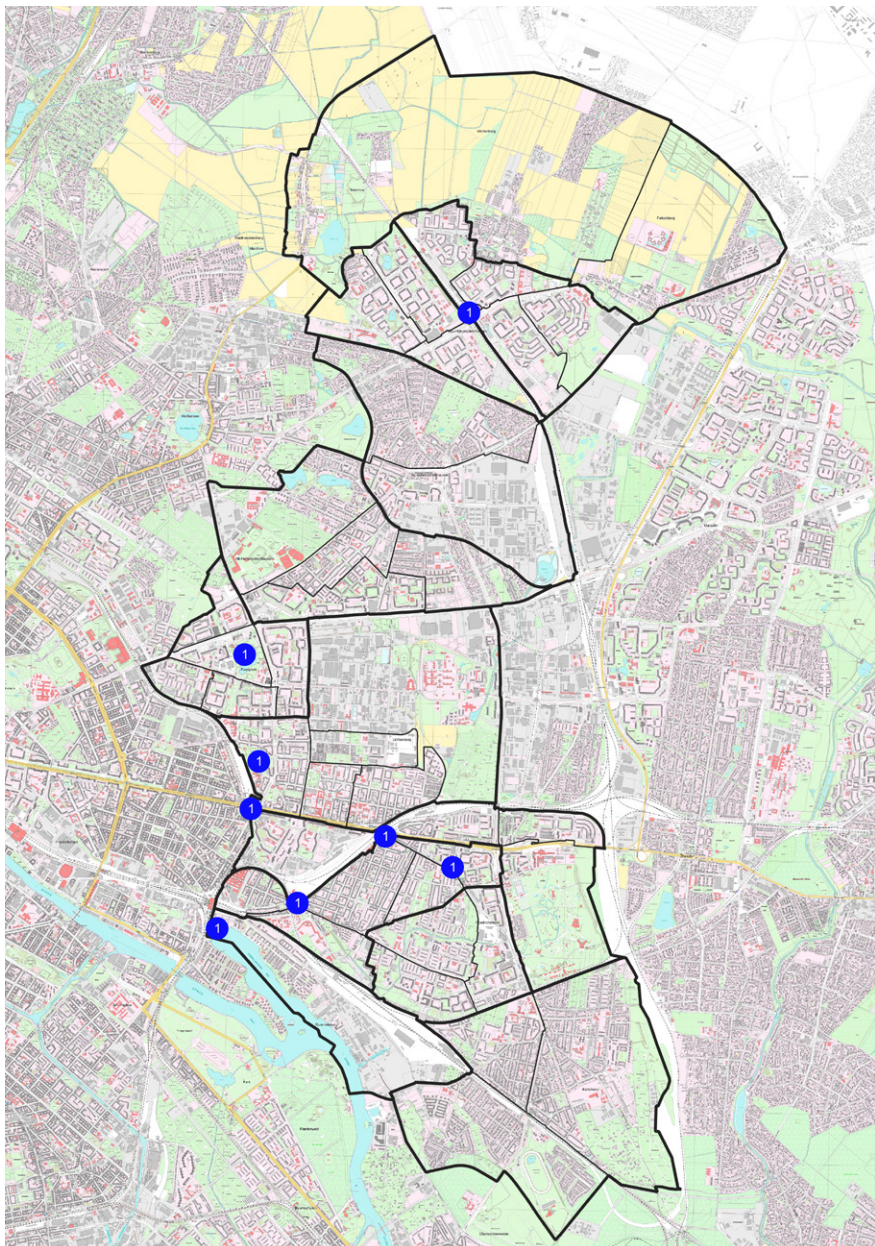


Abbildung 2: Konsum illegaler Substanzen beobachtet oder rückgeschlossen

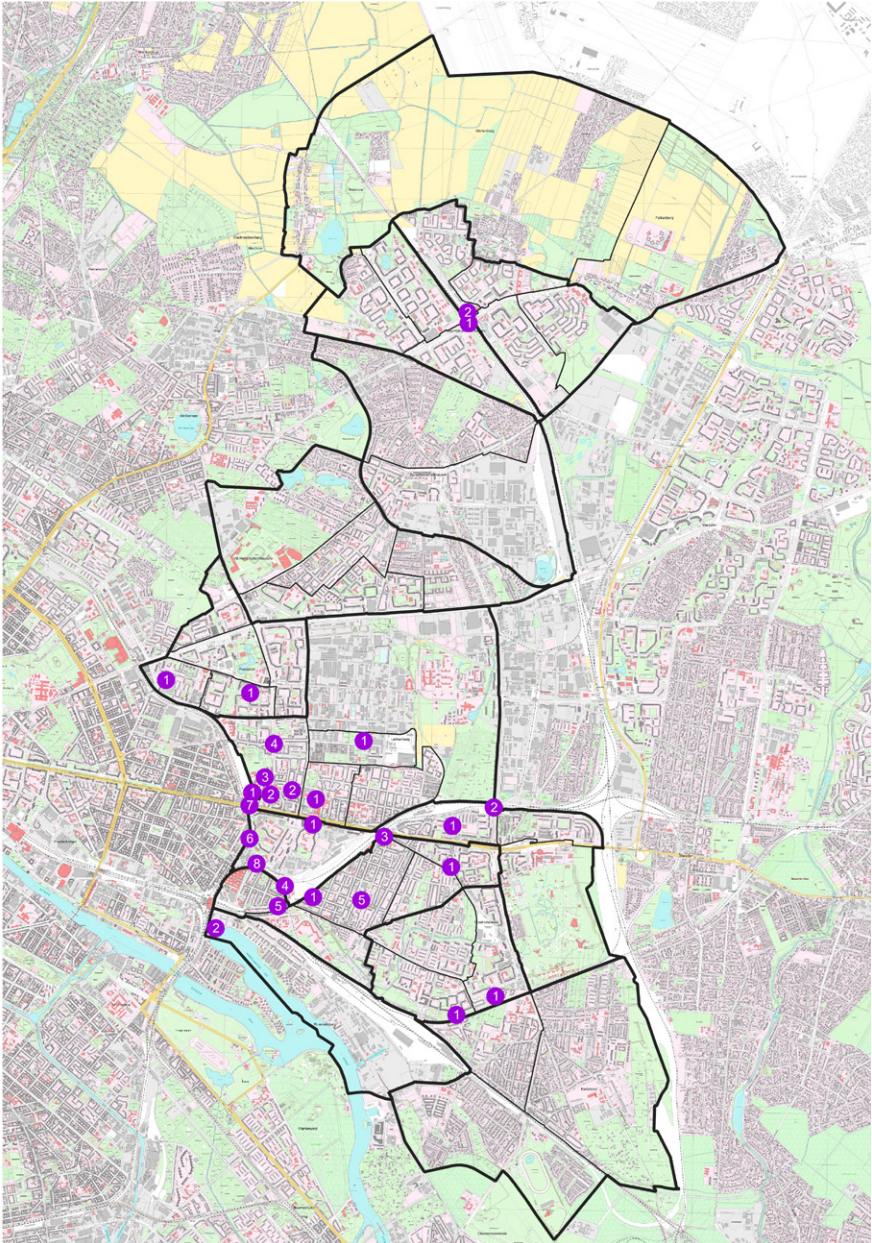


Abbildung 3: obdachlose oder campierende Menschen

In den folgenden Kapiteln werden Problemlagen und Handlungsempfehlungen zu drei zentralen Schwerpunkten des öffentlichen Suchtmittelkonsums – Bahnhof Lichtenberg, Ringcenter und Gelände des Campus für Demokratie vertieft dargestellt.

3. Räumliche Schwerpunkte von öffentlichem Suchtmittelkonsum

3.1 Bahnhof Lichtenberg

3.1.1 Ausgangslage und Konflikte

Zentraler Verkehrsknotenpunkt

Der Bahnhof Lichtenberg ist ein zentraler Verkehrsknoten im Bezirk mit Anbindungen an den Nah- und Fernverkehr sowie internationale Verbindungen, unter anderem nach Osteuropa, beispielsweise die ODEG nach Polen. Er wird täglich von einer Vielzahl unterschiedlicher Nutzergruppen frequentiert.

Der Bahnhofsvorplatz wirkt derzeit weitläufig und wenig einladend, ist stark auf Transit ausgerichtet und weist nur eine geringe Aufenthaltsqualität auf. Die Orientierung fällt stellenweise schwer.

Fehlende Sitzgelegenheiten, ungenutzte Flächen und der Mangel an attraktiven Verweil- oder Freizeitangeboten führen dazu, dass der öffentliche Raum vorwiegend als Durchgangsbereich genutzt wird. Das Bahnhofsumfeld ist zudem durch eine hohe Dichte an Gewerbe wie Imbissen, Spätverkaufsstellen, Wettbüros, Kneipen und Casinos geprägt.

Gleichzeitig befinden sich dort mehrere soziale Einrichtungen, die insbesondere für vulnerable Personengruppen von zentraler Bedeutung sind. Dazu zählen die medizinische Anlaufstelle open.med von Ärzte der Welt e. V. (2025), die Menschen ohne oder mit eingeschränktem Zugang zum regulären Gesundheitssystem medizinische Hilfe bietet, sowie der Tagestreff für Wohnungslose und Bedürftige des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD) der eine niedrigschwellige Anlaufstelle für wohnungslose und bedürftige Menschen im Bezirk darstellt. Beide Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen und sozialen Versorgung konsumierender und wohnungsloser Menschen, die durch das Aufsuchen im Bahnhofsumfeld sichtbar werden.

Aufenthalts- und Konsumort

Obdachlose Menschen aus Berlin, anderen Teilen Deutschlands und dem

Ausland nutzen den Tagestreff am Bahnhof Lichtenberg regelmäßig als erste Anlaufstelle. Viele von ihnen sind EU-Bürger:innen ohne Leistungsanspruch und mit eingeschränktem Zugang zu sozialer oder medizinischer Versorgung. Zahlreiche wohnungslose und marginalisierte Menschen halten sich dauerhaft im Bahnhofsumfeld auf – insbesondere auf dem Bahnhofsvorplatz und in den angrenzenden Bereichen. Dort werden regelmäßig Suchtmittel konsumiert, und einzelne Personen oder Gruppen haben im Umfeld des Bahnhofs temporäre Schlafplätze oder Camps eingerichtet.

Auch Menschen aus umliegenden ASOG-Unterkünften und Wohnheimen nutzen den Bahnhof als Aufenthalts- und Konsumort. In vielen dieser Einrichtungen ist der Substanzkonsum untersagt und die Aufenthaltsqualität sowie die räumlichen Möglichkeiten sind begrenzt, sodass der Bahnhof für viele einen niedrigschwelligen Treffpunkt darstellt.

Neben diesen Gruppen konsumieren auch andere Nutzer:innen des Bahnhofs – etwa Pendler:innen, Berufstätige oder Reisende – Alkohol oder andere Substanzen. Die Erhebungen der Kiezläufer:innen bestätigen, dass der Bahnhof Lichtenberg im Bezirksvergleich einen Schwerpunkt des öffentlichen Suchtmittelkonsums bildet. Im Vordergrund steht dabei der Alkoholkonsum, ergänzt durch Cannabis. Der Gebrauch weiterer illegaler Substanzen kommt ebenfalls vor, spielt jedoch eine geringere Rolle als an anderen Standorten, etwa im Umfeld der Bahnhöfe Frankfurter Allee und Magdalenenstraße. Diese Einschätzungen decken sich mit den Beobachtungen der Bundespolizei am Bahnhof, die ebenfalls den dominanten Alkoholkonsum bestätigt, zugleich aber auch eine Bandbreite weiterer Substanzen registriert.

Besonders sichtbar ist der Konsum auf dem Bahnhofsvorplatz, an der gegenüberliegenden Skate-Linse – eine offene Freifläche mit Skateanlage – sowie auf dem angrenzenden Parkplatz vor dem Supermarkt Penny. Lokale Akteur:innen weisen darauf hin, dass der Suchtmittelkonsum am Bahnhof sowie in den umliegenden Wohngebieten – etwa rund um den Münsterlandplatz – deutlich zugenommen hat.

Am Bahnhof Lichtenberg treffen unterschiedlich Nutzergruppen auf engem Raum zusammen: Wohnungslose, Konsumierende, Reisende, Berufstätige, Anwohnende, Gewerbetreibende und Besucher:innen sozialer Einrichtungen. Diese Vielfalt macht den Ort zu einem zentralen sozialen Knotenpunkt, führt jedoch zugleich zu Nutzungskonflikten.

Kriminalität und Unsicherheitsempfinden

Nach Auswertung der Kriminalitätslage (→ siehe 1. *Hintergrund und*

konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen) liegt die Zahl der Ladendiebstähle am Bahnhof Lichtenberg höher als an anderen Orten innerhalb des Bezirks. Nach ergänzenden Angaben der Bundespolizei handelt es sich dabei häufig um Alkohol- und Kosmetikartikel, die vermutlich zum Weiterverkauf und damit zur Beschaffung von Substanzen entwendet werden. Auch innerhalb der Szene treten wiederholt Diebstähle sowie Gewalthandlungen auf, häufig im Zusammenhang mit Suchtmittelkonsum. Die Konflikte verlaufen oftmals lautstark und enden nicht selten in körperlichen Auseinandersetzungen. Nach Auswertung der Kriminalitätslage (→ siehe 1. *Hintergrund und konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen*) ist die Zahl der Körperverletzungsdelikte am Bahnhof Lichtenberg innerhalb des Bezirks erhöht. Gleichwohl stellt dieser Ort laut Polizei keinen Schwerpunkt für Gewaltdelikte dar. Die Fallzahlen bewegen sich im zu erwartenden Rahmen für einen stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt. Körperverletzungen ereignen sich überwiegend zwischen konsumierenden oder obdachlosen Menschen und häufig im Zusammenhang mit psychischen Krisen.

Nach Auswertung der Kriminalitätslage (→ siehe 1. *Hintergrund und konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen*) liegt die Zahl der Drogendelikte am Bahnhof Lichtenberg im bezirklichen Vergleich über dem Durchschnitt, jedoch gilt der Standort laut Polizei nicht als Schwerpunkt des offenen Drogenhandels und weist keine ausgeprägte Drogenszene auf. In psychischen Ausnahmezuständen werden Anweisungen von Polizei und Sicherheitsdiensten teilweise nicht befolgt, sodass in einzelnen Fällen Zwangsmaßnahmen erforderlich sind.

Berichtet von Gewerbetreibenden und Einrichtungen am Bahnhof Lichtenberg werden immer wieder Situationen, in denen es zu auffälligem oder konflikthaftem Verhalten kommt – etwa in Form von aggressivem Verhalten, Pöbeleien, lautstarken Streitigkeiten oder Vandalismus. Auch öffentlicher Geschlechtsverkehr sowie der offene Konsum illegaler Substanzen werden vereinzelt beobachtet. Solche Situationen treten insbesondere in den Abend- und Nachtstunden auf, wobei die unzureichende Beleuchtung das Unsicherheitsempfinden zusätzlich verstärkt. Zum Gesamtbild tragen zudem einzelne stark alkoholisierte oder psychisch auffällige Personen bei, die Passant:innen ansprechen, anschreien oder bedrängen.

Diese Vorfälle werden von Anwohnenden, Passant:innen, Gewerbetreibenden und anderen Bahnhofsnutzenden als belastend wahrgenommen. Jene verstärken Unsicherheiten und Ängste und führen dazu, dass das Bahnhofsumfeld –

insbesondere von Familien mit Kindern – zunehmend gemieden wird.

Ein besonderer Problembereich ist die Unterführung zwischen S- und U-Bahn. Sie dient vorwiegend dem Transit und wirkt sich durch ihre niedrige Deckenhöhe, dunkle Farbgestaltung und fehlende Nutzungen negativ auf das Sicherheitsempfinden aus. Nur zu Stoßzeiten ist sie stärker belebt. Nach Bürgerbeschwerden wird sie insbesondere nachts von Passanten:innen als Angstraum wahrgenommen. Gleichzeitig stellt sie für konsumierende und obdachlose Menschen, insbesondere in der kalten Jahreszeit, einen Rückzugsort dar.

Verunreinigung

Ein zentraler Konflikt am Bahnhof Lichtenberg und im angrenzenden Umfeld ist die starke Vermüllung, darunter zahlreiche Alkoholflaschen und Konsumrückstände illegaler Substanzen. Trotz zweimaliger Reinigung pro Tag durch die Berliner Stadtreinigung verschmutzen die Flächen sehr schnell erneut. Abfallbehälter werden teilweise nicht genutzt oder sind überfüllt. Obdachlosenlager und abgestellter Hausrat verstärken den Eindruck von Verwahrlosung. Räumungen bewirken in der Regel nur eine kurzfristige Verdrängung; meist kommt es rasch zur Wiederbesiedlung der Flächen, oft durch neue Nutzergruppen.

Ein weiteres Problem stellt die unzureichende Sanitärversorgung dar. Öffentliches Urinieren und die Ablagerung von Fäkalien beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität, besonders in den Sommermonaten. Die einzige Toilette auf dem Vorplatz ist kostenpflichtig und ausschließlich per Kartenzahlung nutzbar. Damit ist sie für viele, insbesondere für obdachlose Menschen, faktisch unzugänglich. Diese sind daher häufig gezwungen, Grünflächen oder abgelegene Bereiche zur Verrichtung ihrer Notdurft zu nutzen. Zugleich bestehen Vorbehalte gegenüber kostenfreien Toilettenanlagen, da eine Zweckentfremdung – etwa für Substanzkonsum oder als Schlafplatz – befürchtet wird.

Skate-Linse als besonderer Konfliktort

Die Skate-Linse befindet sich direkt gegenüber dem Bahnhofsvorplatz und grenzt unmittelbar an die Robinson-Grundschule sowie Wohnhäuser an. Sie ist offiziell als Spiel- und Skateanlage ausgewiesen und dient zugleich als offener Treffpunkt für unterschiedliche Nutzergruppen aus dem Kiez und darüber hinaus – wobei regelmäßig auch Substanzen konsumiert werden. Seit dem Abbau von Sitzgelegenheiten auf dem Bahnhofsvorplatz hat sich ein Teil des Konsumgeschehens sichtbar auf diese Fläche verlagert.

Die Präsenz konsumierender Menschen führt dazu, dass sich andere

Nutzergruppen teilweise unsicher fühlen und den Ort meiden – insbesondere Kinder und Jugendliche. Skater:innen berichten, dass sie die Fläche vor der Nutzung häufig reinigen müssen, da Glasscherben und andere Konsumrückstände die Nutzung erschweren. Zudem wird die bauliche Gestaltung von Skater:innen als wenig attraktiv bewertet, da klassische Elemente wie eine Halfpipe fehlen.

Besonders deutlich treten Nutzungskonflikte im Umfeld der Robinson-Grundschule auf. Schulkinder empfinden den angrenzenden Bereich oft als unsicher, insbesondere im Kontakt mit konsumierenden oder wohnungslosen Menschen. Eltern begleiten ihre Kinder daher regelmäßig auf dem Schulweg. Wiederholt kam es zu Vorfällen, bei denen Unbefugte das Schulgelände betraten, Toiletten nutzten oder Gegenstände entwendeten. Die Schule hat bereits verschiedene kriminalpräventive Maßnahmen umgesetzt; die Möglichkeiten gelten jedoch weitgehend als ausgeschöpft.

Zudem wird der Bereich vor der Schule sowie der nahegelegene Parkplatz vor dem Supermarkt Penny regelmäßig als Toilette genutzt; auch finden sich dort Konsumrückstände. Anwohnende berichten von Beeinträchtigungen durch Lärm, Vermüllung und sichtbarem Konsum.

Mit dem Neubau des Straßenkinderhauses „BUTZE“ (Straßenkinder e.V. 2025) entsteht eine neue Nutzergruppe im direkten Umfeld. Ob sich dies positiv auf die ursprünglich intendierte Nutzung der Skate-Linse als Begegnungsort für Kinder und Jugendliche auswirkt oder ob zusätzliche Nutzungskonflikte mit den dort präsenten Szenenangehörigen entstehen, bleibt abzuwarten.

Positiv hervorzuheben ist, dass viele konsumierende Personen sich gegenseitig unterstützen und an Hilfsangebote verweisen. Außerdem befürworteten sie die Nutzung der Skate-Linse durch Kinder und Jugendliche. Dennoch erfordern die bestehenden Nutzungskonflikte und Unsicherheiten zwischen den Nutzergruppen eine gezielte Moderation und begleitende sozialräumliche Maßnahmen.

Koordination und Zuständigkeiten

Am Bahnhof Lichtenberg kommt es wiederkehrend zu Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeit einzelner Flächen. Obwohl die formale Zuständigkeitsverteilung zwischen Verkehrsbetrieben und Bezirk grundsätzlich geklärt ist, wird die konkrete räumliche Zuordnung vor Ort teils unterschiedlich interpretiert – insbesondere aufgrund der komplexen Eigentumsstrukturen.

Darüber hinaus fehlt es an verbindlichen Kommunikationsstrukturen und

Austausch zwischen den Akteur:innen. Informationen werden teilweise nicht weitergegeben und die beteiligten Akteur:innen kennen sich untereinander häufig nicht ausreichend. Bestehende Hilfsangebote, Zuständigkeiten und Abläufe sind nicht allen Stellen bekannt, sodass Ressourcen ungenutzt bleiben und Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt werden. Die fehlende Koordination erschwert sowohl die alltägliche Zusammenarbeit als auch das Handeln in akuten Krisensituationen und trägt dazu bei, dass Maßnahmen am Bahnhofsumfeld häufig parallel oder unverbunden nebeneinanderlaufen.

3.1.2 Handlungsempfehlungen

Ziel der folgenden Handlungsempfehlungen ist es, die Aufenthaltsqualität am Bahnhof und Bahnhofsumfeld insgesamt zu erhöhen, Nutzungskonflikte zu entschärfen und das subjektive Sicherheitsempfinden zu stärken. Dabei soll die soziale Durchmischung gefördert werden und Menschen in prekären Lebenslagen und konsumierende Personen nicht verdrängt, sondern durch begleitende, niedrigschwellige Hilfsangebote besser erreicht und unterstützt werden.

Ordnungspolitische Maßnahmen

Alkoholverkauf prüfen

Anstelle eines generellen Verbots – das rechtlich schwer durchsetzbar ist und Verlagerungseffekte in Wohngebiete haben könnte – sollte geprüft werden, ob der Verkauf von hochprozentigem Alkohol direkt auf dem Vorplatz eingeschränkt werden kann. Vertragliche Regelungen oder ordnungsrechtliche Auflagen könnten hier zu einer Reduzierung der dauerhaften Verfügbarkeit von hochprozentigem Alkohol beitragen.

Sicherheitskräfte und Verbundstreifen

Grundsätzlich erscheint eine verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften, auch der Polizei, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie im Bereich der Unterführung für empfehlenswert. Die Durchführbarkeit gemeinsamer Streifen verschiedener Akteure bedarf einer separaten und ausführlichen Prüfung.

Entscheidend bleibt, solche Maßnahmen mit sozialarbeiterischen Ansätzen zu verknüpfen, um Verdrängung zu vermeiden und Unterstützung niedrigschwellig zugänglich zu machen.

Interventionsschwellen festlegen

Empfohlen wird die gemeinsame Festlegung klarer Interventionsschwellen für nicht tolerierbare Handlungen und Verhaltensweisen. Dadurch wird ein eindeutiger Handlungsspielraum geschaffen und ein abgestimmtes Vorgehen

ermöglicht. Zur Unterstützung des abgestimmten Handelns wird empfohlen, eine kompakte Übersicht mit relevanten Ansprechpartner:innen und Kontaktdaten bereitzustellen und allen beteiligten Akteur:innen zugänglich zu machen.

Technische Maßnahmen

Empfohlen wird die klare Kennzeichnung von Videoüberwachung am Bahnhof sowie die Installation von Notruf- und Videopräsenzsäulen. Ergänzend sollte die Nutzung von Hilferuf-Apps geprüft werden, um das Sicherheitsgefühl zusätzlich zu stärken und schnelle Unterstützung im Bedarfsfall zu gewährleisten.

Hamburg: Sogenannte „Quattro-Streifen“, bestehend aus Landespolizei, Bundespolizei, DB Sicherheit und der Hochbahn-Wache, bestreifen gemeinsam den Hamburger Hauptbahnhof.

Nach Angaben der Polizei Hamburg werden die Quattro-Streifen von Fahrgästen, Gewerbetreibenden und Gastronomen äußerst positiv wahrgenommen und tragen nach Einschätzung der Beteiligten zu einer spürbaren Stärkung des Sicherheitsempfindens bei (Polizei Hamburg 2025). Seit dem Einsatz sei die Zahl der Gewaltdelikte am Hamburger Hauptbahnhof um rund 25 % gesunken (hamburg.de GmbH 2025).

Hamburg: Von Oktober 2023 bis Juni 2025 testete die Deutsche Bahn am Hauptbahnhof im Rahmen eines Pilotprojekts die Hilferuf-App „Safe Now“, Über die App konnten sich Personen im Bahnhof sowie Reisende bei Bedarf direkt mit der Bundespolizei oder DB Sicherheit verbinden, dabei wurde ihr aktueller Standort automatisch übermittelt. Die neue Ergänzung des Sicherheitskonzepts wurde vor allem von DB-Mitarbeitenden und Gewerbetreibenden am Hauptbahnhof genutzt. (Norddeutscher Rundfunk 2025; Verbeeck 2025)

Soziale Präsenz und Ansprechbarkeit erhöhen

Am Bahnhof Lichtenberg bestehen derzeit nur begrenzte Möglichkeiten, sich bei Fragen, Konflikten oder sozialen Notlagen an Ansprechpersonen vor Ort zu wenden. Ziel der folgenden Maßnahmen ist es, durch eine kontinuierliche und erkennbare Präsenz ansprechbare Strukturen zu schaffen, den Zugang zu Unterstützung zu erleichtern, bei Konflikten frühzeitig zu moderieren und dadurch das Sicherheitsgefühl im Bahnhofsumfeld zu stärken. Die aufgeführten Ansätze stellen unterschiedliche Möglichkeiten dar soziale Präsenz und Ansprechbarkeit am Bahnhof zu erhöhen.

Feste Anlaufstelle

Auf dem Bahnhofsvorplatz sollte eine feste, niedragschwellige Anlaufstelle

eingerrichtet werden, beispielsweise in Form eines Infopoints (z. B. Pavillon oder Bauwagen). Diese sollten eine verlässliche Anlaufadresse für alle Nutzergruppen sein, Beratung und Unterstützung anbieten beziehungsweise an Einrichtungen verweisen sowie Beschwerden entgegennehmen und an die entsprechenden Ansprechpartner:innen weiterleiten.

Mobile Präsenz-Teams und Straßensozialarbeit

Der Einsatz mobiler Präsenz-Teams, etwa in Form von Sozialraumläufer:innen, Bahnhofsläufer:innen oder Platzmanager:innen, sollte etabliert und dauerhaft gesichert werden. Durch ihre regelmäßige Präsenz können sie Konflikte frühzeitig erkennen, als niedrigschwellige Ansprechpersonen fungieren und an Hilfsangebote vermitteln.

Die Straßensozialarbeit sollte gezielt ausgebaut und verstärkt gemeinwesenorientiert ausgerichtet werden. Sozialarbeitende sollten regelmäßig vor Ort präsent sein, um Vertrauen aufzubauen, Konflikte zwischen Nutzergruppen zu moderieren und Konsumierende an Unterstützungsangebote heranzuführen sowie diese in die Nachbarschaft einzubeziehen. Die konkrete Ausgestaltung der Straßensozialarbeit – einschließlich interdisziplinärer Zusammenarbeit, des Einbezugs von Peers und gemeinwesenorientierter Beteiligungsformen – wird noch ausführlicher dargestellt. (→ siehe 4.10 *Aufsuchende Straßensozialarbeit* und → siehe 7. *Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit*)

Berlin: Von August 2024 bis Februar 2025 waren am Ostbahnhof sowie zwischen den Bahnhöfen Friedrichstraße und Lichtenberg Bahnhofsläufer:innen unterwegs. Sie fungierten als sichtbare Ansprechpartner:innen für Bahnhofo Nutzende, halfen bei Unsicherheiten und Konflikten, wiesen auf Regeln hin und vermittelten obdachlose Menschen an Hilfeeinrichtungen. (thinkSi3 GmbH 2025)

Hamburg: Seit 2024 sind Sozialraumläufer:innen im Einsatz, vor allem im Umfeld des Hauptbahnhofs. Sie treten in gut erkennbaren Teams auf und sind tagsüber bis in die Abendstunden präsent und sind Ansprechpartner:innen für alle Bürger:innen, vermitteln bei Interessenskonflikten, verweisen an Beratungs- und Hilfsangebote und sensibilisieren für die Einhaltung von Regeln im öffentlichen Raum. (hamburg.de GmbH 2024)

Berlin: Am Leopoldplatz wurden zwei Infopoints als niedrigschwellige Anlaufstellen eingerichtet. Sie dienen dazu, Beschwerden aufzunehmen, auf Beratungsstellen zu verweisen und geben außerdem

Toilettenschlüssel für die öffentliche Toilette aus. Darüber hinaus fungieren sie als „Notinseln“ für Kinder: In unsicheren Situationen können Kinder die Infopoints aufsuchen und erhalten dort unmittelbar Unterstützung. Ergänzend sind Platzhausmeister im Einsatz, die für Ordnung und Funktionalität des Platzes sorgen. Sie übernehmen kleinere Reparaturen, kontrollieren die Sauberkeit, reagieren auf Vandalismus und stehen als direkte Ansprechpersonen für Fragen und Probleme zur Verfügung. (Wendepunkt gGmbH 2025)

Städtebauliche Maßnahmen

Die folgenden städtebaulichen Empfehlungen basieren auf einer räumlich-funktionalen und kriminalpräventiven Perspektive, die sich unter anderem an Ansätzen der städtebaulichen Kriminalprävention orientieren. Ziel ist es, das Bahnhofsumfeld durch bauliche Aufwertung, bessere Orientierung, bewusste Belebung und sichtbare soziale Präsenz sicherer und nutzbarer für alle zu gestalten. Eine vielfältige Nutzung durch unterschiedliche Gruppen zu verschiedenen Tageszeiten soll gefördert werden, um einseitigen Nutzungen vorzubeugen, das subjektive Sicherheitsempfinden zu stärken und die soziale Kontrolle zu erhöhen, indem Menschen aufeinander achten und Regelverstöße dadurch abgeschreckt werden.

Dabei sollte die Verdrängung bestimmter Nutzergruppen vermieden werden. Entscheidend ist daher, dass diese Maßnahmen nur in Verbindung mit der parallelen Stärkung von Aufenthaltsflächen, Ausbau niedrigschwelliger Aufenthaltsmöglichkeiten und geschützter Rückzugsorte sozial verträglich wirken können – auf diese wird in den folgenden Kapiteln gesondert eingegangen. (→ siehe 3.1.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Aufenthaltsfläche, niedrigschwellige Hilfen im Bahnhofsumfeld* und → siehe 4.6.3 *SafePlaces – alternative, betreute Wohnformen* sowie → siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*)

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen knüpfen an den Ergebnissen der bislang unveröffentlichten Machbarkeitsstudie des Umwelt- und Naturschutzamts an, die im Rahmen des Projekts „Zukunft Bahnhofspatz Lichtenberg“ erstellt wurde. Die Studie zielt auf eine Aufwertung des Bahnhofsumfelds durch mehr Aufenthaltsqualität und vielfältige Nutzungen ab. Vorgesehen sind unter anderem zusätzliche Sitzgelegenheiten und Spielflächen, Entsiegelung und Fassadenbegrünung, öffentliche Toiletten, temporäre Märkte sowie Verbesserungen der Wegeführung und Infrastruktur. (Umwelt- und Naturschutzamt, 2025, unveröffentlicht)

Beleuchtung, Sichtachsen und Wegführung

Eine durchgehende Beleuchtung trägt zu mehr Aufenthaltsqualität bei und kann das Sicherheitsempfinden erhöhen. Klare Sichtachsen und eine nachvollziehbare Wegführung sollten geschaffen werden. Ergänzend kann ein grafisches Leitsystem – beispielsweise durch Beschilderungen oder Bodenmarkierungen – die Orientierung erleichtern und Hinweise auf nahegelegene Hilfseinrichtungen (z. B. Tagestreff, Krisendienst, Kontaktladen enterprise, MyWay usw.) geben. Hinweise zur Bundespolizei im Bahnhofsgebäude sollten auf dem Vorplatz und im Eingangsbereich des Bahnhofsgebäudes deutlich erkennbar sein.

Raumaufteilung und Aufenthaltsbereiche

Empfohlen wird eine deutliche Trennung von Transit- und Aufenthaltsbereichen. So kann die Funktionalität des Verkehrsraums erhalten und gleichzeitig Platz für Begegnung und Verweilen geschaffen werden. Neue, attraktiv gestaltete Aufenthaltszonen sollten die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzergruppen berücksichtigen, einschließlich konsumierender und obdachloser Menschen. Dabei ist zu prüfen, ob eine Aufenthaltsfläche für obdachlose und alkoholkonsumierende Menschen geschaffen werden kann. (→ siehe 3.1.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Aufenthaltsfläche*)

Niedrigschwellige Aufenthaltsangebote

Der vorhandene Trinkwasserbrunnen sollte instandgesetzt werden. Weiterhin sollten niedrigschwellige Angebote wie Spielflächen, Sitzgelegenheiten und Flächen für nachbarschaftliche oder kulturelle Nutzung (z. B. temporäre Ausstellungen, Musik- oder Mitmachaktionen) installiert werden. Solche Elemente fördern Begegnung und soziale Durchmischung und machen das Bahnhofsumfeld einladender. Zusätzlich kann die informelle soziale Kontrolle durch die Integration von Fahrrad-Servicestationen oder Reparaturwerkstätten, gesteigert und in Kombination mit sicheren Fahrradabstellanlagen das Mobilitätsangebot gestärkt werden.

Langfristige und temporäre Nutzung

Es sollten langfristige Nutzungen gestärkt werden, die zu einer belebten und sicheren Platzsituation beitragen – etwa Gastronomie oder kulturelle Einrichtungen. Gleichzeitig ist die Zahl von Spielhallen und Spätverkaufsstellen im Bahnhofsumfeld zu begrenzen und familienfreundliche und vielfältige Nutzungen zu stärken.

Zur kurzfristigen Belebung des Bahnhofsumfelds sollten flexible Formate wie Foodtrucks, Popup-Cafés oder mobile Verkaufsstände geprüft und bedarfsgerecht umgesetzt werden. Die Einrichtung eines Wochenmarktes wurde in der Vergangenheit mehrfach diskutiert, konnte bislang jedoch

nicht dauerhaft umgesetzt werden. Sollte dieser Ansatz erneut verfolgt werden, ist eine klare organisatorische Verantwortung erforderlich. Konsumierende und obdachlose Menschen sollten bei temporären Nutzungen aktiv einbezogen werden, etwa beim Auf- und Abbau oder durch Reinigungsarbeiten gegen eine Aufwandsentschädigung. (→ siehe 4.9 *niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten*)

Umgestaltung der Unterführung

Die Unterführung sollte gestalterisch und funktional überarbeitet werden. Eine hellere Farbgebung, ein durchgängiges Lichtsystem und transparente Strukturen können zur Reduzierung von Angsträumen beitragen. Ergänzend sind kleinteilige Nutzungen wie ein Kiosk, Café, Fahrradservice oder Schließfächer zu prüfen, um die Belebung zu fördern.

Der „Werkzeugkasten“ der Kriminalprävention München bietet mit über 230 praxisnahen Maßnahmen zusätzliche Anregungen zur Weiterentwicklung und Aufwertung des Bahnhofsumfelds. Die Sammlung wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „SiBa – Sicherheit im Bahnhofsviertel“ entwickelt und zeigt, wie Sicherheitsaspekte, Aufenthaltsqualität und soziale Teilhabe durch die Verknüpfung planerischer, sozialer und ordnungsbezogener Ansätze wirksam miteinander kombiniert werden können. (Haverkamp et al. 2024)

 **Berlin:** Für den Leopoldplatz wurde im Rahmen des Programms „Ein Platz für Alle“ ein integriertes Handlungskonzept umgesetzt, das auf vier Handlungsfeldern basiert: kulturelle Belebung, bauliche Veränderungen, soziale Angebote sowie die Verbesserung von Sicherheit und Ordnung. Märkte und Veranstaltungen wie der Weddingmarkt sorgen für eine regelmäßige Nutzung durch unterschiedliche Gruppen. Bauliche Umgestaltungen und neue Aufenthaltszonen tragen zur Aufwertung und besseren Nutzbarkeit des Platzes bei. Die niedrigschwellige Suchthilfe wird durch Fixpunkt e. V. umgesetzt und umfasst Beratungen, Beschäftigungsmaßnahmen sowie ein Drogenkonsummobil. Darüber hinaus wurde ein gemeinwesenorientierter Platzdienst eingerichtet, der das soziale Miteinander auf dem Platz unterstützt und das Café Leo als sozialer Treffpunkt eingerichtet. Ziel des Projekts ist es, verschiedene Nutzergruppen einzubeziehen und Nutzungskonflikten durch abgestimmte Maßnahmen vorzubeugen. (Bezirksamt Mitte von Berlin 2016, Bezirksamt Mitte von Berlin 2023)

Verunreinigungen reduzieren

Verwahrlosung (Müll, Vandalismus) kann weitere Regelverstöße nach sich ziehen und beeinträchtigt darüber hinaus das Sicherheitsempfinden,

wohingegen ein gepflegtes und sauberes Bahnhofsumfeld wesentlich zur Aufenthaltsqualität und zum Sicherheitsempfinden beiträgt. Neben dem Vorplatz sind auch umliegende Grünflächen und Plätze, wie die Skate-Linse regelmäßig zu reinigen.

Pflege und bauliche Instandhaltung

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und des gepflegten Erscheinungsbilds sollten regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dazu gehören die Beseitigung von Vandalismusschäden, Reparaturen an Beleuchtung, Beschilderung oder Ausstattung sowie das Entfernen beschädigter Fahrräder. Konsumierende könnten im Rahmen niedrigschwelliger Beschäftigungsangebote in solche Pflegemaßnahmen einbezogen werden. (→ siehe 4.9 *niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten*)

Spritzenautomat und Entsorgungsinfrastruktur

Geprüft werden sollte die Installation eines Spritzenautomaten an einem zentralen, gut erreichbaren Standort sowie die Aufstellung eines Spritzenabwurfs. Standortwahl und Wartung sollten in enger Abstimmung mit aufsuchenden Sozialarbeitenden erfolgen, um Akzeptanz und fachgerechte Nutzung zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten zusätzliche Abfallbehälter – insbesondere solche mit integrierten Flaschenhaltern – sowie Altglascontainer bereitgestellt werden. Diese sollen Glasscherben vermeiden und Pfandflaschen zugleich sicher und leicht zugänglich machen.

Beteiligungsorientierte Ansätze

Empfohlen wird Reinigungs- und Pflegeaktivitäten durch beteiligungsorientierte Formate zu ergänzen. Gemeinsame Aktionen wie Clean-Up-Tage, an denen Anwohnende, Gewerbetreibende und konsumierende Personen teilnehmen, fördern Verantwortungsbewusstsein und tragen zur Entstigmatisierung bei. Darüber hinaus sollten niedrigschwellige Beschäftigungsangebote geschaffen werden, um Menschen aus der Szene aktiv in Pflege- und Reinigungsmaßnahmen einzubeziehen (→ siehe 4.9 *niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten*). Geeignete Modelle sind beispielsweise Peer-Projekte oder Platzpatenschaften in Kooperation mit sozialen Trägern, bei denen Teilnehmende Verantwortung für bestimmte Flächen übernehmen, für Sauberkeit sorgen und zugleich als Ansprechpersonen fungieren. Solche Projekte unterstützen nicht nur den Erhalt eines gepflegten Umfelds, sondern fördern auch soziale Teilhabe und Tagesstruktur. Kleine Aufwandsentschädigungen oder Ehrenamtspauschalen können zur Verstetigung solcher Ansätze beitragen.

Sauberkeitsbotschafter:innen

Zur Stärkung von Sauberkeit und Ordnung im Bahnhofsumfeld sollte der Einsatz von Sauberkeitsbotschafter:innen geprüft werden. Sie sollten sichtbar im öffentlichen Raum für ein verantwortungsvolles Entsorgungsverhalten sensibilisieren und kleinere Verunreinigungen direkt beseitigen.

Frankfurt am Main: Die Sauberkeitsbotschafter:innen der städtischen #cleanffmInitiative sind in grünen Jacken im Stadtgebiet unterwegs, um mit Passant:innen über verantwortungsvolles Verhalten und ein sauberes Stadtbild ins Gespräch zu kommen. Die mobilen Teams informieren, geben Hundekotbeutel und Taschenaschenbecher aus. Darüber hinaus gibt es Aufräum- sowie Popup-Aktionen, um für mehr Bewusstsein und Engagement für eine saubere Stadt zu werben. (Stadt Frankfurt am Main 2025)

Sanitäranlage

Eine funktionale und barrierefreie Sanitärinfrastruktur ist ein grundlegender Bestandteil der Aufenthaltsqualität im Bahnhofsumfeld. Sie trägt dazu bei, hygienische Standards zu sichern, Verunreinigungen vorzubeugen und die zweckfremde Nutzung umliegender Flächen oder Ausstattungselemente – etwa Sitzgelegenheiten, Grünanlagen oder baulicher Strukturen – zu vermeiden.

Barrierefreie Toilette

Empfohlen wird die Einrichtung einer kostenfreien Toilettenanlage. Eine regelmäßige, gegebenenfalls automatische Reinigung sollte dabei mitgedacht werden. Für eine nachhaltige Umsetzung ist eine enge Abstimmung zwischen Betreibenden, Deutscher Bahn, BVG und Bezirksamt erforderlich, um geeignete Standorte festzulegen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob eine Erweiterung oder Umrüstung bestehender Wall-Toiletten möglich ist – etwa durch kostenfrei zugängliche Urinale oder eine allgemein kostenlos zugängliche Anlage.

Vermeidung von Fehlnutzung

Um Fehlnutzungen und Missbrauch vorzubeugen, kann ein Zugangs- oder Schlüsselsystem erwogen werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Zugang zur Toilettenanlage möglichst niedrigschwellig und barrierefrei bleiben sollte. Eine Ausgabe des Schlüssels sollte direkt sichtbar auf dem Vorplatz erfolgen, beispielsweise gegen ein Pfand, um die Rückgabe zu sichern. Fehlnutzungen lassen sich auch durch eine bauliche Gestaltung reduzieren, die längere Aufenthalte verhindert, beispielsweise mittels zeitgesteuerter Türöffnungen oder Bewegungs- und Präsenzsensoren. Bei Pissoirs sollte weiterhin auf vollständige Sichtschutzelemente verzichtet

werden, um eine missbräuchliche Nutzung – etwa für Drogenkonsum oder Übernachtungen – zu erschweren. Die Anlage sollte zudem mit einem integrierten Spritzenabwurf ausgestattet werden.

Münster: Auf dem Bremer Platz wurde die Szenefläche um eine Toilettenanlage mit zwei Hock-WCs ergänzt. Die Anlage ist nicht überdacht und ohne Türen gestaltet, stattdessen von einer schneckenförmigen - etwa 1,5 Meter hohen Metallwand umgeben. Diese Bauweise schafft Sichtschutz, ermöglicht zugleich Transparenz und soziale Kontrolle und soll so einer missbräuchlichen Nutzung vorbeugen. (Alles Münster 2024; Stadt Münster 2025)

Aufenthaltsfläche

Eine klar definierte Aufenthaltsfläche für alkoholkonsumierende und obdachlose Menschen kann wesentlich dazu beitragen, Nutzungskonflikte zu entschärfen, die Skate-Linse zu entlasten und den öffentlichen Raum insgesamt zu ordnen. Empfohlen wird daher, am Bahnhof Lichtenberg eine solche Fläche einzurichten, die als fester Treffpunkt dient. Sie sollte einen geschützten Ort bieten, an dem diese Menschen sich ohne Anfeindungen aufhalten können und nicht verdrängt werden. Ziel ist es, einen Raum zu schaffen, in dem sie niedrigschwellig erreicht, unterstützt und in bestehende Hilfestrukturen aufgenommen werden können. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um eine für die Betäubungsmittelszene konzipierte Fläche, sondern um einen Treffpunkt für alkoholkonsumierende und obdachlose Menschen. Aus polizeilicher Sicht ist hierbei eine klare Abgrenzung zur Betäubungsmittelszene erforderlich. Aufgrund des Legalitätsprinzips unterliegen der Handel und Konsum von Betäubungsmitteln strafrechtlicher Verfolgung. Sofern eine Nutzung auch durch Personen der Betäubungsmittelszene beabsichtigt wäre, müssten dafür gesonderte Anforderungen hinsichtlich Standortwahl, Ausstattung und Betreuung berücksichtigt werden.

Ausstattung und Gestaltung

Die konkrete Ausgestaltung der Fläche sollte partizipativ erfolgen, um Akzeptanz, Praxistauglichkeit und Wirksamkeit sicherzustellen. Zentrale Elemente sind Sitzgelegenheiten, Witterungsschutz, einfache Sanitäranlagen – beispielsweise in Form von Hock-WCs – sowie eine gesicherte Abfallentsorgung mit regelmäßiger Reinigung. Ergänzend sind Sichtschutzelemente vorzusehen, die einerseits Privatsphäre ermöglichen, andererseits aber soziale Kontrolle und Sicherheit gewährleisten.

Standort und Abgrenzung

Der Standort sollte sich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs befinden, um eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten. Zu prüfen ist die Nutzung der überdachten Fläche auf dem Vorplatz und eine mögliche Übernahme durch den Bezirk, da sich das Areal derzeit teilweise im Eigentum der Deutschen Bahn befindet. Die Aufenthaltsfläche ist klar von Transit- und Bewegungsbereichen abzugrenzen und so zu gestalten, dass Konflikte mit sensiblen Nutzungen wie Schulen, Kitas oder Spielplätzen möglichst vermieden werden.

Sozialpädagogische Begleitung

Die Aufenthaltsfläche sollte dauerhaft sozialpädagogisch begleitet werden, um Sicherheit zu gewährleisten, Konflikte zu entschärfen und Zugänge zu Hilfsangeboten zu eröffnen. Klare Regeln, etwa Gewaltfreiheit und gegenseitige Rücksichtnahme, sind dabei verbindlich festzulegen. Peer-Beteiligung kann zusätzlich zur Selbstverwaltung beitragen und die Akzeptanz stärken. Die Zielgruppe sollte aktiv in die Pflege und Gestaltung der Fläche einbezogen werden und Verantwortung für Sauberkeit, Ordnung und den respektvollen Umgang mit dem Ort übernehmen. Die Straßensozialarbeit sollte aktiv in die Fläche begleiten.

Niedrigschwellige Hilfen

An die Aufenthaltsfläche sollten ergänzend niedrigschwellige Unterstützungsangebote angebunden werden. Dazu gehören beispielsweise Sozialberatung, Wohnhilfe sowie warme Getränke. Durch die räumliche Nähe können Kontaktaufnahme, Vertrauensaufbau und Unterstützung effektiv gefördert werden.

 **Münster:** Im Zuge der Umgestaltung des Bremer Platzes wurde eine räumliche Trennung zwischen dem Bereich für die Szene zum Konsumieren sowie Aufenthalt und Bewegungsflächen für andere Nutzergruppen umgesetzt. Für die offene Drogenszene entstand eine klar definierte Aufenthaltsfläche ausgestattet mit Sitzmöglichkeiten, Wetterschutz, einer Toilettenanlage sowie Sichtschutz durch Lamellen. Diese Gestaltung verbindet Rückzugsmöglichkeiten mit sozialer Kontrolle und wird zudem sozialarbeiterisch begleitet. Erste Erfahrungen zeigen, dass die Fläche regelmäßig von 30 bis 40 Personen genutzt wird und damit zur Entlastung des übrigen öffentlichen Raums beiträgt. (Alles Münster 2024)

Niedrigschwellige Hilfen im Bahnhofsumfeld

Empfohlen wird, niedrigschwellige Anlaufstellen im Bahnhofsumfeld gezielt zu stärken und weiter auszubauen. (→ siehe 4.6.3 *Safe Places – alternative, betreute Wohnformen* und → siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*) Dazu gehören insbesondere Grundversorgungsangebote wie Duschen, Sanitär- und Waschmöglichkeiten, Verpflegung sowie mehrsprachige Sozialberatung. Bestehende Einrichtungen wie der Tagestreff des Humanistischen Verbandes am Bahnhof Lichtenberg und der Kontaktladen enterprise sollten gezielt gestärkt werden und durch mobile oder temporäre Angebote in unmittelbarer Bahnhofsnähe ergänzt werden. Zudem ist zu prüfen, ob leerstehende Räume etwa im DRK-Gebäude auf dem Vorplatz oder in der Bahnhofshalle genutzt werden können. Es sollte auf eine sinnhafte Nutzung hingewirkt werden.

Safe Places

Langfristig sollte die Entwicklung von Safe Places - etwa in Form betreuter Wagenplätze, Containerlösungen oder Tiny Houses im Bahnhofsumfeld geprüft werden. Diese bieten obdachlosen Menschen sichere Rückzugsmöglichkeiten und Stabilisierung. Gleichzeitig können sie dazu beitragen, informelle Camps und Verunreinigungen im öffentlichen Raum zu verringern und den Bahnhof insgesamt zu entlasten. (→ siehe 4.6.3 *Safe Places – alternative, betreute Wohnformen*)

Schließfächer

Ergänzend sollten kostenfreie Schließfächer eingerichtet werden, um obdachlosen Menschen eine sichere Aufbewahrung persönlicher Gegenstände zu ermöglichen und Diebstahlsrisiken zu verringern – beispielsweise auf dem Vorplatz oder in der derzeit ungenutzten zweiten Etage des Bahnhofsgebäudes. Das Laden von technischen Geräten sollte ebenfalls ermöglicht werden.

 **Berlin:** In Kreuzberg wurden 22 Schließfächer in unterschiedlichen Größen – von Ausweis- bis Schlafsackformat – installiert, die rund um die Uhr nutzbar sind und unkompliziert über eine Sozialstation vergeben werden (Liesegang 2024).

Handlungsempfehlungen Skate-Linse

Ziel ist es, die Skate-Linse als sicheren, offenen Bewegungsraum für verschiedene Nutzergruppen zugänglich zu machen und gleichzeitig Nutzungskonflikte zu verringern.

Koordination und soziale Begleitung

Zur Verbesserung des Miteinanders und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls

sollte im Bereich der Skate-Linse eine regelmäßige soziale Präsenz sichergestellt werden. Straßensozialarbeit, Betreuungspersonal oder Peer-Projekte sollten frühzeitig auf Konflikte reagieren, Ansprechbarkeit gewährleisten und für Verhaltensregeln sensibilisieren.

Die Skate-Linse sollte noch deutlicher als Spiel- und Sportfläche erkennbar sein. Empfohlen wird daher eine auffälligere, mehrsprachige Kennzeichnung, die sowohl die vorgesehene Nutzung als auch grundlegende Verhaltensregeln vermittelt, um Missverständnisse zu vermeiden und einen respektvollen Umgang zwischen den verschiedenen Nutzergruppen zu fördern. Dies kann durch gut sichtbare Piktogramme, Bodenmarkierungen oder grafisch gestaltete Informationsflächen erreicht werden. Empfohlen Einsatz von Reverse Graffiti an – einer kreativen Form der Bodengestaltung, bei der Schriftzüge oder Symbole nicht durch Farbe aufgetragen, sondern durch gezieltes Reinigen verschmutzter Flächen sichtbar gemacht werden.

Zur Förderung positiver Begegnungen wird der Ausbau betreuter Skateangebote empfohlen. Diese können in Kooperation mit Jugendhilfeträgern oder dem dort entstehenden Straßenkinderhaus „BUTZE“ (Straßenkinder e.V. 2025) umgesetzt werden. Denkbar ist auch die Aufstellung eines Containers für Betreuung und Materialausgabe. Erste erfolgreiche Ansätze bestehen bereits durch die Materialausgabe des SportJugendBildungsZentrums Lücke (Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH 2025), die von vielen Kindern genutzt wird und Berührungspunkte zwischen unterschiedlichen Gruppen abbaut.

Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit zwischen der Robinson-Grundschule, dem Tagestreff für Wohnungslose und Bedürftige, dem Straßenkinderhaus BUTZE sowie der Straßensozialarbeit gestärkt werden. Gemeinsame Begegnungsformate – etwa Mitmachaktionen oder Tage der offenen Tür – können das gegenseitige Verständnis fördern und Spannungen abbauen.

Bauliche Weiterentwicklung

Langfristig könnte die Skate-Linse baulich weiterentwickelt werden, um die Attraktivität der Anlage zu sichern und Raum für vielfältige Nutzungen zu schaffen. Die Skateszene sollte dabei aktiv in die Planung und Umsetzung einbezogen werden. Kurzfristig können gemeinsam mit Jugendlichen kleinere gestalterische Maßnahmen umgesetzt werden etwa farbliche Akzente, temporäre Skate-Elemente oder partizipative Verschönerungsaktionen.

Weiterhin soll die vorgesehene Aufenthaltsfläche für alkoholkonsumierende und obdachlose Menschen zur Entlastung der Skate-Linse und zur Verringerung

von Nutzungskonflikten beitragen. (→ siehe 3.1.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Aufenthaltsfläche*)

Berlin: Am Weißenseer Weg in Fennpfuhl beteiligten sich Nutzer:innen an der neu sanierten Skateanlage: So wurde eine große Halfpipe installiert und der Träger K.U.L.T. übernimmt die Platzbetreuung. Dadurch entsteht nicht nur ein attraktiver Spot für Skater:innen, sondern auch ein Ort für Begegnung und positive Interaktion. (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2024)

Vernetzung

Standortbezogene Praktiker:innenrunden

Um die Zusammenarbeit am Bahnhof Lichtenberg zu verbessern, sollten regelmäßige standortbezogene Praktikerrunden eingerichtet werden, in denen lokale Akteur:innen zusammenkommen. Auf diese Weise können Informationen verlässlich weitergegeben, Zuständigkeiten geklärt und Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt werden. Für konkrete Fragestellungen – etwa die Gestaltung der Skate-Linse oder den Umgang mit Fragen der Sauberkeit und Aufenthaltsqualität – bietet es sich an, thematische Untergruppen zu bilden, die passgenaue Handlungsschritte erarbeiten. Der runde Tisch Bahnhofsvorplatz ist bei konkreten Anliegen wieder einzuberufen. (→ siehe 5.2 *Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe - fachübergreifende Kooperation*)

Stadtteilkoordination

Es wird empfohlen, die Stadtteilkoordination am Bahnhof Lichtenberg als Koordinations- und Vermittlungsstelle zu stärken, um bestehende Strukturen miteinander zu vernetzen und klare Kommunikationswege zu etablieren. Durch die verstärkte regelmäßige Präsenz vor Ort sollen außerdem Anliegen und Beschwerden niedrigschwellig aufgenommen und weitergeleitet werden.

3.2 Ringcenter

3.2.1 Ausgangslage und Konflikte

Einkaufs- und Verkehrsknotenpunkt

Das Ring-Center 2 und 3 bildet gemeinsam mit dem benachbarten Ring-Center 1 in Friedrichshain einen stark frequentierten Einkaufs- und Verkehrsknotenpunkt. Der hohe Besucherstrom wird insbesondere durch die Anbindung an den S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee und mehrere Tramlinien begünstigt. Zusätzlich trägt die Kreuzung Frankfurter Allee / Gürtelstraße zu einer ausgeprägten Anonymität bei.

Im Umfeld konzentrieren sich zahlreiche soziale Einrichtungen, darunter die Notübernachtung der Berliner Stadtmission am Containerbahnhof sowie die Substitutionspraxen (AID) des Berliner Drogennotdiensts in Friedrichshain und in Lichtenberg. Durch die Nähe zu Bars, Clubs und dem Berliner Nachtleben wird das Gebiet auch in den Abendstunden stark frequentiert.

Nutzungskonflikte im Umfeld des Ringcenters

Im Umfeld des Ring-Centers hält sich eine größere Zahl obdachloser und suchtmittelkonsumierender Personen auf. Viele von ihnen nutzen die nahegelegene Notübernachtung oder halten sich tagsüber in den umliegenden Bereichen auf. Unter den Angetroffenen befinden sich unter anderem zahlreiche EU-Bürger:innen ohne Leistungsberechtigung. In der Umgebung treffen sich regelmäßig Patient:innen aus den umliegenden Substitutionspraxen.

Die Ergebnisse der quantitativen Datenerhebung durch die Kiezläufer:innen und die Monitoring-Daten zeigen, dass die Umgebung des Ring-Centers ein weiterer zentraler Schwerpunkt des öffentlichen Suchtmittelkonsums im Bezirk bildet. Neben Alkohol und Cannabis werden hier zunehmend auch illegale Substanzen konsumiert, darunter harte Drogen wie Kokain/Crack und Heroin. Nach Einschätzung von Fachkräften hat die Präsenz dieser Substanzen im Umfeld des Ring-Centers in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Nach polizeilichen Erkenntnissen hat sich im Bereich der S- und U-Bahn-Station Frankfurter Allee und Umgebung verstärkt eine Trinker- und Drogenszene etabliert.

Der Suchtmittelkonsum erstreckt sich vom Vorplatz des Ring-Centers in umliegende Grün- und Freiflächen, Plätze sowie Wohngebiete, wo regelmäßig Konsumrückstände, Fäkalien, öffentliches Urinieren sowie campierende oder obdachlose Personen festgestellt werden.

Nach den Ergebnissen des Monitorings zählt die Grünfläche Gürtelstraße – neben dem ehemaligen städtischen Friedhof Rudolf-Reusch-Straße und dem Campus für Demokratie – zu den Orten mit den meisten Spritzenfunden. Zudem wurde dort, ebenso wie im Stadtpark Lichtenberg, der offene Konsum harter Drogen beobachtet. Weitere Orte, an denen regelmäßig Konsumrückstände gefunden werden und konsumierende oder obdachlose Personen angetroffen werden, sind die gegenüberliegende Toilette Gürtelstraße, der Rathauspark, die Parkaue, die Grünflächen vor dem Containerbahnhof sowie die Grünfläche zwischen den Bahngleisen und der Wilhelm-Guddorf-Straße. Insbesondere im Rathauspark bestehen wiederkehrende Nutzungskonflikte, zu denen zahlreiche Bürgerbeschwerden vorliegen. Hier hat sich eine feste Trinkerszenen etabliert, wodurch Teile des

Parks von anderen Nutzergruppen gemieden werden.

Nach Auswertung der Kriminalitätslage (→ siehe 1. *Hintergrund und konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen*) ist die Zahl der Diebstahlsdelikte am Ringcenter im Vergleich zu anderen Orten im Bezirk, auch im Vergleich zum Bahnhof Lichtenberg, deutlich erhöht.

Nach Rückmeldungen von Fachkräften, die mit dem Ringcenter in Kontakt stehen, handelt es sich dabei überwiegend um den Diebstahl von Alkohol. Unter den Gewerbetreibenden hat sich ein Gefühl der Resignation eingestellt, Anzeigen werden häufig nicht mehr erstattet. Kund:innen und Beschäftigte berichten zudem von Belästigungen durch schreiende, pöbelnde oder psychisch auffällige Personen, vereinzelt auch von sexuellen Übergriffen. Das Ring-Center wird daher zunehmend als „Angstzone“ wahrgenommen.

Polizeiliche Maßnahmen beschränken sich meist auf Platzverweise oder Hausverbote, deren Wirksamkeit zeitlich begrenzt sind. Die Betriebskosten des Ring-Centers sind infolge hoher Ausgaben für Sicherheitsdienste und bauliche Maßnahmen deutlich gestiegen; weitere kriminalpräventive Ansätze gelten als ausgeschöpft. Das Centermanagement hat bereits mehrfach auf die zunehmende Problematik aufmerksam gemacht, welche zum Rückgang des Umsatzes beitragen würde. Die Situation erschwere die Ansiedlung neuer Gewerbetreibender und gefährde langfristig die Wirtschaftlichkeit des Standortes.

3.2.2 Handlungsempfehlungen

Zur Reduktion von Nutzungskonflikten im Ringcenters und dessen Umgebung sollten alternative Aufenthaltsmöglichkeiten und Rückzugsmöglichkeiten geschaffen werden.

Tagesaufenthalt

Die Öffnungszeiten naheliegender Tagerestaurants sollten so angepasst werden, dass sie unmittelbar an die Öffnungszeiten der Notübernachtungseinrichtung am Containerbahnhof anschließen und keine Versorgungslücken entstehen. Ergänzend wird ein zusätzlicher Tagesaufenthalt in fußläufiger Nähe zum Ring-Center empfohlen. Ziel ist die Nutzung des Centers als Aufenthalts- und Schutzort zu verringern und die Wartezeiten bis zur Öffnung der Notübernachtung zu überbrücken. Besonders im Winter werden wettergeschützte Aufenthaltsorte als Kälteschutz und im Sommer Hitzeschutz-Orte mit Trinkwasser und Schatten benötigt. Das Angebot sollte eine niedrigschwellige Grundversorgung und mehrsprachige Sozialberatung umfassen (→ siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalt*).

te); die Räume der Notübernachtung könnten – sofern betrieblich möglich – tagsüber mitgenutzt werden. Entscheidend ist, dass eine lückenlose Versorgung ohne längere Unterbrechungen gewährleistet wird. Zu prüfen ist auch die Nutzung leerstehender Räume im Ringcenter für Sozialberatung.

Mobile Gesundheitsangebote

Weiterhin sollten mobile Gesundheitsangebote (z.B. Wundversorgung durch Arztmobil) in der Umgebung geprüft werden. (→ siehe 4.3 *medizinische Versorgung*)

Aufenthaltsfläche

Analog zu den Empfehlungen am Bahnhof Lichtenberg sollte in der Umgebung des Ring-Centers eine betreute Aufenthaltsfläche für alkoholkonsumierende und obdachlose Menschen eingerichtet werden (→ siehe 3.1.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Aufenthaltsfläche*). Die Fläche sollte bevorzugt neben der Notübernachtung eingerichtet werden, damit diese von Besucher:innen ohne größere Wege direkt genutzt werden kann. Die örtliche Zuständigkeit muss geklärt werden.

Empfohlen werden auch hier kostenlose Schließfächer für obdachlose Menschen, um Diebstahlrisiken zu reduzieren und Flächen zu entlasten (→ siehe 3.2.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Niedrigschwellige Hilfen im Bahnhofsumfeld*).

Drogenkonsummobil

Zur Entlastung offener Konsumorte sollte der Einsatz eines Drogenkonsummobils geprüft werden (→ siehe 4.8 *Drogenkonsummobil*).

Mobile Präsenz-Teams und Straßensozialarbeit

Empfohlen wird der regelmäßige Einsatz mobiler Präsenz-Teams und der Ausbau der Straßensozialarbeit, um sichtbar ansprechbar zu sein, Konflikte frühzeitig zu moderieren und Zugänge zu Hilfen zu eröffnen (→ siehe 3.2.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Soziale Präsenz und Ansprechbarkeit erhöhen*). Besonders in den Zeiträumen vor dem Öffnen und nach dem Schließen der Notübernachtung am Containerbahnhof, in denen viele obdachlose und konsumierende Personen im Umfeld des Ringcenters sichtbar werden sollten Straßensozialarbeitende und mobile Teams vor Ort präsent sein. Gemeinsame Rundgänge mit dem Sicherheitsdienst – insbesondere im Parkhaus – können zur Lageklarheit und deeskalierenden Routinen beitragen. Für wiederholt auffällige Fälle sind zudem interdisziplinäre Fallkonferenzen empfehlenswert.

Die konkrete Ausgestaltung der Straßensozialarbeit, einschließlich interdisziplinärer Zusammenarbeit, des Einbezugs von Peers und gemeinwesenorientierter Beteiligungsformen – wird noch ausführlicher dargestellt. (→ siehe 4.10 *Aufsuchende Straßensozialarbeit* und → siehe 7. *Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit*)

Bezirksübergreifende Vernetzung

Beteiligte Fachbereiche und Fachkräfte beider Bezirke sollten sich regelmäßig zum Standort austauschen. Bezirksübergreifende Praktikerrunden sollten verstärkt werden, um gemeinsame Lagebilder zu erstellen und Maßnahmen abgestimmt umsetzen. (→ siehe 5.2 *Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe und fachübergreifende Kooperation*)

Stadtteilkoordination

Die Stadtteilkoordination sollte gestärkt werden, um durch regelmäßige Präsenz vor Ort Anliegen frühzeitig aufzunehmen und die Vernetzung der Akteur:innen vor Ort zu verstärken. (→ siehe 3.2.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Stadtteilkoordination*)

Sanitäranlage und Spritzenentsorgung

Zur Reduktion von Verunreinigungen sind kostenlose, barrierefreie Toiletten in unmittelbarer Nähe des Ringcenters einzurichten (→ siehe 3.2.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Verunreinigungen reduzieren*). Die bestehende Toilette an der Gürtelstraße sollte kostenfrei zugänglich gemacht und um einen Spritzenabwurfbehälter ergänzt werden. Eine weiterer Spritzenabwurf sollte auf der Grünfläche rechts vor dem Containerbahnhof installiert werden.

Beteiligungsorientierte Ansätze

Gemeinsame Aktionen, an denen Anwohnende und konsumierende Personen an Reinigungs- und Pflegeaktivitäten teilnehmen, können das Verantwortungsbewusstsein stärken und zur Entstigmatisierung beitragen. Empfohlen werden niedrigschwellige Beschäftigungsprojekte, bei denen Menschen aus der Szene aktiv in Pflege- und Reinigungsmaßnahmen einbezogen werden, wie beim Peerprojekt Neukölln, bei dem Konsumierende Konsumrückstände fachgerecht entsorgen. (→ siehe 4.9 *Niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten*)

Sauberkeitsbotschafter:innen

Auch im Umfeld des Ring-Centers sollte der Einsatz von Sauberkeitsbotschafter:innen geprüft werden, um Sauberkeit und Verantwortungsbewusstsein im öffentlichen Raum zu fördern. (→ siehe

3.3 Campus für Demokratie (ehemalige Stasi-Zentrale)

3.3.1 Ausgangslage und Konflikte

Im Umfeld des U-Bahnhofs Magdalenenstraße, insbesondere auf dem Gelände des Campus für Demokratie (ehemalige Stasi-Zentrale) wurden die meisten Konsumrückstände illegaler Substanzen im Bezirk festgestellt. Darunter insbesondere Spritzen und weiterer Konsumrückstände, die auf den Konsum von harten Drogen wie Kokain/Crack und Heroin hinweisen. Betroffen sind vor allem die Flächen um die leerstehenden Gebäude des Geländes. Konsumrückstände werden auf Teilen des Areals nicht ausreichend entfernt und häufen sich dort. Auch auf dem benachbarten ehemaligen städtischen Friedhof Rudolf-Reusch-Straße werden regelmäßig Spritzen gefunden.

Das Gelände des Campus für Demokratie wird von Anwohnenden und Passant:innen als Durchgangsweg zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße genutzt. Teile des Areals sind durch Arztpraxen belegt, darunter die Substitutionspraxis (AID) Lichtenberg, als auch Einrichtungen wie das Bundesarchiv und das Stasimuseum sowie der Campus für Demokratie. Zahlreiche Gebäude stehen jedoch leer und bleiben ungenutzt. Insgesamt ist das Gelände unübersichtlich, wenig beleuchtet und ohne direkte Anwohnerschaft. Die Einsehbarkeit ist teilweise erschwert und es bestehen zahlreiche Rückzugsmöglichkeiten. Gelegentlich halten sich dort obdachlose Personen auf. Vereinzelt kam es zu Vorfällen mit stark alkoholisierten oder intoxikierten Menschen, die aggressiv oder bedrohlich auftraten und mutmaßlich mit illegalen Substanzen handelten.

Eine besondere Herausforderung liegt darin, dass das Gelände zwar öffentlich zugänglich ist, zugleich jedoch aus einer Eigentumsstruktur mit unterschiedlichen Privateigentümer:innen besteht. Die Kontaktaufnahme war teilweise erfolglos, zudem besteht kein abgestimmtes Hausrecht, was die Umsetzung koordinierter Maßnahmen erschwert. Straßensozialarbeitende und Ordnungsamt werden auf dem Privatgelände in der Regel nicht aktiv.

Im Ärztehaus selbst kommt es zu weiteren Konflikten, darunter Alkoholkonsum, Gruppenbildung im Hausflur und auf dem Gelände, Verunreinigungen im Treppenhaus sowie missbräuchliche Toilettennutzung. Diese Vorfälle werden häufig mit der Substitutionspraxis in Verbindung gebracht, gehen jedoch teils auch von Personen aus, die keine Patient:innen dort sind. In der Nachbarschaft kommt es zur Stigmatisierung der Praxis und ihrer Patient:innen sowie zur

Verbreitung von Falschinformationen – etwa der Annahme, es handele sich um einen Drogenkonsumraum. Dadurch wird die Praxis zunehmend als „unerwünschter Nachbar“ wahrgenommen, was den Fortbestand der Mietverhältnisse gefährden könnte.

3.3.2 Handlungsempfehlungen

Koordination lokaler Akteur:innen und Eigentümer:innen

Die Problemlagen auf dem Gelände des Campus für Demokratie erfordern ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen. Dafür empfiehlt sich die Einrichtung einer Austauschrunde mit Eigentümer:innen, Ordnungsdienst, Polizei, Sozialdiensten und ansässigen Institutionen. Im Rahmen des Sanierungsgebiets Frankfurter Allee Nord fungiert der FAN-Beirat als Beteiligungsgremium, das Anwohnende, Gewerbetreibende, Wohnungseigentümer:innen sowie Vertreter:innen aus Verwaltung und sozialen Einrichtungen vernetzt und den Sanierungsprozess aktiv begleitet (Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2025a). Die Problemlagen sollten sowohl im FAN-Beirat als auch beim Stadtentwicklungsamt Lichtenberg thematisiert werden. Ein wichtiger Schritt bleibt die konsequente Ansprache der Eigentümer:innen und die Aufforderung leerstehende Gebäude zu sichern und Konsumrückstände regelmäßig zu beseitigen. Da bisherige Kontaktaufnahmen teilweise ohne Erfolg blieben, sollte das Bezirksamt die Möglichkeit einer Ersatzvornahme prüfen, also die behördliche Durchführung einer unterlassenen Pflichtmaßnahme auf Kosten der Verpflichteten.

Ordnungsbefugnisse und Straßensozialarbeit

Ein abgestimmtes Hausrecht sollte angestrebt werden, damit Straßensozialarbeit auf dem Gelände aktiv werden können. Diese sollten in Abstimmung mit Verwaltungspersonal und Eigentümer:innen tätig werden. Bei stark intoxikierten Personen ist die Einbindung von Trägern zu prüfen, die bereits langjährige Erfahrung in der aufsuchenden Suchthilfe haben. (→ siehe 4.10 *aufsuchende Straßensozialarbeit*)

Städtebauliche Maßnahmen

Im Rahmen des Lichtenberger Präventionsnetzwerks Suchthilfe wurde Einblick in die polizeiliche Stellungnahme vom 15.07.2024 zum Campus für Demokratie gewährt. Aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention wird empfohlen, durch gute Beleuchtung, klare Sichtachsen, transparente Erdgeschosszonen und die Vermeidung von Nischen das Sicherheitsempfinden zu stärken. Ergänzend sollen multifunktionale, generationenübergreifende Aufenthaltsflächen entstehen, die den öffentlichen Raum beleben und soziale Kontrolle fördern.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Reduktion von Rückzugsorten nur dann sozialverträglich ist, wenn gleichzeitig alternative, betreute Aufenthalts- und Konsummöglichkeiten geschaffen werden. Dies ist Voraussetzung, um Verdrängungseffekte zu vermeiden und eine nachhaltige Verbesserung der Situation im Umfeld zu erreichen.

Aufenthaltsfläche

Zur Entschärfung von Nutzungskonflikten sollte eine kleine, betreute Aufenthaltsfläche für alkoholkonsumierende Menschen mit Sitzgelegenheiten sowie grundlegender Infrastruktur wie Toiletten und Abfallbehältern eingerichtet werden (→ siehe 3.1.2 *Bahnhof Lichtenberg: Handlungsempfehlungen: Aufenthaltsfläche*). Eine Anbindung an die bestehende Substitutionspraxis bietet sich dabei an. Indem die Fläche von Substituierten selbst mitgestaltet und gepflegt wird, kann dies die Akzeptanz erhöhen, Sauberkeit und Ordnung sichern und zugleich einen positiven Kontakt zur Nachbarschaft fördern.

Niedrigschwellige Hilfsangebote

Mittelfristig sollte der Einsatz eines Drogenkonsummobils auf dem Gelände oder in unmittelbarer Umgebung Richtung Ringcenter geprüft werden. Eine niedrigschwellige Aufenthaltsmöglichkeit mit Grundversorgung und Sozialberatung ist ebenfalls zu empfehlen (→ siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*). Zwischennutzungen leerstehender Gebäude sind in Betracht zu ziehen.

Öffentliche Kommunikation und Haltung zu Substitutionspraxen

Besonders wichtig ist eine aktive und klare Kommunikation des Bezirks. Substitutionspraxen sind notwendige und schützenswerte Einrichtungen, deren gesellschaftliche Bedeutung vermittelt werden muss. Informationskampagnen und Dialogformate mit Nachbarschaft, Hausverwaltungen, Vermietenden und weiteren Institutionen können helfen, Vorurteile abzubauen und Stigmatisierung entgegenzuwirken. Geeignet sind z. B. runde Tische, Nachbarschaftsgespräche oder Tage der offenen Tür der Substitutionseinrichtung.

4. Versorgungssystem: Herausforderungen und Handlungsperspektiven

Im Anschluss an die standortbezogenen Analysen richtet sich der Blick auf das Versorgungssystem in Lichtenberg. Die folgenden Ausführungen und

Empfehlungen beruhen auf den im Projekt erhobenen Beobachtungen, Befragungen und Analysen und spiegeln somit die Perspektiven und Erfahrungen der beteiligten Akteur:innen wider. (→ siehe 1. *Hintergrund und konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen*) Sie verstehen sich nicht als Kritik an einzelnen Akteur:innen sondern als Beitrag zur Weiterentwicklung des Versorgungssystems.

4.1 Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen

Die Fachkräfte in Lichtenberg weisen darauf hin, dass Menschen mit Suchterkrankung oft multiple Problemlagen aufweisen: Neben der Suchterkrankung bestehen oftmals psychische Erkrankungen und körperliche Beeinträchtigungen, Armut, Wohnungslosigkeit, Schulden oder fehlende soziale Bindungen. Diese Faktoren wirken wechselseitig verstärkend und erschweren eine stabile Alltagsbewältigung.

Die Ergebnisse einer Berliner Studie bestätigt die enge Verknüpfung von Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychiatrischen Erkrankungen. Im Zeitraum März–September 2016 wurden insgesamt 540 Patientinnen und Patienten eines psychiatrischen Zentrums mit definiertem Einzugsgebiet in Berlin (stationär bzw. Tagesklinik) befragt. Von diesen gaben 13,0 % an, in den letzten 30 Tagen wohnungslos gewesen zu sein (z. B. auf der Straße oder in einer Obdachlosenunterkunft). In der Gruppe der wohnungslosen Patient:innen lag der Anteil derjenigen mit einer Substanzgebrauchsstörung bei 74,2 % und der Anteil mit einer Psychose bei 29,0 %. (Schreiter et al. 2019)

Weiterhin melden die Fachkräfte zurück, dass Menschen mit Suchterkrankungen häufig eine geregelte Tagesstruktur fehlt, die Erreichbarkeit beschränkt sich auf bestimmte Tageszeiten und Termine sind teilweise schwer einzuhalten. Hinzu kommen oft körperliche Einschränkungen – etwa chronische Erkrankungen, Schmerzen oder Erschöpfungszustände – sowie kognitive Beeinträchtigungen, die Orientierung, Konzentration und Merkfähigkeit erschweren. Aktiver Substanzkonsum und Entzugerscheinungen wirken sich unmittelbar auf Stabilität, Belastbarkeit und Verlässlichkeit aus. Auch psychische Belastungen wie Angstzustände, Depressionen, Überforderung oder traumatische Erfahrungen sind weit verbreitet.

Viele Betroffene leben unter prekären und instabilen Lebensbedingungen. Es fehlen Postadresse, Telefon- oder Internetzugang. Die fehlende Möglichkeit, Geld sicher zu verwahren – etwa mangels Bankkontos – erhöht zudem

Unsicherheiten und führt oft zu unmittelbarem Verbrauch des Geldes. Auch sprachliche Barrieren, mangelnde Ortskenntnis sowie negative Vorerfahrungen mit Behörden und Hilfseinrichtungen können dazu führen, dass der Zugang zu Unterstützung gemieden oder gar nicht erst gesucht wird.

In der Folge können Hilfsangebote nicht oder nur unregelmäßig wahrgenommen werden: Wege zu Ämtern, medizinischen Einrichtungen oder Beratungsstellen lassen sich teilweise nicht eigenständig bewältigen, Termine werden verpasst und Wartezeiten sind schwer auszuhalten.

Gleichzeitig bestehen auf Seiten des Versorgungssystems strukturelle Barrieren: Unterstützende Strukturen sind bislang nicht ausreichend auf die beschriebenen Ausgangsbedingungen ausgerichtet. Dies führt zu Unterbrechungen von Hilfen oder dazu, dass Menschen vom Unterstützungssystem gar nicht oder erst verspätet erreicht werden.

Die folgenden Kapitel stellen insbesondere die strukturellen Barrieren innerhalb des Versorgungssystems dar und zeigen auf, welche Schritte notwendig sind, um Zugänge zu erleichtern, Übergänge zu sichern und Unterstützung verlässlich zu gewährleisten.

4.2 Ämter, Verwaltung und bürokratische Hürden

Rückmeldungen aus Trägern und Einrichtungen zeigen, dass viele Betroffene wesentliche Leistungen nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung erhalten. Komplexe Antragsverfahren, für Externe oft schwer zu durchschauende Zuständigkeiten, lange Bearbeitungszeiten und digitale Hürden führen regelmäßig zu Kontaktabbrüchen und somit zu Versorgungslücken. Auf struktureller Ebene stellt die Bürokratie damit eine zentrale Barriere dar. Unterschiedliche Arbeitsweisen und die unterschiedliche Auslegung bestehender Regelungen in den Bezirken führen zu Verzögerungen und Unsicherheiten. Zuständigkeitswechsel zwischen Leistungsträgern führen häufig dazu, dass Anträge erneut gestellt oder Unterlagen mehrfach eingereicht werden müssen, so auch bei einem Wohnortwechsel.

Wie bereits in den Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Crack-Konsum im Kontext der Drogen- und Suchthilfe beschrieben, verhindert die „Versäulung“ der Hilfesysteme mit trennscharfen Abgrenzungen zwischen Ämtern, Diensten und Kostenträgern eine schnelle, unbürokratische und interdisziplinäre Hilfe – selbst bei bestehendem sozialrechtlichem Anspruch. (Stöver und Leicht, 2025, S. 35).

Wie bereits beschrieben, erschweren komplexe Lebenslagen und

Einschränkungen, die häufig mit einer Suchterkrankung einhergehen, den Zugang zu Hilfsangeboten (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*). Diese Voraussetzungen beeinflussen auch den Kontakt mit der Verwaltung, wo Anforderungen und bürokratische Abläufe häufig nicht mit den Lebensrealitäten der Betroffenen vereinbar sind. Teilweise können Menschen mit Suchterkrankungen ihre Bedarfe im Kontakt mit Behörden nicht klar äußern oder die Anforderungen komplexer Verfahren nicht eigenständig bewältigen. Sie fühlen sich teilweise missverstanden und sehen sich mit Vorurteilen konfrontiert. Gleichzeitig stellen Behörden für viele die erste – und oft einzige – Anlaufstelle im Hilfesystem dar.

Diese Umstände führen dazu, dass Anträge nicht gestellt, Leistungen nicht bewilligt oder Unterstützungsprozesse unterbrochen werden. Die Politik sollte daher folgende Strukturen unterstützen und auf deren Umsetzung hinzuwirken:

Zugänge vereinfachen

Um bestehende Zugangsbarrieren abzubauen, sollten digitale und analoge Wege gleichberechtigt bestehen bleiben. Persönliche Vorsprachen sollten weiterhin ohne vorherige Online-Terminvergabe möglich sein. Der E-Mail-Kontakt für begleitende Fachkräfte sollte erhalten bleiben. Offene Sprechzeiten sind sichtbarer zu machen und ergänzend zu erweitern. Weiterhin sollten Zugangsschwellen gezielt verringert werden, etwa durch Verfahrenslots:innen oder niedrigschwellige Anlaufstellen, die Menschen Unterstützung bei der Orientierung im Leistungssystem bieten und aktiv durch die Verfahren begleiten. Empfohlen wird, begleitende Unterstützung bei Antragstellungen und Behördenterminen strukturell zu verankern. Diese Unterstützung soll helfen, Schreiben zu verstehen, Unterlagen zusammenzustellen und Anliegen nachvollziehbar zu formulieren.

Behördliche Kommunikation ist barrierearm, mehrsprachig und in einfacher Sprache zu gestalten. In niedrigschwelligen Einrichtungen der Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe sollten zudem Computer- und Internetzugänge bereitstehen, um digitale Antragstellungen zu ermöglichen (→ siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*).

Erreichbarkeit und Schnittstellen verbessern

Zur Vereinfachung des Zugangs wurden feste Ansprechpersonen in der Verwaltung mit direkter Erreichbarkeit/Durchwahl gewünscht. In Behörden sollte darüber hinaus eine spezielle Ansprechperson für wohnungslose und suchtkranke Menschen eingerichtet werden. Diese sollte die Möglichkeit haben, Leistungen unbürokratisch einzuleiten, Verfahren zu beschleunigen und Soforthilfen direkt zugänglich zu machen. Zentrale E-Mail-Adressen mit gemeinsamem Zugriff sowie eine tägliche Hauptverantwortung im Team

sichern Erreichbarkeit und Kontinuität bei Abwesenheiten. Regelmäßige Kooperationsrunden zwischen Behörden und freien Trägern sollten gestärkt werden, um den Informationsaustausch zu fördern und Hilfeabbrüche zu verhindern.

Bestehende Absprachen und Verfahren zur Informationsweitergabe bei Zuständigkeitswechsel sind konsequent einzuhalten und – falls nötig – zu schärfen oder zu konkretisieren. Die bezirksübergreifende Koordination sollte dabei gestärkt und ausgebaut werden.

Sensibilisierung und Qualifizierung

Empfohlen werden eine kontinuierliche Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten in der Verwaltung. Ziel ist es, ein besseres Verständnis für Suchterkrankungen zu fördern und den Umgang mit betroffenen Menschen zu stärken, sowie Kenntnisse über lokale Unterstützungs- und Hilfestrukturen zu vermitteln.

Finanzielle Barrieren reduzieren

Geprüft werden sollte die Einrichtung eines Notfallfonds, aus dem Straßensozialarbeit und Sozialdienste kleine Beträge/Soforthilfen unbürokratisch auszahlen können. Mobilitätshilfen wie Sozialtickets oder Fahrkartenkontingente sollten bereitgestellt werden.

Ergänzend sollten Verfahren für kurzfristige Vorleistungen entwickelt werden, die es Trägern und Behörden ermöglichen, bei akuten Bedarfen zu handeln, bevor eine Kostenübernahme geklärt ist.

Auf Landes- und Bundesebene sollte sich der Bezirk für die automatische Gebührenbefreiungen, die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein und einen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr einsetzen.

4.3 Medizinische Versorgung

Trotz vorhandener niedrigschwelliger medizinischer Angebote im Bezirk bestehen weiterhin Versorgungslücken im medizinischen Bereich, insbesondere für Personen ohne Krankenversicherung und eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem.

Niedrigschwellige medizinische Anlaufstellen

Einrichtungen wie open.med Berlin-Lichtenberg (Ärzte der Welt e. V.) oder der Tagestreff am Bahnhof (Humanistischer Verband) leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Grundversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung. Sie sichern grundlegende allgemeinmedizinische, zahnmedizinische und – bei open.med – auch gynäkologische Behandlungen.

Aufgrund begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen sowie des Fachkräftemangels können diese Angebote jedoch nur eingeschränkt tätig sein. Insbesondere die Weitervermittlung an Fachärzt:innen oder Kliniken gestaltet sich schwierig, da entsprechende Kooperationsstrukturen fehlen oder Patient:innen den Weg dorthin nicht bewältigen können.

Diese niedrigschwelligen medizinischen Angebote sollten strukturell und finanziell gestärkt werden – etwa durch zusätzliche medizinische Fachkräfte und feste Kooperationen mit Kliniken und Fachärzt:innen im Bezirk.

Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen

Die Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen der Berliner Stadtmission prüft Versicherungsansprüche, unterstützt bei Anträgen, klärt rechtliche Fragen und kann für Personen ohne Zugang zum Regelsystem Kostenübernahmen für medizinisch notwendige Behandlungen ausstellen – auch für Substitution oder Entzug, nicht jedoch für Reha- oder psychosoziale Nachsorge. (Berliner Stadtmission 2025b)

Da die Clearingstelle berlinweit bislang nur in Moabit angesiedelt ist, stellt der Weg dorthin – insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen oder Mobilitätseinschränkungen – eine erhebliche Hürde dar. Nach Rückmeldungen der niedrigschwelligen medizinischen Anlaufstellen im Bezirk wird das Angebot der Clearingstelle kaum genutzt, weil die Menschen dort häufig nicht ankommen, es zu langen Wartezeiten für Termine kommen kann oder die Sprechstunde teilweise überlastet ist.

Der Bezirk sollte sich auf Landesebene für eine personelle und finanzielle Stärkung der Clearingstelle einsetzen.

Die Begleitung (durch Sozialarbeitende, Peers oder Lots:innen) sollte dauerhaft in niedrigschwelligen Einrichtungen verankert werden, um den Zugang zur Clearingstelle zu verbessern.

Kooperationen mit der Clearingstelle ausbauen

Kooperationen zwischen der Clearingstelle und medizinischen Einrichtungen wie niedergelassenen Ärzt:innen und Kliniken im Bezirk sind zu erweitern.

Das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH) verfügt bereits über eine entsprechende Kooperationsvereinbarung. Diese sollte auch mit der Suchtberatung und Substitutionspraxis in Lichtenberg angestrebt werden. Solche Kooperationsmodelle ermöglichen ein sogenanntes „Vor-Clearing“: Die Suchtberatungsstelle kann eine Entzugs- oder Substitutionsbehandlung empfehlen, eine ärztliche Einschätzung erfolgt über eine kooperierende Praxis oder Klinik, und die Clearingstelle prüft

anschließend die Kostenübernahme. Nach der Bewilligung kann die Behandlung unmittelbar beginnen, sodass sich die Patientin oder der Patient zunächst stabilisieren kann, bevor zu einem späteren Zeitpunkt die Clearingstelle aufgesucht wird.

Kooperations- und Informationsstrukturen stärken

Das Medibüro Berlin vermittelt anonym Ärzt:innen, Psychotherapeut:innen und weitere medizinische Leistungen für Menschen ohne Krankenversicherung. Es arbeitet mit einem Netzwerk von Praxen zusammen, die Behandlungen anonym oder kostenfrei anbieten. Im Idealfall erfolgt zunächst eine Kontaktaufnahme mit der Clearingstelle, um mögliche Kostenübernahmen oder Versicherungsansprüche zu prüfen. (Medibüro Berlin 2025)

Die Clearingstelle und das Medibüro Berlin sollten im Bezirk stärker bekannt gemacht und aktiv genutzt werden. Viele Fachkräfte wissen bislang nicht, welche Unterstützungsmöglichkeiten dort bestehen. Beide Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung nicht krankenversicherter Menschen. Es sollten gezielte Informations- und Vernetzungsformate initiiert werden, um Fachkräfte über die Anlaufstellen zu informieren und deren Inanspruchnahme zu fördern.

Dezentrale Clearing- und Koordinierungsstrukturen aufbauen

Um lange Wege und Zugangsbarrieren zu vermeiden, sollte geprüft werden, ob eine wohnortnahe Beratungsstruktur für nicht krankenversicherte Menschen in Lichtenberg geschaffen werden kann.

Geprüft werden sollte, ob die bestehende Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen regelmäßige Sprechtage im Bezirk anbietet, oder ob im Bezirk eine Koordinierungs- bzw. Anlaufstelle eingerichtet werden kann, die in enger Zusammenarbeit mit der bestehenden Clearingstelle arbeitet.

Aufsuchende medizinische Hilfe und Notfallversorgung

Wie bereits in den Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Crack-Konsum im Kontext der Drogen- und Suchthilfe empfohlen, sollten medizinische Angebote verstärkt aufsuchend im öffentlichen Raum erfolgen – etwa durch mobile Arztpraxen oder Notfallteams (Stöver und Leicht, 2025, S. 5). Diese Teams können Erste Hilfe bei Überdosierungen, Verletzungen oder psychiatrischen Notfällen leisten sowie medizinische Grundversorgung (z.B. Wundversorgung) leisten und an medizinische Anlaufstellen vermitteln.

Berlin: In Neukölln sucht ein multiprofessionelles Beratungsteam Menschen im öffentlichen Raum auf, informiert zu Gesundheitsthemen. Beratungsthemen sind beispielsweise das „Übersetzen“ von Arztbriefen in einfache Sprache und das Nachbereiten von Arztbesuchen. (Gesundheitskollektiv Berlin e.V. 2025)

Berlin: Ein mobiles Ärzteteam sucht obdachlose Menschen mit der Straßenambulanz auf und bietet medizinische Versorgung und weiterführende Vermittlung an. (Berliner Stadtmission 2025a)

Diskriminierung im Gesundheitssystem reduzieren

Die Befragungen mit aufsuchenden Sozialarbeitenden zeigen, dass Menschen aufgrund ihrer Suchterkrankungen im medizinischen Versorgungssystem Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen machen. Beschwerden werden teilweise nicht ernst genommen und notwendige Behandlungen werden mitunter verweigert oder verzögert. Diese Erfahrungen können dazu führen, medizinische Angebote gemieden werden oder erst in akuten Notlagen in Anspruch genommen werden.

In Einrichtungen der Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe sollte transparent und gut sichtbar gemacht werden, welche Anlauf- und Beschwerdestrukturen bei Diskriminierung im Gesundheitswesen bestehen. Die bestehende (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung Berlin 2025) sollte stärker bekannt gemacht werden. Sie befindet sich in Berlin-Schöneberg und ist für Betroffene aus dem gesamten Stadtgebiet zuständig. Da der Standort für Menschen aus anderen Bezirken teils schwer erreichbar ist, sollte die Einrichtung einer ergänzenden oder bezirklichen Beschwerdestelle geprüft werden.

Parallel sind gezielte Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für medizinisches Personal zu entwickeln, um Vorurteile gegenüber wohnungslosen oder suchtkranken Menschen abzubauen und eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung zu fördern.

4.4 Suchtberatung und -behandlung

In Lichtenberg besteht ein vielfältiges Angebot im Bereich der Suchtberatung und -behandlung. Die Angebotsstruktur ist sowohl akzeptierend als auch abstinenzorientiert ausgestaltet und ermöglicht damit eine differenzierte Unterstützung entlang der verschiedenen Phasen des Hilfeprozesses:

Die Suchtberatungsstellen bieten Unterstützung bei Alkohol-, Drogen- und

Medikamentenabhängigkeit sowie bei Verhaltenssuchten. Sie richten sich an Betroffene und Angehörige, vermitteln in weiterführende Hilfen und bieten sowohl Gruppen- als auch Einzelgespräche an. Die medizinische Behandlung umfasst die stationäre Entgiftung im Krankenhaus, bei der unter ärztlicher Aufsicht Entzugssymptome behandelt und die körperliche Stabilisierung der Patient:innen angestrebt wird. Tagesstätten bieten Menschen mit Suchterkrankungen Tagesstruktur und ermöglichen soziale Kontakte. Selbsthilfegruppen und Begegnungsstätten fördern den Austausch zwischen Betroffenen, motivieren zu einem abstinenter Leben und nehmen teilweise bereits im Krankenhaus Kontakt zu Patient:innen auf. Im Bereich des Betreuten Einzelwohnens und in Trägerwohnungen werden Wohn- und Betreuungsangebote für suchtkranke Menschen vorgehalten, die eine selbstständige Lebensführung unter sozialpädagogischer Begleitung unterstützen. Die Einzelfallhilfe stellt eine ambulante und aufsuchende Maßnahme im Rahmen der Eingliederungshilfe dar. Sie wird beim Sozialpsychiatrischen Dienst beantragt und von anerkannten Trägern der Eingliederungshilfe durchgeführt. Methodisch handelt es sich um ein Case-Management-Angebot, das Menschen in komplexen Lebenssituationen individuell begleitet und in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe stärkt.

Suchtberatung ausbauen

Die Inanspruchnahme der Suchtberatungsstellen ist mit verschiedenen Anforderungen verbunden. Dazu zählen Terminvereinbarungen, Anfahrtswege, mögliche Wartezeiten vor Ort sowie Erwartungen an Verbindlichkeit und regelmäßige Teilnahme. Es bestehen lange Wartezeiten auf einen Termin. Wie bereits beschrieben, können unter anderem instabile Lebensverhältnisse, psychische und körperliche Einschränkungen, aktiver Substanzkonsum, Entzugerscheinungen und fehlende Tagesstrukturen den Zugang zu diesen Angeboten erschweren. (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*)

Suchtberatungsstellen sollten personell gestärkt werden, um Wartezeiten zu verkürzen und eine höhere Termindichte zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten Gruppenangebote häufiger und zielgruppenspezifischer gestaltet werden beispielsweise für Angehörige oder in alters-, sprach- und geschlechtsspezifischen Formaten. Digitale und telefonische Beratungsangebote können Menschen erreichen, die keine persönliche Vorsprache wahrnehmen können oder möchten und sollten ausgebaut werden.

Ergänzend sollten Sprechstunden ohne Terminpflicht in niedrigschwelligen Anlaufstellen angeboten werden. Offene Gruppenangebote, die keine vorherige Beratung oder feste Anbindung an die Suchtberatungsstelle voraussetzen, sollten verstärkt in niedrigschwelligen Einrichtungen verankert

werden (siehe → 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*).

Ärztlich betreute Ausnüchterungsstelle

Ein zentrales Problem besteht in der Unterbringung stark alkoholisierter Menschen, wenn keine akute medizinische Behandlungsnotwendigkeit – etwa aufgrund eines psychischen Ausnahmezustands – vorliegt. Viele Betroffene sind in diesem Zustand nicht mehr verkehrsfähig und können insbesondere bei kalten Temperaturen nicht im Freien verbleiben. Die Unterbringung in Krankenhäusern und Notübernachtungen sind oftmals nicht möglich. Auch die Gewahrsamsräume der Polizei sind nur eingeschränkt verfügbar, da sie eine ärztliche Betreuung erfordern. Zudem werden mitunter Betten auf Entzugsstationen zum kurzfristigen Ausnüchtern belegt, obwohl kein Entzugswunsch besteht. Die Betroffenen verlassen die Station dann nach kurzer Zeit wieder, aber zuerst einmal werden dringend benötigte Behandlungskapazitäten blockiert.

Es braucht daher eine klare Anlaufstelle für stark alkoholisierte Menschen, die eine medizinisch überwachte, sichere Unterbringung ermöglicht. Der Bezirk sollte gemeinsam mit dem Land Berlin prüfen, ob die Einrichtung einer ärztlich betreuten Ausnüchterungsstelle realisierbar ist.

Eine mögliche Option wäre die Anbindung an eine bestehende Klinik oder Entzugsstation, jedoch mit separatem Aufnahmebereich. Ein solches Angebot ist vor allem im Winter von Bedeutung, da alkoholisierte Menschen in der Kälte einem erhöhten Risiko für Erfrierungen und andere witterungsbedingte Gesundheitsgefahren ausgesetzt sind.

Zugang zur medizinischen Entgiftung verbessern

Der Zugang zur medizinischen Entgiftung ist an mehrere formale und organisatorische Schritte gebunden. Er erfordert in der Regel eine ärztliche Einweisung, die Klärung der Kostenübernahme durch die Krankenkasse sowie ein Vorgespräch in einer Suchtberatungsstelle. Auch die Terminvereinbarung in einem geeigneten Krankenhaus stellt häufig eine Hürde dar, da telefonische Erreichbarkeit meist nur in engen Zeitfenstern besteht und teilweise wiederholte Anrufe erforderlich sind.

Für Menschen in prekären oder instabilen Lebenslagen, mit psychischen Beeinträchtigungen oder multiplen Belastungen (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*) sind diese Anforderungen oft kaum zu bewältigen. Fehlende Kommunikationsmittel und eingeschränkte Erreichbarkeit erschweren die Kontaktaufnahme zusätzlich. Hinzu kommen Wartezeiten von bis zu zwei Monaten, in denen sich das sogenannte „Motivationsfenster“ schließen kann oder Betroffene nicht mehr erreichbar sind.

Um Zugangsbarrieren zu reduzieren, sollten Lotsen- und Begleitstrukturen in niedrigschwelligen Einrichtungen geschaffen werden, die Betroffene aktiv durch den gesamten Prozess begleiten – von der Antragstellung über Terminvereinbarungen bis hin zur Aufnahme (→ siehe 4.7 *niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte*). Ergänzend sollte geprüft werden, ob eine Hotline in Krankenhäusern eingerichtet werden kann, die über freie Plätze informiert und außerhalb der Sprechzeiten erreichbar ist.

Versorgungsbrüche nach Entgiftung

Nach einer Entgiftung kommt es häufig zu Unterbrechungen in der weiteren Versorgung. Idealerweise sollten anschließend Maßnahmen wie eine Entwöhnungstherapie, ambulante Nachsorge, betreutes Wohnen oder eine psychiatrische Weiterbehandlung einsetzen, um die Stabilisierung zu sichern. In der Praxis gelingt dieser Übergang jedoch oft nicht reibungslos: Anträge sind nicht gestellt oder noch nicht bewilligt, komplexe Antragsverfahren verzögern die Weitervermittlung, Therapieplätze sind belegt oder fehlen, Zuständigkeiten zwischen Leistungsträgern und Einrichtungen sind unklar und viele Einrichtungen lehnen Menschen mit Doppeldiagnosen oder erhöhtem Rückfallrisiko ab.

Oft erfolgt eine Unterbringung nach § 67 SGB XII (Hilfen in besonderen sozialen Schwierigkeiten). Diese sichert Unterkunft und Grundversorgung, jedoch können Menschen mit Suchterkrankungen oft nicht entsprechend betreut werden. Dadurch entsteht nicht selten ein Kreislauf aus Entgiftung, Entlassung, Rückfall und erneuter Aufnahme.

Case Management und Lotsenfunktion nach Entgiftung

Um Versorgungsbrüche nach der Entgiftung zu vermeiden, sollten gezielte Begleit- und Koordinationsstrukturen etabliert werden. Ein Case Management oder eine Lotsenfunktion kann den Übergang zwischen Entgiftung, Beratung, Nachsorge und weiteren Hilfen aktiv begleiten. Dabei übernehmen Fachkräfte oder geschulte Peers eine vermittelnde Rolle, begleiten Betroffene organisatorisch und persönlich und stellen sicher, dass der Kontakt zu nachfolgenden Hilfsangeboten tatsächlich zustande kommt (→ siehe 4.13 *Case Management*)

Genesungsbegleiter:innen sind Menschen mit eigener psychischer Krisen- oder Psychiatrieerfahrung, die über den sogenannten EX-IN-Kurs (Experienced Involvement) qualifiziert werden. Sie bringen ihr Erfahrungswissen in die psychiatrische Versorgung ein und unterstützen andere Betroffene auf Augenhöhe. Ziel ist es Selbstbestimmung zu fördern, die persönliche Genesung zu stärken und Brücken zwischen Klientinnen und professionellen Hilfesystemen

zu bauen. Sie sind in verschiedenen Bereichen der psychosozialen Versorgung tätig – etwa in Sozialpsychiatrischen Diensten, Tagesstätten, Beratungsstellen, Kliniken und gemeindenahen Projekten. Ihre Aufgaben umfassen die Begleitung von Menschen in seelischen Krisen, Einzel- und Gruppengespräche, Unterstützung im Alltag, Mitarbeit in Selbsthilfe- und Genesungsgruppen sowie Anti-Stigma-Arbeit. (Trialogische Arbeitsgemeinschaft EX-IN Bayern 2020) Auch in Berlin gibt es entsprechende Qualifizierungen: Die Weiterbildung EX-IN Berlin richtet sich an psychiatrie- oder krisenerfahrene Menschen, die sich innerhalb eines Jahres zu Genesungsbegleiter*innen ausbilden lassen können. (Pinel gGmbH 2025)

Übergangseinrichtungen mit integriertem Case Management oder Nachbetreuung (→ siehe 4.6.1 *Wohnheime und betreute Wohnformen*) sind zu empfehlen, um Rückfälle zu vermeiden und eine langfristige Stabilisierung zu fördern.

4.5 Psychiatrische und psychologische Versorgung

Versorgungsbrüche an der Schnittstelle Suchthilfe – Psychiatrie

Menschen mit Suchterkrankungen haben häufig zusätzliche psychische Störungen (National Institutes on Drug Abuse (US) 2020). Die Ergebnisse einer Fokusgruppe zu Problemen an der Schnittstelle zwischen Suchthilfe und Psychiatrie, die im Rahmen der Landesstrategie Sucht Berlin durchgeführt wurde, weisen auf Folgendes hin: Für eine ganzheitliche Genesung ist eine gleichzeitige Behandlung von Suchterkrankung und komorbiden psychischen Störungen notwendig. Dies erfordert ein eng verzahntes Zusammenspiel von Psychiatrie und Suchthilfe, jedoch bestehen strukturelle Probleme an der Schnittstelle zwischen Suchthilfe und psychiatrischer Versorgung. Eine zentrale Herausforderung dabei ist, dass Patientinnen und Patienten der Suchthilfe nicht adäquat oder gar nicht versorgt werden können. Die Systeme der Suchthilfe und der psychiatrischen Versorgung sind historisch und strukturell sehr unterschiedlich gewachsen und unterschieden sich in ihren Zielgruppen und Anforderungen deutlich (Tossmann und Kasten, 2023, S. 90ff.).

Die psychosoziale Betreuung der Substitutionspraxis in Lichtenberg wies darauf hin, dass psychische Erkrankungen und traumatische Erfahrungen unter den Patient:innen weit verbreitet sind, jedoch der Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten erschwert ist. Die Erfahrungen aus dem Tagestreff am Bahnhof Lichtenberg zeigen: Der Zugang zur psychiatrischen Regelversorgung gestaltet sich schwierig. Häufig erfolgt eine Aufnahme erst über den Rettungsdienst – selbst dann, wenn eine psychiatrische Behandlung ausdrücklich gewünscht ist. Die Einrichtung verfügt nicht über die personellen und fachlichen Kapazitäten, um psychische Erkrankungen oder komplexe

Mehrfachproblematiken adäquat zu begleiten, und stößt insbesondere in akuten Krisensituationen zunehmend an ihre Grenzen. Zudem berichtet die Einrichtung, dass die Zahl der Besucher:innen mit psychischen Störungen deutlich zugenommen hat. In Lichtenberg aufsuchende Sozialarbeitende bestätigen, dass im öffentlichen Raum vermehrt Menschen mit psychischen Störungen anzutreffen sind. Psychotische Symptome erschweren teilweise die Kontaktaufnahme und Weitervermittlung.

Strukturelle Barrieren innerhalb der psychiatrischen Regelversorgung erschweren die Weitervermittlung erheblich. Dazu zählen lange Wartezeiten, begrenzte Behandlungskapazitäten, enge Aufnahmekriterien, Abweisungen bei akuter Intoxikation oder instabiler Lebenslage sowie die Notwendigkeit von Überweisung und Krankenversicherung.

Stigmatisierungserfahrungen, komplexe Problemlagen, instabile Lebensverhältnisse und weitere Einschränkungen, die oft mit einer Suchterkrankung einhergehen (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*) tragen zusätzlich dazu bei, dass Betroffene den Zugang zu Hilfsangeboten nicht finden oder Behandlungen abbrechen.

Lücken in Krisenversorgung und aufsuchender Arbeit

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) ist eine bezirkliche Anlaufstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Krisen oder seelischen Belastungen sowie für deren Angehörige und ist von Montag bis Freitag von 8:00 – 16:00 Uhr erreichbar. Er bietet psychosoziale Beratung, Krisenintervention, Hilfevermittlung und bei Bedarf aufsuchende Unterstützung an. Zudem kann der SpD bei akuter Selbst- oder Fremdgefährdung Maßnahmen nach dem PsychKG einleiten. (Bundesministerium für Gesundheit 2025) In der Praxis wird der SpD überwiegend dann tätig, wenn eine Meldeadresse vorhanden ist oder eine akute Eigen- bzw. Fremdgefährdung besteht. Fachkräfte in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe berichten, dass insbesondere obdachlose Menschen, die sich etwa in niedrigschwelligen Tagesaufenthalten oder Wohnheimen aufhalten, seltener durch den SpD erreicht werden. Dies hängt unter anderem mit begrenzten personellen Ressourcen und den strukturellen Rahmenbedingungen zusammen, die eine umfassendere aufsuchende Tätigkeit erschweren.

Weiterhin unterstützt der Berliner Krisendienst in seelischen Krisensituationen, auch durch mobile Einsätze. Dieser ist von Montag bis Freitag von 16:00 bis 24:00 Uhr Bahnhof Lichtenberg erreichbar. Außerhalb der Öffnungszeiten ist der überregionale Bereitschaftsdienst in Berlin Mitte verfügbar. (neuhland Hilfe in Krisen gGmbH 2025)

Beide Dienste bilden zentrale Anlaufstellen in psychischen Krisen, verfügen jedoch über begrenzte personelle Ressourcen und dadurch sowie teils rechtlich eingeschränkte Einsatzmöglichkeiten.

Barrieren für Psychotherapie und Soziotherapie

Bislang galt das Abstinenzgebot als Voraussetzung für den Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen: ein Hindernis für Personen mit aktiven Konsummustern. Kürzlich wurde dieses Abstinenzgebot gelockert: Bis zu 24 Kurzzeitzittherapiesitzungen sind auch bei weiterem bestehendem Konsum möglich (zunächst 12 ohne Einschränkung, weitere 12 bei Vereinbarung eines Abstinenzziels). (Gemeinsamer Bundesausschuss 2025) Trotz dieser Neuerung bleiben aber viele Hürden bestehen: lange Wartezeiten, komplizierte Terminvergaben, hohe Anforderungen an Stabilität, Sprachbarrieren und fehlender Versicherungsschutz. Soziotherapie kann als Brücke zur Stabilisierung, Strukturierung des Alltags und Förderung von Behandlungsbereitschaft dienen, wenn eine schwere psychische Erkrankung vorliegt (z. B. schizophrene oder affektive Störungen). (Kassenärztliche Bundesvereinigung 2020) In vielen Regionen — so auch in Lichtenberg — sind die Angebote jedoch sehr begrenzt.

Aufsuchende psychiatrische und psychologische Unterstützung ausbauen

Ziel ist es, Menschen mit hohem psychosozialen Unterstützungsbedarf – insbesondere ohne feste Unterkunft – frühzeitig zu erreichen, Krisen rechtzeitig zu betreuen und fachliche Unterstützung oder Vermittlung in die Regelversorgung zu ermöglichen. Dafür sind verbindliche Kooperationsvereinbarungen erforderlich, um Zuständigkeiten und Abläufe zu klären sowie tragfähige Einsatzstrukturen zu schaffen.

Es soll geprüft werden, in welchem Umfang der Sozialpsychiatrische Dienst und der Berliner Krisendienst künftig stärker aufsuchend in niedrigschwelligen Einrichtungen und Wohnheimen tätig werden können, etwa bei einer psychischen Krise ohne, dass bereits eine akute Eigen- oder Fremdgefährdung vorliegt.

Es soll außerdem geprüft werden, ob in niedrigschwelligen Einrichtungen regelmäßige psychiatrische oder psychologische Sprechstunden eingerichtet werden können, beispielsweise in Kooperation mit psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA), Kliniken, Krisendiensten oder niedergelassenen Fachärzt:innen und Psychotherapeut:innen.

► **Würzburg:** Das Modellprojekt OSKAR zeigt, wie niedrigschwellige psychiatrische Angebote erfolgreich umgesetzt werden können. In einer Wärmestube wurden regelmäßige psychiatrische Sprechstunden durch eine Ärztin der Psychiatrischen Institutsambulanz angeboten. Ziel war es, wohnungslose und sozial benachteiligte Menschen frühzeitig psychiatrisch einschätzen zu können und bei Bedarf schnell in die Regelversorgung zu überleiten. Das Projekt zeigt, dass psychiatrische Fachangebote auch außerhalb klassischer Einrichtungen realisierbar sind und insbesondere Menschen erreichen können, die sonst kaum Zugang zum Versorgungssystem finden. (Caritasverband für die Diözese Würzburg e. V. 2025; Sonntagsblatt 2022)

Bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit zur Psychotherapie-Zugänglichkeit ausbauen

Der Bezirk sollte Einrichtungen, Beratungsstellen und Fachkräfte aktiv über die Lockerung des Abstinenzgebots gemäß GBA-Beschluss vom 21.08.2025 informieren. Durch gezielte Informationsarbeit kann verdeutlicht werden, dass Kurzzeitpsychotherapie auch bei fortbestehendem Substanzkonsum möglich ist und frühzeitig begonnen werden kann. Dieses Wissen sollte in Facharbeitskreise und Fortbildungsangebote integriert werden. Darüber hinaus ist entscheidend, dass die behandelnden Fachkräfte die neuen Handlungsspielräume auch tatsächlich nutzen und entsprechende Behandlungsangebote bereitstellen.

4.6 Wohnen und Unterbringung

4.6.1 Wohnheime und betreute Wohnformen

Die Ergebnisse einer Fokusgruppe zu Problemen an der Schnittstelle zwischen Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe, die im Rahmen der Landesstrategie Sucht Berlin durchgeführt wurde, weisen auf Folgendes hin: Ein erheblicher Teil der wohnungslosen Menschen weist zusätzlich eine psychische Erkrankung auf, wobei Suchterkrankungen am häufigsten vorkommen. Da Wohnungslosenhilfe und Suchthilfe getrennt voneinander arbeiten, hängt der Zugang zu Unterstützungsleistungen stark davon ab, in welchem Bereich der Eintritt ins Hilfesystem gelingt. In der Wohnungslosenhilfe liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Wohnraumversorgung. Der hohe Vermittlungsdruck nach § 67 SGB XII führt dazu, dass individuelle Bedarfe teilweise unzureichend berücksichtigt werden. Bei einer reinen Wohnraumversorgung, ohne gleichzeitig die Suchterkrankung oder zugrunde liegende psychische Störungen zu behandeln, besteht die Gefahr, dass sich der Kreislauf aus Wohnungslosigkeit, Sucht und Entgiftung immer wiederholt. (Tossmann und Kasten, 2023, S. 100f.)

Insbesondere nach einer medizinischen Entgiftung zeigen sich Versorgungsbrüche, wenn keine abgestimmten Anschlussmaßnahmen oder geeigneten betreuten Wohnangebote zur Verfügung stehen (→ siehe 4.4 *Suchtberatung und -behandlung*).

Substituierte Menschen können nach einer Entgiftung nur schwer vermittelt werden: betreuende Übergangseinrichtungen sind meist abstinenzorientiert, wodurch sie ausgeschlossen werden. In klassischen Wohnheimen ist das Rückfallrisiko hoch. Mehrfach wurde berichtet, dass sich das Konsumverhalten durch das Zusammenleben mit anderen Bewohner:innen verstärkt.

Nach Einschätzung von Mitarbeitenden einer ASOG-Einrichtung in Lichtenberg leben dort zunehmend Menschen mit Suchterkrankungen und psychischen Erkrankungen, die dort jedoch nicht adäquat begleitet werden können. Suchterkrankungen und psychische Erkrankungen erschweren teilweise das Zusammenleben, führen zu Konflikten, was in einzelnen Fällen auch zur Verweisung führt.

In der Eingliederungshilfe zeigt sich ein unzureichendes Angebot für Menschen mit Doppeldiagnosen oder Rückfallrisiken. Leistungen werden häufig erst nach längerer Abstinenzphase oder abgeschlossener Therapie bewilligt. Rückfälle können zum Abbruch der Maßnahme und erneuter Wohnungslosigkeit führen. Konsumakzeptierende Wohneinrichtungen sind in Lichtenberg und berlinweit nur in geringer Zahl vorhanden.

Beispielhafte Projekte aus Berlin zeigen, wie die beschriebenen Versorgungslücken und Schnittstellenprobleme zwischen Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe überwunden werden können:



Berlin: Das Modellprojekt „Teupe“ hilft Betroffenen im Sinne einer Clearing-Funktion bei der Orientierung. Um wiederkehrende Verläufe zu durchbrechen, werden suchtkranke Menschen direkt vom Krankenhaus abgeholt und in einer ASOG-Einrichtung untergebracht. Begleitend dazu gibt es sozialpädagogische Unterstützung. Gemeinsam mit der Klientin bzw. dem Klienten wird dann der Auftrag geklärt, bei dem die Personen bei der weiteren Umsetzung unterstützt werden, bis die entsprechende Finanzierung geklärt ist. Die beteiligten Träger gehen bis dahin mit ihrem Leistungsangebot in Vorleistung. Garantiert wird für diese Arbeit ein Grundversorgungssatz, bis der eigentliche Hilfebedarf festgestellt wurde. Dieser wird dann rückwirkend ausgezahlt. Der Vorteil dieses Modellprojekts zeigt sich an vielen Stellen: So haben die Krankenhäuser nicht immer wieder dieselben

Patient:innen in der Entgiftung und die ASOG-Einrichtungen können neben ihrem eigentlichen Versorgungsauftrag mit Wohnraum auch die weitere Problematik der Klientel angehen. Und nicht zuletzt profitiert die Klientel davon, dass die Versorgung unmittelbar beginnen kann, ohne dass vor Beginn die Finanzierung geklärt sein muss. (GEBEWO soziale Dienste 2025; Tossman und Kasten, 2023, S.103)

Berlin: In der Scharnweberstraße werden zwei Wohnformen unter einem Dach kombiniert: eine ASOG-Plus-Unterkunft und eine Therapeutische Wohngemeinschaft (TWG). Die Aufnahme ist niedrigschwellig – weder Abstinenz noch eine abgeschlossene Therapie sind Voraussetzung. Das Konzept verbindet Wohnraumversorgung mit sozialer und therapeutischer Unterstützung. Dazu gehören Bezugsbetreuung im Alltag, Begleitung zu Terminen, Unterstützung bei Behördenangelegenheiten sowie Krisenintervention. Im Haus selbst ist eine psychiatrisch geschulte Fachkraft eingebunden, die Beobachtung, Kriseneinschätzung und enge Abstimmung mit den externen Fachärzt:innen ermöglicht. Die Scharnweberstraße ist als Übergangs- und Stabilisierungsangebot konzipiert. Ziel ist die Entwicklung einer langfristigen Perspektive, zum Beispiel der Übergang in betreutes Einzelwohnen, Housing First oder andere geeignete Wohn- und Hilfesysteme. (Prowo Berlin gGmbH 2024)

Ausbau spezialisierter Übergangs- und Clearingeinrichtungen

Übergangseinrichtungen sollten weiterentwickelt werden, die wie das Projekt „Teupe“ eine Clearing-Funktion zwischen Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe übernehmen. Sie ermöglichen eine unmittelbare Aufnahme nach Entgiftung oder Akutbehandlung, bevor die Finanzierung geklärt ist. Eine flexible Grundversorgungsfinanzierung kann die Aufnahme absichern, bis der individuelle Hilfebedarf bewilligt wurde.

Ausbau betreuter Übergangseinrichtungen (ASOG+)

ASOG-Einrichtungen sollten schrittweise zu ASOG+-Einrichtungen mit sozialpädagogischer und therapeutischer Begleitung ausgebaut werden. Hierzu gehört die Integration sucht- und psychiatriefachlich geschulter Fachkräfte sowie die enge Kooperation mit sozialpsychiatrischen Diensten.

Ausbau konsumakzeptierender betreuter Wohnangebote und flexiblen Übergängen

Konsumakzeptierende Wohneinrichtungen und Übergangswohneinrichtungen im Rahmen der Eingliederungshilfe sind auszubauen, damit auch Menschen mit bestehendem Konsum oder Rückfällen sowie Substituierte Zugang

finden. Auf diese Weise können Menschen mit Rückfallrisiken oder Doppeldiagnosen besser erreicht und stabilisiert werden. Flexible Übergänge zwischen unterschiedlichen Wohnformen wie in der Scharnweberstraße sind zu prüfen. Dadurch können Bewohner:innen bei einem Rückfall in den konsumakzeptierenden Bereich wechseln, ohne ihre Unterkunft zu verlieren, und bei Stabilisierung in eine abstinenzorientierte Wohnform zurückkehren.

Stärkung von Housing First als ergänzendes Modell

Das Konzept Housing First sollte als ergänzendes Modell gefördert werden. Es ermöglicht den sofortigen Zugang zu eigenem Wohnraum, ohne Abstinenz oder „Wohnfähigkeit“ vorauszusetzen und richtet sich vor allem an Menschen, die vom Hilfesystem bislang kaum erreicht wurden – etwa Personen mit aktivem Konsum, mehrfachen Hilfeabbrüchen oder langjähriger Wohnungslosigkeit. Die sozialarbeiterische Begleitung ist dabei fester Bestandteil des Konzepts. Rückfälle führen nicht zum Verlust des Wohnraums, sondern werden als Teil des Stabilisierungsprozesses verstanden.

4.6.2 Notübernachtungseinrichtungen

In Notübernachtungseinrichtungen gilt ein Abstinenzgebot, wodurch Konsumierende diese Einrichtungen teilweise meiden. Aus Angst vor Entzugserscheinungen oder aufgrund bestehender Konsumgewohnheiten übernachten sie stattdessen im öffentlichen Raum – insbesondere im Winter mit erheblichen Gesundheitsrisiken bis hin zu lebensgefährlicher Unterkühlung.

Zudem unterscheiden sich die Einrichtungen in Berlin hinsichtlich ihrer Aufnahmebedingungen. Während viele Notübernachtungen nicht mehr im Rahmen der Kältehilfe betrieben werden und stark alkoholisierte oder intoxikierte Personen abweisen, verfolgt die ganzjährig geöffnete Einrichtung „Ohlauer 365“ der Johanniter weiterhin einen suchtakzeptierenden Ansatz im Rahmen der Berliner Kältehilfe. (Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. 2025)

Mehrbettbelegung, mangelnde Hygiene, Konflikte und Gewalterfahrungen sowie Diskriminierung und Tierverbote stellen weitere Barrieren dar. Paare kommen nur selten zusammen unter und für alleinstehende Frauen sind Gemeinschaftsräume zusammen mit Männern teils sehr unangenehm aufgrund von erlebter sexualisierter Gewalt.

Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Notübernachtungseinrichtungen

Der Bezirk sollte sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass rechtliche Voraussetzungen für konsumakzeptierende Notübernachtungen geschaffen werden und entsprechende Modelle entwickelt werden.

Es sollte geprüft werden, inwiefern auch in Lichtenberg Notübernachtungen nach suchtakzeptierendem Ansatz wie die Einrichtung „Ohlauer 365“ gestaltet werden können – etwa durch Pilotprojekte oder Teilbereiche mit flexibleren Aufnahmebedingungen. Übernachtungsmöglichkeiten mit Haustieren sind ergänzend zu empfehlen.

Die Handlungsempfehlungen des Forschungsverbunds DRUSEC (Drugs & Urban Security), der sich mit offenen Drogenszenen und Drogenkonsumräumen in urbanen Kontexten beschäftigte, empfehlen, dass bestehende Einrichtungen regelmäßig hinsichtlich Ausstattung, Sicherheitsstandards und Bedarf überprüft werden sollen. Dabei sind Privatsphäre, Hygiene, Gewaltschutz und Barrierefreiheit zentrale Kriterien. (Steckhan et al., 2020, S. 5)

4.6.3 Safe Places – alternative betreute Wohnformen

Safe Places

Viele obdachlose Menschen im Bezirk finden keinen Zugang zu bestehenden Wohneinrichtungen – etwa aufgrund von Abstinenzvorgaben, Ausschlusskriterien oder fehlenden Leistungsansprüchen und übernachten auf der Straße oder in provisorischen Camps.

In Lichtenberg zeigt sich deutlich: Obdachlosigkeit und Campieren treten häufig gemeinsam mit Suchtmittelkonsum auf. Camps sind häufig von prekären Bedingungen geprägt – mangelnde Sanitärversorgung, Gewalt und Witterungseinflüsse können die Gesundheit erheblich beeinträchtigen. Wiederkehrende ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Räumungen, Platzverweise oder Alkoholverbote erweisen sich dabei als wenig wirksam: Sie führen meist lediglich zu kurzfristigen Verdrängungen, ohne die zugrunde liegenden Problemlagen zu lösen.

Fachkräfte aus unterschiedlichen Professionen und Verwaltungsbereichen in Lichtenberg betonen, dass es im Umgang mit Wohnungslosigkeit und öffentlichem Suchtmittelkonsum sichere, akzeptierende Orte – sogenannte „Safe Places“ – braucht. Damit meinen sie vor allem Orte, an denen sich Menschen ohne Vorbedingungen und Ausschlusskriterien wie Abstinenzforderungen aufhalten können.

Safe Places sind geschützte, sozialpädagogisch begleitete Orte, etwa akzeptierende Aufenthaltsmöglichkeiten, mobile oder stationäre Drogenkonsumangebote sowie alternative betreute Wohnformen.

Alternative betreute Wohnformen

Unter Safe Places werden unter anderem kleine, geschützte Wohneinheiten verstanden, die obdachlosen Menschen Sicherheit und Privatsphäre bieten und sozialarbeiterisch betreut werden. Ziel ist es, obdachlose Menschen gesundheitlich, psychosozial und emotional zu stabilisieren und sie ins Regelsystem zu integrieren. (My Way Soziale Dienste gGmbH 2025)

Langfristig können Safe Places zu sogenannten „Common Places“ weiterentwickelt werden – Orten, die Unterkunft, Teilhabe und gemeinschaftliche Verantwortung verbinden. Bewohner:innen übernehmen dabei Aufgaben in der Umgebung, etwa Pflege oder Gestaltung, und fördern so Eigenverantwortung, Integration und Akzeptanz im Quartier.

Für den Bezirk Lichtenberg wird empfohlen, Safe Places als betreute alternative Wohnformen pilotweise einzuführen. Diese sollten in enger Kooperation zwischen erfahrenen Trägern der Wohnungslosenhilfe, Suchthilfe und Verwaltung umgesetzt werden und insbesondere für Menschen offenstehen, die durch bestehende Systeme ausgeschlossen sind oder diese aufgrund ihrer Krankheitsbilder oder Erfahrungen meiden. Der Zugang sollte unabhängig von Leistungsstatus oder Abstinenz gestaltet sein.

▶ **Berlin:** In Neukölln bieten sechs kleine mobile Schutzboxen obdachlosen Menschen kurzfristig Privatsphäre und Schutz vor Witterung, Diebstahl und Übergriffen. Begleitend findet aufsuchende Sozialarbeit statt. (My Way Soziale Dienste gGmbH 2025)

▶ **Berlin:** Drei kleine mobile Häuschen bieten am Ostbahnhof Schutzräume für Menschen, die dort übergangsweise leben können. Zusätzlich findet eine regelmäßige Betreuung durch aufsuchende Sozialarbeit statt und die Bewohner:innen und Bewohner können eine mobile Toilette nutzen und Müll entsorgen. (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin 2023)

▶ **Berlin:** In Lichtenberg wurde mit dem Commonplace-Konzept der Karuna eG ein Konzept für winterfeste Tiny Houses mit gemeinschaftlich genutzten Flächen wie Urban Gardening oder Werkstätten entwickelt, das jedoch nicht realisiert wurde. Die Bewohner:innen sollten die Orte selbst verwalten und Verantwortung für Pflege, Nutzung und Nachbarschaft übernehmen. (Karuna eG 2021)

Bereitstellung geeigneter Flächen und Einbindung in die Stadtplanung

Für die Umsetzung von Safe Places und niedrigschwelligen

Aufenthaltsangeboten braucht es geeignete Immobilien und Flächen im Bezirk. Der Bezirk sollte gemeinsam mit Stadtplanung, Wirtschaftsförderung und Trägern systematisch prüfen, welche Gebäude, Grundstücke oder Leerstände sich für soziale Nutzungen eignen und welche Zwischennutzungen kurzfristig realisierbar sind.

Konsumierende und wohnungslose Menschen sollten aktiv in Stadt- und Sozialraumplanung einbezogen werden. Stadtentwicklung in Lichtenberg sollte sich am Leitbild einer „Stadt für alle“ orientieren und Flächen für Schutz- und Aufenthaltsorte, niedrigschwellige Beratung sowie alternative betreute Wohnformen sichern.

4.6.4 Anlaufstellen für Frauen

Das Thema Wohnungslosigkeit von Frauen wurde bislang nur am Rande erfasst. Rückmeldungen deuten jedoch darauf hin, dass verdeckte Obdachlosigkeit bei Frauen besonders häufig vorkommt und die Dunkelziffer obdachloser Frauen entsprechend hoch ist. Obdachlose Frauen leben oft vorübergehend bei Bekannten oder in instabilen Wohnverhältnissen, um den Aufenthalt im öffentlichen Raum zu vermeiden.

Zudem berichten Fachkräfte, dass bestehende Unterkünfte und Tagesaufenthalte von Frauen teilweise gemieden werden – unter anderem aufgrund von Unsicherheiten, mangelnder Schutzräume oder Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt. Frauen, die im öffentlichen Raum übernachten, sind dort zudem einem erhöhten Risiko körperlicher und sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Diese Hinweise verdeutlichen den Bedarf an frauenspezifischen, sicheren und niedrigschwelligen Angeboten, etwa in Form von geschützten Unterkünften oder Tagesaufenthaltsmöglichkeiten ausschließlich für Frauen. Um den tatsächlichen Umfang und die spezifischen Bedarfe besser einschätzen zu können, sollte die Datenerhebung und Analyse zur Wohnungslosigkeit von Frauen im Bezirk ausgebaut werden.

4.7 Niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte

Niedrigschwellige Einrichtungen wie Tagestreffs und Kontaktcafés sind zentrale Anlaufstellen für Menschen mit Suchterkrankungen. Sie sichern grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung, Hygiene und medizinische Basisversorgung und fördern soziale wie gesundheitliche Stabilisierung. Zugleich eröffnen sie niedrigschwellige Zugänge zu weiterführenden Hilfen – insbesondere für Menschen, die vom regulären Hilfesystem bislang kaum erreicht werden.

Aktuelle Herausforderungen

Fachkräfte in Lichtenberg weisen darauf hin, dass im Bezirk zusätzliche Tagesaufenthaltsmöglichkeiten erforderlich sind, da der bestehende Tagestreff des Humanistischen Verbandes am Bahnhof Lichtenberg den Bedarf nicht deckt. Die Nachfrage nach Mahlzeiten, Duschmöglichkeiten und psychosozialer Betreuung übersteigt die vorhandenen Kapazitäten deutlich.

Hinzu kommen instabile Finanzierungen, ein anhaltender Fachkräftemangel – insbesondere im medizinischen Bereich – sowie räumliche Engpässe, die nur begrenzte Rückzugs- und Beratungsräume zulassen. Darüber hinaus wird berichtet, dass die vorhandenen Räume aufgrund ihrer Enge und Lautstärke kaum zum längeren Verweilen einladen. Viele Menschen kommen auf engem Raum zusammen, was zu einer angespannten Atmosphäre und mitunter auch zu Konflikten führen kann.

Außerdem ist eine Zunahme komplexer Problemlagen unter den Besucher:innen zu beobachten. Immer mehr Menschen sind von psychischen Störungen oder Suchterkrankungen betroffen oder verfügen über einen Migrationshintergrund. Psychische Krisen können in Tageseinrichtungen häufig nicht adäquat aufgefangen werden, da es an spezialisierten Fachkräften und Ressourcen fehlt. Die Weitervermittlung in die psychiatrische Regelversorgung gestaltet sich als schwierig. (→ siehe 4.5 *Psychiatrische und psychologische Versorgung*).

Institutionelle Förderung und stabile Personalstruktur sichern

Zur langfristigen Stabilisierung bestehender Einrichtungen ist eine verlässliche, institutionelle Finanzierung erforderlich. Projektbezogene Förderungen bieten keine ausreichende Planungssicherheit. Zuständigkeiten zwischen Bezirk, Land und Bund sollten die Finanzierung langfristig sicherstellen. Gleichzeitig braucht es dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse und gezielte Unterstützung bei der Personalgewinnung – etwa durch Kooperationen mit Jobcenter und Bezirksamt.

Aufenthaltsmöglichkeiten ausweiten

Um Überlastungen zu vermeiden, sollten zusätzliche Tagesaufenthaltsmöglichkeiten mit Grundversorgung geschaffen werden – insbesondere im Umfeld des Ringcenters (→ siehe 3.2.2 *Ringcenter: Handlungsempfehlungen*). Die Öffnungszeiten zwischen Tagesaufenthalten und Notübernachtungen sollten aufeinander abgestimmt werden, um Versorgungslücken am frühen Morgen und späten Abend zu vermeiden. Darüber hinaus braucht es insbesondere in den Sommer- und Wintermonaten witterungsgeschützte Aufenthaltsmöglichkeiten. Derzeit nutzen wohnungslose Menschen oft Bahnhöfe, Einkaufszentren oder andere

öffentliche Orte als Rücks- und Schutzorte, insbesondere bei extremer Witterung, was häufig zu Nutzungskonflikten führt.

Ergänzend sollten niedrigschwellige Anlaufstellen für Frauen geschaffen werden. (→ siehe 4.6.4 Anlaufstellen für Frauen)

▶ **Berlin:** Das Nachtcafé „Arche“ der Evangelischen Kirchengemeinde Treptow bietet in den Wintermonaten von 19:00 bis 08:00 Uhr bis zu 16 obdachlosen Menschen einen geschützten Schlafplatz. Gäste erhalten ein warmes Abendessen und ein Frühstück am Morgen. Zusätzlich stehen in den Abendstunden bis 21:30 Uhr weitere Plätze für den Tagesaufenthalt zur Verfügung. Das Angebot ist niedrigschwellig, ohne Anmeldung nutzbar und wird maßgeblich durch Ehrenamtliche getragen. (Chance gGmbH 2025)

▶ **Berlin:** Der Internationale Bund (IB) betreibt in Berlin-Schöneberg eine Hitzehilfe-Unterkunft, die in den Sommermonaten von Juni bis September tagsüber Schutz vor extremer Witterung bietet. Bis zu 30 obdachlose Menschen können dort in kühlen Räumen verweilen, erhalten Essen, Getränke und Zugang zu Duschen. Zusätzlich werden Hilfsmittel wie Sonnenschutzcreme, Kopfbedeckungen oder Trinkflaschen ausgegeben. Das Angebot ist niedrigschwellig und ohne Anmeldung nutzbar. (IB Berlin-Brandenburg gGmbH 2025)

Räume und Aufenthaltsqualität verbessern

Tageseinrichtungen sollten so gestaltet sein, dass sie Sicherheit, Ruhe und Begegnung ermöglichen.

Dazu gehören Rückzugsbereiche und ggf. Tagesruhebetten. Außenflächen mit Sitzgelegenheiten und Witterungsschutz erhöhen Aufenthaltsqualität und können zur sozialen Integration beitragen – insbesondere, wenn Besucher:innen aktiv in Pflege und Gestaltung eingebunden werden.

Digitale Grundausstattung

Darüber hinaus sollten Tagestreffs mit einer digitalen Grundausstattung (z. B. Computerarbeitsplätze, WLAN, Druck- und Scanmöglichkeiten) ausgestattet werden, um Online-Beratungen, digitale Behördenkontakte und Antragsverfahren zu ermöglichen.

Psychische Gesundheit und Krisenintervention stärken

In niedrigschwelligen Einrichtungen sollten regelmäßige psychiatrische oder psychologische Sprechstunden eingerichtet werden. Diese Angebote können in

Kooperation mit Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA), dem Krisendienst oder den sozialpsychiatrischen Diensten umgesetzt werden. Ziel ist es, eine fachärztliche bzw. psychologische Einschätzung direkt im Lebensumfeld der Betroffenen zu ermöglichen, psychische Krisen abzufangen und die Weitervermittlung in die Regelversorgung zu verbessern (→ siehe 4.5 *Psychiatrische und psychologische Versorgung*)

Parallel sollten bestehende Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeitenden in den Bereichen Krisenintervention, Deeskalation, Trauma-Sensibilität, Umgang mit Konsumierenden und interkulturelle Kommunikation verstärkt werden.

Schadensminimierung und Suchtberatung integrieren

Angebote der Schadensminimierung sollten fester Bestandteil niedrigschwelliger Einrichtungen sein – etwa Spritzentausch, Safe-Use-Artikel- Ausgabe und Beratung. Gemeinsame Fallbesprechungen und Begehungen mit der Suchtberatung vor Ort sind zu stärken. Zu prüfen sind direkt zugängliche Sprechstunden der Suchtberatung ohne Terminvereinbarung in niedrigschwelligen Einrichtungen. Geprüft werden sollten außerdem niedrigschwellige offene Gruppenangebote, die ohne vorherige Anmeldung über die Suchtberatungsstelle genutzt werden können. (→ siehe 4.4 *Suchtberatung und -behandlung*)



Berlin: Das Kontaktcafé „Bülow Eck“ des Drogennotdienst Berlin gGmbH bietet konsumierenden Menschen einen niedrigschwelligen Aufenthaltsort ohne Anmeldung und unabhängig von Abstinenz. Nebeneinem geschützten Ort zum Verweilen stehen überlebenspraktische Hilfen wie warme Mahlzeiten, Duschen, Wäschewaschen sowie die Ausgabe und Entsorgung von Konsumutensilien zur Verfügung. Die Drogenberatung vor Ort kann mit oder ohne Termin genutzt werden. (Stadtteilkoordination Schöneberg Nord 2022)

Mehrsprachige Sozialberatung

Um den Zugang zu Hilfen für Menschen mit unterschiedlichen Sprach- und Herkunftshintergründen zu verbessern, sollten mehrsprachige Sozialberatung in niedrigschwellige Anlaufstellen ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit mit spezialisierten Trägern und Beratungsstellen für EU-Bürger:innen und Migrant:innen ist zu verstärken. (→ siehe 4.11 *Handlungsmöglichkeiten bei EU-Migrant:innen*)

Niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten anbinden

Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote sollten in Anbindung an bestehende niedrigschwellige Anlaufstellen realisiert werden. (→ siehe 4.9

Case Management und Begleitstrukturen aufbauen

Es sollten Lotsen- und Begleitstrukturen in niedrigschwelligen Anlaufstellen ausgebaut werden, die Menschen praktisch zu Terminen begleiten und beim Kontakt mit Behörden oder Ärzt:innen unterstützen. Mobilitätstickets sind dafür bereitzustellen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwiefern dort eine Koordinierungsstelle etabliert werden kann, die im Rahmen eines Case Managements zwischen den verschiedenen Hilfesystemen koordiniert und sich insbesondere an Menschen mit komplexen Problemlagen richtet. (→ siehe 4.12 Case Management)

Konsumakzeptierende Aufenthaltsräume schaffen

In den meisten Wohneinrichtungen und Aufenthaltsmöglichkeiten gilt ein Abstinenzgebot. Der Suchtmittelkonsum wird häufig in den öffentlichen Raum verlagert – mit entsprechenden Nutzungskonflikten, Beschwerden und gesundheitlichen Risiken. Konsumakzeptierende Aufenthaltsmöglichkeiten fehlen.

Es sollten sozialarbeiterisch betreute konsumakzeptierende Aufenthaltsräume geschaffen werden, in denen der Konsum niedrigprozentiger alkoholischer Getränke unter klaren Rahmenbedingungen möglich ist. Grundversorgungsangebote und Sozialberatung sollte integriert werden. So können Konflikte im öffentlichen Raum reduziert werden und Zugänge zu Hilfen ermöglicht werden. Alkoholakzeptierende Aufenthaltsmöglichkeiten sollen im Umfeld des Bahnhofs Lichtenberg geprüft werden, wo der Alkoholkonsum besonders präsent ist, etwa im Rahmen eines Pilotprojekts.

 **Karlsruhe:** 2019 wurde der „Alkohol akzeptierende Aufenthaltsraum (A³)“ eingerichtet. Der Konsum mitgebrachter, niedrigprozentiger Getränke ist erlaubt; Verkauf oder Ausschank finden nicht statt. Der Raum wird von sozialpädagogischem Fachpersonal betreut und bietet ergänzend niedrigschwellige Beratungsangebote. (Ärzteblatt 2018; ka-news GmbH 2018)

4.8 Drogenkonsummobil

Die quantitativen Erhebungen der Kiezläufer:innen sowie die Monitoring Daten weisen auf einen regelmäßigen Konsum harter Drogen wie Kokain/Crack und Heroin im Umfeld des Ring-Centers, des ehemaligen städtischen Friedhofs an der Rudolf-Reusch-Straße und auf dem Campus für Demokratie hin, wo regelmäßig Spritzen gefunden werden. Fachkräfte berichten, dass die Präsenz illegaler Substanzen, einschließlich harter Drogen stetig zugenommen

hat und zunehmend sichtbar wird. (→ siehe 2. *Lagebild und Entwicklung des öffentlichen Suchtmittelkonsums in Lichtenberg*)

Bahnhöfe, Grünanlagen, Hauseingänge und öffentliche Toiletten werden häufig als Konsumort genutzt. Konsumierende möchten zwar häufig unauffällig bleiben, verfügen jedoch oft nicht über alternative Rückzugsmöglichkeiten. Besonders für Anwohnende stellen Konsumrückstände und der offene Konsum harter Drogen eine Belastung dar. Diese Situation verdeutlicht den Bedarf an niedrigschwelligen Konsumräumen.

Ein Drogenkonsummobil bietet einen geschützten, fachlich betreuten Ort für den Konsum mitgebrachter Substanzen (injizierend, inhalierend oder nasal), stellt sterile Utensilien bereit und ermöglicht Soforthilfe bei Überdosierungen. Die Anbindung an niedrigschwellige Beratung und Gesundheitsangebote erhöht dabei Reichweite und Wirkung. Auch wenn das Konsummobil nur zeitweise präsent ist, kann ein solches Angebot maßgeblich dazu beitragen, gesundheitliche Risiken zu reduzieren, den öffentlichen Raum zu entlasten und den Zugang zu Hilfen zu verbessern.

Die Einrichtung eines Drogenkonsummobils sollte insbesondere im Bereich zwischen dem Ring-Center, ehemaligen städtischem Friedhof Rudolf-Reusch-Straße und dem Campus für Demokratie (ehemalige Stasi-Zentrale) geprüft werden, wo vermehrte Spritzenfunde auf eine hohe Konsumdichte hinweisen. Die Standortwahl sollte in enger Abstimmung mit Anwohnenden, Gewerbetreibenden und lokalen Akteur:innen erfolgen, um eine sozialverträgliche Umsetzung zu gewährleisten. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit ist zu empfehlen. Perspektivisch sollte geprüft werden, ob ein Drogenkonsumraum für den Bezirk Lichtenberg umsetzbar ist.

Berlin: Am Leopoldplatz betreibt der Träger Fixpunkt e. V. ein integriertes Angebot aus Drogenkonsummobil und angeschlossenem Beratungscontainer. Neben der beaufsichtigten Konsummöglichkeit bietet das Projekt sterile Utensilien, medizinisch-pflegerische Beratung sowie Gesundheits- und Präventionsangebote (z. B. HIV- und Hepatitis-Tests, Naloxon-Schulungen). Durch die enge Verbindung von Konsumraum und Sozialberatung entsteht ein niedrigschwelliger Zugang zu stabilisierenden Hilfen wie Substitution, Therapie oder betreutem Wohnen. (Fix-punkt e.V. 2025a)

4.9 Niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten

Beschäftigungsangebote bieten konsumierenden Menschen eine sinnvolle

Tagesstruktur, fördern soziale Teilhabe und Selbstwirksamkeit und tragen so zur Stabilisierung und Rückfallprävention bei.

In Lichtenberg bestehen derzeit Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen vor allem im Rahmen von Tagesstätten. Diese sind jedoch durch begrenzte Platzkapazitäten eingeschränkt und meist an einen Leistungsbezug nach § 81 SGB IX gebunden. Hinzu kommt, dass viele Angebote eine regelmäßige Teilnahme oder Abstinenz voraussetzen – Anforderungen, die Menschen in instabilen Lebensverhältnissen häufig nicht erfüllen können.

Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote sollten geschaffen werden, die ohne Abstinenzpflicht und ohne Leistungsbezug zugänglich sind. Sie sollten flexibel, freiwillig und unbürokratisch gestaltet sein – etwa durch tagesaktuelle Entlohnung, kleine Aufwandsentschädigungen oder Honorarmodelle.

Besonders zu empfehlen sind gemeinwesenorientierte Tätigkeiten im öffentlichen Raum oder in Nachbarschaftsprojekten, die zugleich einen sichtbaren Mehrwert für das Quartier schaffen.

Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote sollten vorrangig an bestehende Tagesaufenthalte und Kontaktstellen angegliedert werden. Die Kombination aus sozialer Betreuung, Grundversorgung und Beschäftigung ermöglicht eine kontinuierliche Begleitung, kann Stabilisierung fördern und den Übergang in weiterführende Hilfen erleichtern. Entscheidend ist, dass sie an individuelle Fähigkeiten anknüpfen und soziale wie berufliche (Re-)Integration fördern.

Übergänge in reguläre Beschäftigung

Zur Förderung von Übergängen in reguläre Beschäftigung sollten Jobcoachings, individuelle Beratung und gezielte Vermittlungsangebote ausgebaut werden. Erforderlich sind Kooperationen zwischen Jobcenter, Agentur für Arbeit, freien Trägern und lokalen Arbeitgeber:innen, um faire und sozialverträgliche Arbeitsmöglichkeiten – etwa in Reinigung, Gartenpflege oder Logistik – zu schaffen und Ausbeutung vorzubeugen.

 **Berlin:** Das Projekt GeTaMAX von Fixpunkt e.V. bot langzeitarbeitslosen Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen beschäftigungsorientierte Module wie Kochen, Gartenarbeit, kreative Werkstätten oder gemeinwesenbezogene Tätigkeiten, wie beispielsweise die Reinigung öffentlicher Räume (Fixpunkt e.V. 2025b).

▶ **Berlin:** Das Peer-Projekt Neukölln von Fixpunkt gGmbH integriert Konsumierende in gemeinwesenorientierte Aufgaben wie das Einsammeln von Konsumutensilien. Im Mittelpunkt steht der Peer-Ansatz: Betroffene geben Wissen weiter und übernehmen Verantwortung. Mitarbeit erfolgt freiwillig, ohne Abstinenzpflicht, gegen Übungsleiterpauschale. (Fixpunkt gGmbH 2025a)

▶ **Berlin:** Das Projekt Kotti-Kompass 2.0 von Fixpunkt gGmbH kombiniert Beschäftigung und Qualifizierung. Neben gemeinwesenorientierten Tätigkeiten werden handwerkliche und kreative Module, psychosoziale Beratung und individuelles Coaching angeboten, um Teilnehmende an reguläre Beschäftigung heranzuführen. (Fixpunkt gGmbH 2025b)

4.10 Aufsuchende Straßensozialarbeit

Am Bahnhof Lichtenberg finden regelmäßige Rundgänge durch aufsuchende Sozialarbeitende des Tagestreffs des Humanistischen Verbands Deutschlands statt. Darüber hinaus besteht im Bezirk bislang keine kontinuierliche Straßensozialarbeit für Erwachsene. Aufsuchende Tätigkeiten werden derzeit durch die Träger Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. sowie die Immanuel Albertinen Diakonie gGmbH im Auftrag und unter Koordination des Sozialamts umgesetzt. Für Jugendliche wird kontinuierliche Straßensozialarbeit durch Gangway e. V. durchgeführt.

Die aufsuchenden Sozialarbeitenden erreichen regelmäßig Menschen, die vom Hilfesystem bislang kaum erfasst werden, und leisten wertvolle Beziehungsarbeit im öffentlichen Raum. Ihre Möglichkeiten in weiterführende Hilfen zu vermitteln sind jedoch begrenzt – insbesondere durch fehlende Leistungsansprüche und Sprachbarrieren. In den Beratungsräumen der Sozialdienste kommen die aufgesuchten Personen nur selten an.

Darüber hinaus bestätigen die Erfahrungen der aufsuchenden Sozialarbeit die bereits beschriebenen Problemlagen. (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*) Viele der erreichten Menschen leben in prekären und gesundheitlich belasteten Lebenssituationen, verfügen über keine feste Tagesstruktur und sind häufig psychisch oder körperlich beeinträchtigt. Fehlende Kommunikationsmittel, finanzielle Mittel oder Ortskenntnis sowie Misstrauen gegenüber Behörden und Hilfseinrichtungen erschweren die Kontaktaufnahme zusätzlich. Dadurch gelingt es nur selten, eine stabile und kontinuierliche Vermittlung an weiterführende Unterstützungsangebote herzustellen. Vermehrt sind Menschen mit psychischen Krisen anzutreffen, häufig in Kombination mit Suchtmittelkonsum.

Psychosen erschweren teilweise die Kontaktaufnahme und Weitervermittlung der Betroffenen.

Ausbau kontinuierlicher Streetwork-Strukturen

Empfohlen wird, die aufsuchende Straßensozialarbeit im Bezirk auszubauen und dauerhaft zu verstetigen. Dabei sollte eine regelmäßige und verlässliche Präsenz an zentralen Konsumorten sichergestellt werden, um Vertrauen aufzubauen, Beziehungsarbeit zu fördern und Menschen schrittweise an Hilfen heranzuführen. Im Umfeld des Ringcenters haben die Zeiten nach dem Schließen und vor dem Öffnen der nahegelegenen Notübernachtungseinrichtung besondere Bedeutung, wo obdachlose Menschen im Umfeld vermehrt sichtbar werden. (→ siehe 3.2.1 *Ringcenter: Ausgangslage und Konflikte*)

Akzeptierender Ansatz und Schadensminimierung

Die Arbeit der aufsuchenden Straßensozialarbeit sollte sich verstärkt an einem akzeptierenden Ansatz orientieren. Durch kontinuierliche Präsenz und niedrigschwellige Kontaktangebote – etwa die Ausgabe von Safe-Use-Artikel – kann Vertrauen gefördert und Unterstützung angeboten werden ohne Vorbedingungen zu stellen.

Gemeinwesenorientierte Straßensozialarbeit

Die gemeinwesenorientierte Straßensozialarbeit sollte gezielt verstärkt werden. Sie sollte darauf ausgerichtet sein, Begegnungen zwischen konsumierenden Menschen und anderen Sozialraumnutzenden zu fördern, Nutzungskonflikte zu verringern und das nachbarschaftliche Zusammenleben zu stärken. Sozialarbeitende sollten im Stadtteil sichtbar und ansprechbar sein, um Vertrauen aufzubauen, Spannungen frühzeitig zu erkennen und konsumierende Menschen – insbesondere an regelmäßig genutzten Orten – aktiv in Pflege- und Beteiligungsprojekte einzubeziehen. Solche partizipativen Ansätze können Verantwortungsübernahme, soziale Teilhabe und gegenseitiges Verständnis im Stadtteil fördern.

Aufsuchende Sozialarbeitende sollten ergänzend Informationsmaterialien wie die Broschüre „Umsicht–Vorsicht“ (Fixpunkt e. V. 2024) im Sozialraum verbreiten und Passant:innen aufklären und in den Dialog gehen. (→ siehe 7. *Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit*)

Begleitstrukturen ausbauen

Ergänzend sollte die aufsuchende Straßensozialarbeit um eine aktive Begleitfunktion erweitert werden, um Menschen bei Bedarf auch praktisch zu Terminen in Beratungsstellen, Ämtern oder medizinischen Einrichtungen

zu begleiten. Diese persönliche Unterstützung kann entscheidend sein, um Sprachbarrieren, Unsicherheit, fehlende Orientierung und weitere Barrieren (→ siehe 4.1 *komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*) zu überwinden und den Zugang zu Hilfen zu verbessern. Wo eine sozialarbeiterische Begleitung nicht möglich ist, sollten ergänzend Integrationslots:innen, Sprach- und Kulturmittler:innen oder geschulte Ehrenamtliche hinzugezogen werden.

Mobile Beratung

Empfohlen wird, die aufsuchende Straßensozialarbeit durch ein mobiles Beratungsangebot – beispielsweise in Form eines Beratungsbusses – zu erweitern. Ein solches Angebot zielt darauf ab, Menschen direkt in ihrem Lebensumfeld zu erreichen und zugleich einen geschützten Rahmen für Sozialberatung und Weitervermittlung zu schaffen. Der Beratungsbus sollte regelmäßig verschiedene Standorte im Bezirk anfahren, feste Standzeiten einhalten und flexibel auf neu entstehende Szeneschwerpunkte reagieren. Vor Ort sollten verschiedene niedrigschwellige Unterstützungsangebote gebündelt werden – darunter Sozialberatung, Hilfe bei Behördenkontakten und Anträgen sowie Wohnhilfe. Ergänzend sollte eine Verknüpfung mit aufsuchenden medizinischen Angeboten geprüft werden (→ siehe 4.3 *Medizinische Versorgung*).

Psychiatrische Kompetenzen integrieren

Angesichts der zunehmenden psychischen Krisen im öffentlichen Raum ist eine enge Zusammenarbeit zwischen aufsuchenden Sozialarbeitenden und psychiatrischen Diensten, auch außerhalb von akuter Eigen- oder Fremdgefährdung notwendig. (→ siehe 4.5 *psychiatrische und psychologische Versorgung: Aufsuchende psychiatrische und psychologische Unterstützung ausbauen*) Perspektivisch sollte geprüft werden, inwieweit multiprofessionelle, aufsuchende Fachteams aufgebaut werden können, die sozialarbeiterische und psychiatrische Kompetenzen bündeln und frühzeitig auf Krisen reagieren können.

Aufsuchende Suchthilfe

Es wird empfohlen, Strukturen der aufsuchenden Suchthilfe auszubauen. Eine Kooperation zwischen aufsuchenden Sozialarbeitenden im Bezirk und Trägern mit Expertise in der aufsuchenden Suchthilfe sollten angestrebt werden – etwa durch Hospitationen, kollegiale Fallbesprechungen oder gemeinsame Einsätze. Als möglicher Kooperationspartner bietet sich beispielsweise Fixpunkt e. V. an, der über langjährige Erfahrung in der aufsuchenden Suchthilfe und der Arbeit mit Konsumierenden verfügt. Ziel ist es, die Handlungssicherheit im Umgang mit konsumierenden Menschen zu erhöhen und den Zugang zu Hilfen zu verbessern.

Ergänzend sollten gezielte Qualifizierungsangebote zum Umgang mit konsumierenden Menschen für aufsuchende Sozialarbeitende ausgebaut werden. Solche Fortbildungen können dazu beitragen, Fachkräfte zu befähigen, Menschen im Drogenkonsum angemessen anzusprechen, Vertrauen aufzubauen und passende Unterstützungsangebote zu vermitteln.

Sprach- und Kulturvermittlung sowie Peer-Arbeit

Um EU-Bürger:innen besser zu erreichen, sollte die aufsuchende Straßensozialarbeit verstärkt durch muttersprachliche Mitarbeitende, Sprach- und Kulturmittler:innen oder Peers aus den jeweiligen Communities ergänzt werden. Darüber hinaus sollten Träger, die vorwiegend osteuropäische Menschen aufsuchen – wie TRIA oder Barka e. V. – in Einsätze mit einbezogen werden. Zudem sollte die Bereitstellung mehrsprachiger Informationsmaterialien sichergestellt werden.

4.11 Handlungsmöglichkeiten bei EU-Migrant:innen

Viele obdachlose oder konsumierende Menschen in Lichtenberg stammen aus EU-Ländern wie Polen, Rumänien, Bulgarien, Russland, Lettland, Tschechien oder Spanien, vereinzelt auch aus Georgien oder Moldawien. Ein erheblicher Teil der aufgesuchten Personen ist gesundheitlich beeinträchtigt, häufig im Zusammenhang mit Suchtmittelkonsum. Ergebnisse einer retrospektiven Sekundärdatenanalyse von Patientenakten aus dem Gesundheitszentrum für Obdachlose (GZO) und dem TagesTreff Lichtenberg in Berlin zeigen einen deutlichen Anstieg des Anteils von EU-Staatsangehörigen unter den betreuten Personen: Dieser stieg von 16,9 % in den Jahren 2012/2013 auf 29 % in den Jahren 2019/2020. (Schindel et al. 2025)

Ein häufiger Migrationsgrund ist Arbeit, wobei Wohnraum oft direkt an das Arbeitsverhältnis gekoppelt ist. Viele Betroffene arbeiten unter prekären und/oder illegalen Bedingungen. Nach Beendigung solcher Beschäftigungen droht unmittelbar Obdachlosigkeit - bei illegalen Tätigkeiten besteht zudem kein Anspruch auf Sozialleistungen. Viele Tätigkeiten sind körperlich stark belastend und gehen mit einem erhöhten Risiko von Ausbeutung oder Nichtzahlung einher. Sprachbarrieren verschärfen die Situation zusätzlich. Viele verfügen zudem nicht über gültige Ausweisdokumente – ohne gültige Papiere ist weder legale Arbeit noch der Zugang zu Sozialleistungen möglich. Insgesamt haben viele EU-Migrant:innen in Lichtenberg keinen Leistungsanspruch und damit keinen gesicherten Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Wohnraum. Fachkräfte in Lichtenberg berichten, dass sie in diesen Fällen bislang nur eingeschränkt unterstützen können; oft bleibt der Fokus auf niedrigschwelligen Angeboten wie Notübernachtungen und Tagesaufenthalt. Die Lebenslage

vieler Betroffener ist geprägt von Resignation und Perspektivlosigkeit.

Das Projekt TRIA zeigt, wie Handlungsspielräume erweitert werden können:

Berlin: Das Projekt TRIA in Trägerschaft der Stadtmission und Caritas verbindet aufsuchende Arbeit mit einem sozialpädagogischen Clearing und setzt dabei auf multiprofessionelle Teams aus Sozialarbeitenden und Pflegefachkräften. Neben intensiver Einzelfallbegleitung werden Betroffene in sozialen und behördlichen Fragen unterstützt etwa bei der Klärung von Leistungsansprüchen oder der Beschaffung notwendiger Dokumente. Besondere Bedeutung hat der Bereich der Gesundheitsversorgung. TRIA bietet eine niedrigschwellige medizinische Grundversorgung im öffentlichen Raum, darunter Wundversorgung, Gesundheitsberatung und die Weitervermittlung in ärztliche Anlaufstellen. Zusätzlich begleitet TRIA Betroffene bei Arztbesuchen, zu Krankenhäusern oder zu Krankenkassen, um bürokratische und sprachliche Hürden zu überwinden. Ergänzend unterstützt das Projekt die Entwicklung von Perspektiven im Arbeitsbereich etwa durch Beratung zu Arbeitsrechten und die Vermittlung an spezialisierte Beratungsstellen und Partner:innen im Beschäftigungssektor. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Sprach- und Kulturmittlung durch muttersprachliche Mitarbeitende und Peers (z. B. Polnisch, Bulgarisch, Rumänisch, Russisch, Englisch), die Vertrauen aufbauen und den Zugang zu Hilfen erleichtern. (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. et al. 2025)

Einbindung spezialisierter Beratungsstellen und Arbeitsmarktintegration

Zur Verbesserung der Unterstützung von EU-Migrant:innen sollten bestehende Projekte mit mehrsprachigen und kultursensiblen Ausrichtungen – etwa KuB, Willkommenszentrum, Medibüro, Frostschutzengel, TRIA oder Barka e. V. – stärker in die bezirklichen Strukturen eingebunden werden. Ergänzend wird die Einrichtung eines arbeitsmarktbezogenen Projekts empfohlen, das mit Sprachmittlung arbeitet und Menschen direkt in legale Beschäftigung vermittelt. Dabei sollten EU-Migrant:innen gezielt über Arbeitsrechte, Beschäftigungsmöglichkeiten und die Anerkennung von Qualifikationen informiert werden. Eine Kooperation mit bestehenden migrationsorientierten Programmen wie MobiJob, Faire Mobilität und dem Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) ist zu prüfen.

Kooperation und Qualifizierung

Weiterbildungsangebote zu Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit EU-Bürger:innen sollten verstärkt werden. Zentral ist der kontinuierliche fachliche Austausch, etwa in Form von regelmäßigen Koordinationstreffen mit

relevanten Akteur:innen wie Sozialdiensten, Beratungsstellen und spezialisierten Trägern sowie Botschaften und Anlaufstellen für Migrant:innen. Diese sollten systematisch in Netzwerke, Fachrunden und Sozialgremien eingebunden werden, um Wissen weiterzugeben und Handlungssicherheit zu stärken.

Ein möglicher Schwerpunkt solcher Austauschformate könnte die Frage sein, wie Rückkehrprozesse bei bestehendem Rückkehrwunsch organisiert und finanziert werden können. Die Zuständigkeiten und verfügbaren Unterstützungsangebote gestalten sich dabei häufig individuell und komplex; ein einheitliches Verfahren besteht bislang nicht.

Rückkehrunterstützung

Bei bestehenden Rückkehrwünschen von EU-Migrant:innen sollten diese aktiv aufgegriffen und realistisch geprüft werden. Dazu gehört, frühzeitig Rückkehrberatungen der Botschaften sowie des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) einzubeziehen. Fachkräfte sollten dabei unterstützen, notwendige Dokumente zu beschaffen, Kontakt mit Behörden und Botschaften aufzunehmen, Kontakte zu Familienangehörigen herzustellen sowie Hilfen im Herkunftsland zu vermitteln. Zu befürworten sind Rückkehrprojekte, die den Weitertransfer ins Heimatland begleiten und die Anschlussversorgung in Wohn- und Integrationsprojekte im Herkunftsland sicherstellen.

Sprachmittlung und mehrsprachige Informationen

Der Einsatz von Integrationslots:innen und Sprachmittler:innen sollte ausgeweitet werden. Diese sollten in niedrigschwelligen Einrichtungen, bei Behörden, im Gesundheitswesen sowie in Arbeits- und Qualifizierungsprojekten eingebunden werden. Mehrsprachige Informationsmaterialien sind dort außerdem bereitzustellen.

→ Im Anhang befindet sich eine Übersicht relevanter Projekte und Anlaufstellen für Migrant:innen

4.12 Übergang von Jugend- zu Erwachsenenhilfe sichern

Der Übergang von der Jugend- in die Erwachsenenhilfe ist für viele junge Menschen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Aufgrund hoher Arbeitsbelastung und komplexer Zuständigkeitsstrukturen kommt es dabei mitunter zu Abstimmungs- und Schnittstellenproblemen. Dies kann Antragsverfahren verzögern, die Vermittlung weiterführender Hilfen erschweren und im ungünstigsten Fall zu Wohnungslosigkeit führen.

Nach § 41 SGB VIII können junge Volljährige bei entsprechender individueller Bedarfslage bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres Hilfen zur Erziehung erhalten. Nach Einschätzung der Fachkräfte endet die Unterstützung in der Praxis jedoch häufig mit dem Erreichen der Volljährigkeit. Als Begründung hierfür werden insbesondere Halthauskürzungen in der Jugendhilfe genannt.

Frühzeitige Übergangsplanung und Kontinuität der Betreuung

Um Brüche im Hilfeverlauf zu vermeiden, sollte der Übergang zwischen Jugendhilfe und Erwachsenenhilfe spätestens sechs Monate vor dem 18. Geburtstag gemeinsam vorbereitet werden. Dazu gehören eine frühzeitige Bedarfsmeldung, rechtzeitige Antragstellungen und die konsequente Einhaltung bestehender Übergabepunkte, auf deren Umsetzung künftig stärker hingewirkt werden sollte. Voraussetzung für die Umsetzung ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Jugendhilfe.

Koordination und Übergangsstrukturen auf Bezirksebene stärken

Eine feste Koordinierungsstelle auf Bezirksebene sollte als zentrale Ansprechpartner:in für alle beteiligten Träger fungieren. Zudem sollte geprüft werden, inwiefern Hilfen bei fachlicher Notwendigkeit über das 18. Lebensjahr hinaus bis mindestens zum 21. oder einem noch späteren Lebensjahr fortgeführt werden können bzw. müssen.

Ergänzend sind betreute Übergangswohnungen oder Wohngemeinschaften zu empfehlen, in denen junge Erwachsene eigenständig leben, jedoch weiterhin sozialpädagogisch begleitet werden, bis eine langfristige Perspektive vorhanden ist.

Kooperation

Zur Sicherung von Transparenz und Zusammenarbeit sollten regelmäßige gemeinsame Sitzungen von Jugendhilfe- und Suchthilfeträgern verbindlich im Gemeindepsychiatrischen Verbund verankert werden. Der Themenkomplex „Übergänge in die Erwachsenenhilfe“ sollte dabei, als fester Tagesordnungspunkt berücksichtigt werden oder in einer Unterarbeitsgruppe vertieft bearbeitet werden.

4.13 Case Management

Wie bereits beschrieben, gehen Suchterkrankungen häufig mit weiteren Problemlagen einher, die die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten erschweren können. (→ siehe 4.1 *Komplexe Problemlagen und begrenzte Erreichbarkeit von Hilfen*) Gleichzeitig erreichen viele bestehende Unterstützungsangebote

Menschen mit komplexen Problemlagen nicht, da strukturelle Barrieren den Zugang zusätzlich erschweren.

Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarfen – etwa mit Suchterkrankungen, psychischen Beeinträchtigungen und in Wohnungslosigkeit – bewegen sich häufig zwischen verschiedenen Hilfesystemen und Einrichtungen. Nach einer Entgiftung kommt es häufig zu Unterbrechungen in der weiteren Versorgung. (→ siehe 4.4 *Suchtberatung- und Behandlung*) An den Schnittstellen zwischen Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe (→ siehe 4.6.1 *Wohnheime und betreute Wohnformen*) sowie an der Schnittstelle zwischen Suchthilfe und Psychiatrie (→ siehe 4.5 *psychiatrische und psychologische Versorgung*) entstehen weitere Schnittstellenprobleme.

Empfohlen wird der Aufbau einer Koordinierungsstelle beziehungsweise von Case-Management-Strukturen nach dem Vorbild des Social HUB Hamburg, das sektorenübergreifend zwischen Suchthilfe, Psychiatrie, medizinischer Versorgung, Wohnungslosenhilfe und Verwaltung koordiniert (hoffnungsorte hamburg e.V. 2025). Das Angebot sollte sich insbesondere an Menschen richten, die von bestehenden Hilfestrukturen nicht dauerhaft erreicht werden – etwa Personen mit mehrfachen Problemlagen, häufigen Behandlungsabbrüchen, instabiler Erreichbarkeit oder ohne festen Wohnsitz sowie Menschen, die regelmäßig mit Rettungsdienst, Polizei oder Notunterkünften in Kontakt stehen, ohne eine längerfristige Integration in Hilfen zu finden.

Ziel ist eine kontinuierliche, koordinierte und verbindliche Unterstützung über die Grenzen einzelner Hilfesysteme hinweg. Die Koordinierungsstelle übernimmt dabei eine verbindende und steuernde Funktion, indem sie Übergänge zwischen Angeboten begleitet, Fallkonferenzen moderiert, Informationsflüsse abstimmt und so Versorgungsabbrüche verhindert.

Zugleich soll sie zur besseren Vernetzung der beteiligten Akteur:innen beitragen: Durch regelmäßigen Austausch zwischen Trägern, niedrigschwelligen Einrichtungen, Kliniken und Verwaltung sollen Hilfeprozesse abgestimmt, Doppelstrukturen in der Arbeit mit Klient:innen vermieden und Zuständigkeiten klar definiert werden.

Die Koordinierungsstelle sollte an bestehende niedrigschwellige Einrichtungen wie Tagestreffs oder Kontaktläden angebunden oder aufsuchend im öffentlichen Raum tätig sein.



Hamburg: Der Social HUB am Hamburger Hauptbahnhof ist ein Koordinationsangebot der Bahnmissionsmission. Ziel ist es, Hilfsangebote rund um den Hauptbahnhof zu vernetzen und für komplexe Fälle individuelle Unterstützung zu koordinieren, insbesondere wenn bestehende Strukturen an ihre Grenzen stoßen oder mehrere Stellen involviert sind. Der Social HUB übernimmt das Fallmanagement und vernetzt Sozialarbeit, Behörden und Hilfsorganisationen, um Doppelarbeit zu vermeiden, schnellere Lösungen zu finden und gemeinsame Strategien für obdachlose und hilfsbedürftige Menschen zu entwickeln. Darüber hinaus engagiert sich der Social HUB in strukturellen Verbesserungen: Er identifiziert Hürden im Hilfesystem und führt Gespräche mit Behörden und Entscheidungsträgerinnen der Stadt Hamburg, um systemische Änderungen anzustoßen. Wie die Arbeit des Social HUB konkret wirkt, zeigt der Fall einer osteuropäischen Person mit schweren Suchtproblemen und ohne gültige Papiere, die wiederholt Rettungs- und Polizeieinsätze im Umfeld des Hamburger Hauptbahnhofs auslöste. Der Social HUB koordinierte in Zusammenarbeit mit dem Projekt Plata, Polizei, Sozialarbeit, Gesundheitswesen und den zuständigen Behörden die Wiederbeschaffung von Dokumenten, eine Rückkehr ins Herkunftsland sowie die Aufnahme einer Entzugsbehandlung. Durch diese abgestimmte Unterstützung konnten die wiederholten Notfalleinsätze reduziert werden und nachhaltige Perspektiven geschaffen werden. (Bahnmissionsmission Hamburg 2025; hoffnungsorte hamburg e.V. 2025)



Berlin: Der Vorbeugende Rettungsdienst (VRD) der Berliner Feuerwehr zielt darauf ab, Notfälle präventiv zu vermeiden und Menschen frühzeitig in geeignete Hilfestrukturen zu vermitteln. Das Projekt richtet sich an Personen, die besonders häufig den Rettungsdienst in Anspruch nehmen – sogenannte „Frequent User“. Mithilfe von Einsatzdokumentationen werden wiederkehrende Notfälle erkannt. Speziell geschulte Mitarbeitende nehmen im Rahmen eines Case-Management-Ansatzes aufsuchend Kontakt zu den Betroffenen auf. Gemeinsam werden Bedarfe geklärt und Perspektiven entwickelt, um erneute Notfalleinsätze zu verhindern. Dabei koordiniert der VRD die Integration in medizinische, psychologische und soziale Unterstützungsangebote und verbindet so präventive Notfallarbeit mit sozialer Koordination. (Breuer et al. 2023)

5. Vernetzung

5.1 Vernetzung im Hilfesystem

Digitale Kommunikations- und Austauschformate etablieren

Zwischen den verschiedenen Einrichtungen und Trägern im Sozialbereich bestehen vielfach enge Berührungspunkte. Zur Stärkung der Zusammenarbeit werden niedrigschwellige und verbindliche Kommunikationswege gewünscht, die Transparenz schaffen, Synergien fördern und einen kontinuierlichen Austausch ermöglichen.

Digitale Formate wie Online- oder Hybridtreffen können die Beteiligung erleichtern, indem sie Zeit- und Anfahrtsbarrieren verringern. Dabei kann ein Wechsel zwischen Präsenz- und Onlineformaten sinnvoll sein, um sowohl persönlichen Austausch als auch flexible Teilnahme zu ermöglichen. Ergänzend sollten niedrigschwellige Kontaktmöglichkeiten zwischen den Hilfseinrichtungen und Trägern geschaffen werden, die über den bisherigen E-Mail-Verkehr hinausgehen. Empfohlen wird die Einführung einer gemeinsamen digitalen Arbeitsplattform (z. B. Slack oder Mattermost), die eine schnelle Abstimmung, die Weitervermittlung von Klient:innen, den Abgleich aktueller Hilfsangebote sowie Transparenz über verfügbare Ressourcen (z. B. Sachspenden oder freie Plätze) ermöglicht. Sie kann zudem als Raum für kollegiale Fallbesprechungen und gemeinsame Projektideen dienen. Für die Umsetzung sind ein datenschutzkonformes Tool, klare Nutzungsregeln (kein Austausch sensibler Klient:innendaten) sowie eine moderierende Koordinationsstelle erforderlich, die Struktur, Pflege und Übersicht sicherstellt.

Als ergänzende Instrumente werden ein „Wer-macht-was“-Verzeichnis mit Kontaktdaten und Tätigkeitsprofilen der relevanten Akteur:innen empfohlen.

Projektplattform

Um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Nachhaltigkeit von Fördermaßnahmen zu gewährleisten, sollte eine zentrale, öffentlich zugängliche Plattform geschaffen werden, auf der Projekte dokumentiert und vernetzt werden. Diese Plattform sollte sowohl laufende als auch abgeschlossene Projekte abbilden und die folgenden Informationen enthalten: Inhalte, Zielgruppen, Träger, Finanzierung sowie Ansprechpersonen. Durch diese transparente Darstellung wird vorhandenes Wissen gesichert, Kontinuität gewährleistet und neuen Projekten ein strukturierter Anknüpfungspunkt geboten.

Ergänzend zu der Zuwendungsdatenbank Berlin und der Transparenzdatenbank Berlin – die bereits Daten zu Zuwendungen und Träger:innen enthalten, jedoch nicht im systematischen Umfang die konkreten Inhalte, Zielsetzungen und Ergebnisergebnisse der Projekte darstellen, empfiehlt sich diese Plattform als strategische Ergänzung.

Aufbau kommunaler Präventionsketten

Fachkräfte in Lichtenberg weisen darauf hin, dass zahlreiche Arbeitsgruppen mit ähnlichen Themen parallel bestehen, es zu Doppelstrukturen kommt und eine weitergehende Vernetzung häufig aufgrund begrenzter personeller Ressourcen nicht realisiert werden kann. Weiterhin bestehen Schnittstellenprobleme, was zu Versorgungsbrüchen führen kann. (→ siehe 4.4 *Suchtberatung- und Behandlung* und → siehe 4.5 *psychiatrische und psychologische Versorgung* und → siehe 4.12 *Übergang von Jugend- in Erwachsenenhilfe sichern*)

Es sollte geprüft werden, wie bestehende Arbeitsgruppen gebündelt werden können, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Einführung von Präventionsketten, die Aktivitäten zusammenführt und in eine verbindliche Struktur überführt, ist zu prüfen.

Präventionsketten sind kommunale Strategien, die Angebote und Hilfen entlang des gesamten Lebensverlaufs systematisch miteinander verknüpfen. Ziel ist es, Menschen in belasteten Lebenslagen durch durchgängige, verlässliche Unterstützung entlang ihres Lebensverlaufs zu begleiten. Statt isolierter Maßnahmen werden vorhandene Angebote aus unterschiedlichen Bereichen (z. B. Bildung, Gesundheit, Jugendhilfe, Sozialarbeit) zu einer koordinierten Kette verbunden. Kernelemente sind eine Bestandsaufnahme vorhandener Angebote, die Analyse von Lücken und Brüchen, der Aufbau verbindlicher Kooperationen sowie die Entwicklung gemeinsamer Standards und abgestimmter Übergänge. So wird verhindert, dass Menschen an Schnittstellen zwischen Hilfesystemen „durch das Netz fallen“, und es entstehen klare, verlässliche Versorgungspfade. (Richter-Kornweitz und Utermark 2013)

Gemeindepsychiatrischer Verbund

Der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV) Lichtenberg bietet eine zentrale Plattform für die Abstimmung zwischen Psychiatrie und Suchthilfe. Angesichts der zunehmenden Überschneidungen zwischen psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und Wohnungslosigkeit sollte geprüft werden, inwiefern die Perspektive der Wohnungslosenhilfe stärker in den fachlichen Austausch einbezogen werden kann.

Empfohlen wird eine verstärkte Beteiligung von Trägern der Wohnungslosenhilfe im Rahmen des GPV, um Schnittstellenprobleme zwischen den Hilfesystemen zu verbessern und eine gegenseitige Nutzung von Ressourcen, Kompetenzen und Zugängen zu ermöglichen. Auf diese Weise soll die Koordination zwischen Psychiatrie, Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe insgesamt gestärkt werden.

Im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbunds sollte zudem der Themenkomplex „Übergänge von der Jugend- zur Erwachsenenhilfe“ regelmäßig aufgegriffen werden. Ziel ist es, Schnittstellenprobleme zwischen Jugendhilfe und Erwachsenenhilfe sichtbar zu machen und gemeinsame Lösungsansätze zur Sicherung einer kontinuierlichen Unterstützung zu entwickeln. (→ siehe 4.12 *Übergang von Jugend- in Erwachsenenhilfe sichern*)

Empfohlen wird außerdem eine FAQ-Seite beim Gemeindepsychiatrischen Verbund einzurichten, die wiederkehrende Fragen gebündelt und an relevante Akteur:innen hinweist.

5.2 Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe und fachübergreifende Kooperation

Im Zusammenhang mit öffentlichem Alkohol- und Drogenkonsum bestehen zahlreiche Überschneidungen zwischen den Tätigkeitsfeldern unterschiedlicher Professionen und Institutionen. Um auf aktuelle Entwicklungen und Problemlagen flexibel reagieren zu können, sind regelmäßige, interdisziplinäre Kooperationen und ein strukturierter fachlicher Austausch zwischen Verwaltung, Hilfetragern, Polizei und Wissenschaft unerlässlich.

Vordiesem Hintergrund wurde im Jahr 2024 das „Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe“ gegründet. Es bündelt relevante Akteur:innen im Bezirk, um Fragen des Suchtmittelkonsums im öffentlichen Raum gemeinsam zu bearbeiten, Schnittstellen zu klären und tragfähige Lösungen für belastete Orte zu entwickeln. Im Rahmen des Netzwerks wurde ein Monitoringssystem für Raumnutzungskonflikte und Konsumrückstände eingeführt (→ siehe 6. *Monitoring*) sowie ein gemeinsamer Kiezspaziergang mit der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt. (→ siehe 1. *Hintergrund und konzeptioneller Rahmen: Grundlagen der Handlungsempfehlungen*)

Die folgende Abbildung zeigt die Struktur des Netzwerks und die beteiligten Akteur:innen:

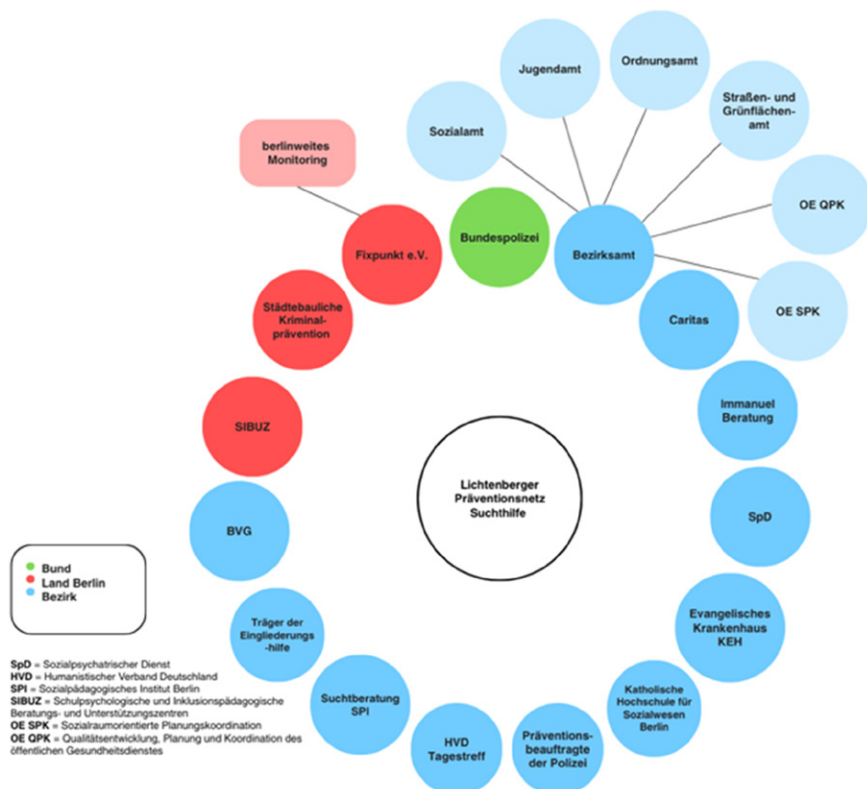


Abbildung 4: Organigramm Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe

Damit das Netzwerk seine Wirkung langfristig entfalten kann, sollte es strukturell und organisatorisch verstetigt werden. Erforderlich ist eine klare konzeptionelle und institutionelle Grundlage, in der Ziele, Zuständigkeiten, Abläufe und Zeitrahmen verbindlich festgelegt werden. Die Koordination sollte dauerhaft bei der bezirklichen Suchthilfekoordination verankert werden. Ebenso wichtig ist eine aktive Beteiligung aller relevanten Fachbereiche und Ämter des Bezirksamts, damit ressortübergreifende Abstimmungen gewährleistet und gemeinsame Strategien entwickelt werden können. Darüber hinaus sollte der Nutzen des Netzwerks für die beteiligten Stellen stärker sichtbar gemacht werden. Nur wenn alle relevanten Akteur:innen verbindlich zusammenarbeiten, können Schnittstellen geklärt, Kapazitäten gebündelt und Maßnahmen wirksam umgesetzt werden.

Unterschiedliche Handlungslogiken – etwa ordnungsrechtlich auf Gefahrenabwehr und Sicherheit ausgerichtet oder sozialarbeiterisch auf Vertrauensaufbau und Begleitung – haben in der Vergangenheit zu Spannungen geführt. Durch die direkte Begegnung im Präventionsnetz konnten Missverständnisse abgebaut und gegenseitiges Verständnis gestärkt werden. Um diesen Prozess zu verstetigen, sollte das Präventionsnetz gezielt als Plattform für den interdisziplinären Austausch und zur gemeinsamen Verständigung genutzt werden.

Standortbezogene Praktikerrunden

An vielen Orten zeigen sich ähnliche Schwierigkeiten: klare Zuständigkeiten fehlen, Informationen werden nicht zuverlässig weitergegeben, vorhandene Ressourcen bleiben ungenutzt und Maßnahmen sind oft nicht abgestimmt. Zudem kennen sich die beteiligten Akteur:innen teilweise nicht ausreichend, was kurze Wege und vertrauensvolle Zusammenarbeit erschwert. Das Ergebnis ist ein unkoordiniertes Vorgehen – sowohl im Alltag als auch in Krisensituationen.

Um dem entgegenzuwirken, sollten aufbauend auf den Strukturen des Präventionsnetzes standortbezogene Praktikerrunden eingerichtet werden, die die relevanten Akteur:innen eines bestimmten Ortes regelmäßig zusammenbringen. Sie dienen dazu, Zuständigkeiten zu klären, Informationen auszutauschen, persönliche Kontakte zu festigen und abgestimmte Lösungsstrategien zu entwickeln. Ziel ist ein koordiniertes und handlungsfähiges Zusammenwirken im Alltag ebenso wie in Krisensituationen. Durch den kontinuierlichen Austausch können Vertrauen, kurze Kommunikationswege und ein gemeinsames Verantwortungsgefühl für das Geschehen vor Ort entstehen. Die Praktikerrunden können zudem partizipative Formate einbinden, etwa Zukunftswerkstätten, in denen Zielgruppen in die Weiterentwicklung lokaler Angebote – wie beispielsweise der Skate-Linse am Bahnhof Lichtenberg – einbezogen werden.

Darüber hinaus können die Praktikerrunden auch eine vorbereitende Funktion für übergeordnete Abstimmungen übernehmen, indem sie aktuelle Entwicklungen, Bedarfe und Lösungsvorschläge zusammentragen und diese strukturiert in die strategische Ebene – etwa einen Runden Tisch – einbringen.

Runde Tische

Runde Tische bilden die strategische Ebene der Zusammenarbeit. Sie bringen Vertreter:innen aus Verwaltung, Politik, sozialen Trägern, Polizei, Ordnungsbehörden, Gewerbe, Schulen und Anwohnerschaft zusammen, um übergeordnete Ziele, Prioritäten und Ressourcen abzustimmen. Ziel ist die gemeinsame Weiterentwicklung der Gesamtstrategie für den jeweiligen

Standort – beispielsweise am Bahnhof Lichtenberg.

Die praktischen Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Praktikerrunden dienen dabei als wichtige Grundlage: Sie liefern die fachlichen Beobachtungen und Vorschläge aus der Arbeit vor Ort, die dann im Rahmen des Runden Tisches beraten und in strategische Entscheidungen überführt werden können.

Für den Erfolg der Runden Tische sind Kontinuität, klare Zuständigkeiten und eine verbindliche Koordination entscheidend. Treffen sollten regelmäßig stattfinden, fachlich vorbereitet sein und auf konkrete Ergebnisse abzielen. Das Bezirksamt sollte die Steuerung und Moderation aktiv übernehmen, um Dynamik, Verbindlichkeit und Motivation der beteiligten Akteur:innen langfristig zu sichern. Ebenso wichtig sind feste Ansprechpartner:innen, eine transparente Dokumentation der Vereinbarungen sowie eine regelmäßige Berichterstattung über Fortschritte, Herausforderungen und Maßnahmen an die bezirkliche Steuerungsrunde.

6. Monitoring

Monitoring zu Suchtmittelkonsum und Raumnutzungskonflikten im öffentlichen Raum

Anfang 2025 wurde in Lichtenberg unter Einbindung des Netzwerks Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe ein bezirkliches Meldeverfahren zu Raumnutzungskonflikten und Konsumrückständen im öffentlichen Raum eingeführt, das sich maßgeblich am NUDRA II-Projekt (Riebe et al. 2022) orientierte. Erfasst wurden dabei Meldungen zu Konsumrückständen, Beschwerden im Zusammenhang mit Suchtmittelkonsum sowie Meldungen zu Obdachlosigkeit und Campieren. Die Informationen stammten unter anderem vom Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt der Stadtteilkoordination, von aufsuchender Sozialarbeitenden, Parkläufer:innen und Sozialamt. Ergänzend flossen die monatlichen Auswertungen des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) zur Oberkategorie „Drogenkonsumrückstände“ ein. Dabei ist zu beachten, dass Doppelmeldungen auftreten können – insbesondere dann, wenn eine Meldung bereits zuvor im Rahmen des bezirklichen Monitorings erfasst wurde und später in den LABO-Daten ein weiteres Mal erscheint.

Mit dem Anliegermanagementsystem (AMS) besteht in Berlin ein laufendes Meldesystem für Bürger:innenmeldungen. Spritzenfunde werden dabei zunächst beim Ordnungsamt erfasst und an die jeweils zuständige Stelle zur Entsorgung weitergeleitet. Das AMS dient als zentrale Fachsoftware

der Berliner Ordnungsämter sowie Straßen- und Grünflächenämter und bündelt sämtliche eingehenden Bürgeranliegen – unabhängig davon, ob sie über die App „Ordnungsamt Online“, telefonisch, per E-Mail, schriftlich oder im persönlichen Kontakt erfolgen. Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) koordiniert dieses System berlinweit, sammelt die aggregierten AMS-Daten aller Bezirke und übermittelt die Meldungen der Kategorie „Drogenkonsumrückständen“ regelmäßig an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege. Von dort werden sie monatlich an die Suchthilfekoordination der Bezirke zurückgespielt.

Für eine nachhaltige Umsetzung in Lichtenberg ist es zentral, dass die Suchthilfekoordination Meldungen zu Raumnutzungskonflikten und Konsumrückständen im öffentlichen Raum kontinuierlich sammelt und regelmäßig auswertet. Bei kartografischen Analysen sollte die bezirkliche Datenkoordination unterstützen. Die Ergebnisse sollten den relevanten Akteur:innen zugänglich gemacht und im Lichtenberger Präventionsnetz Suchthilfe gemeinsam diskutiert werden. Ziel dabei ist es, Orte mit Suchtproblematiken frühzeitig zu identifizieren, Belastungsgrade zu vergleichen und Konfliktpotenziale zu verringern. Auf dieser Basis sollten gezielt präventive Maßnahmen und bedarfsgerechte Hilfsangebote entwickelt werden. Darüber hinaus kann das Monitoring eine wichtige Basis für politische Entscheidungsprozesse sein.

Aufgabe der Suchthilfekoordination ist es weiterhin die im Rahmen des Monitorings gesammelten Daten an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege weiterzuleiten, sofern diese Angaben eine konkrete Mengenangabe enthalten. Hierfür ist die vom Senat bereitgestellte Tabelle zu verwenden. Nicht weitergeleitet werden sollen die LABO-Meldungen, da diese dem Senat bereits über das AMS-System automatisiert vorliegen und dort separat ausgewertet werden.

Szenemonitoring

Ergänzend zum meldungsbasierten Monitoring – das auf Hinweisen, Beschwerden und strukturierten Meldungen zu Raumnutzungskonflikten und Suchtmittelkonsum beruht – sollte in Lichtenberg regelmäßig ein szenebasiertes Monitoring durchgeführt werden. Dieses basiert nicht auf eingehenden Meldungen, sondern auf proaktiver Beobachtung und direkten Befragungen im öffentlichen Raum. Ein solches Vorgehen wurde im Rahmen des Projekts Lebenswert Lichtenberg bereits erprobt – unter anderem durch Gespräche mit Konsumierenden, Gewerbetreibenden, Fachakteur:innen und Anwohnenden sowie durch systematische Beobachtungen an Konsumorten. Ein vergleichbarer Ansatz wird seit vielen Jahren im Rahmen des MoSyD-Szenemonitorings in

Frankfurt am Main erfolgreich angewendet. (Arendt und Werse 2025)

Ziel des Szenemonitorings ist es, auch solche Entwicklungen sichtbar zu machen, die (noch) nicht in Meldesystemen erfasst sind – etwa sich wandelnde Konsummuster oder das verstärkte Auftreten bestimmter Substanzen. Ein solches Monitoring sollte in enger Kooperation mit der bezirklichen Suchthilfeoordination, den Trägern der Suchthilfe sowie Akteur:innen aus Streetwork, Beratungsstellen und medizinischen Einrichtungen erfolgen. Die Ergebnisse bilden eine fundierte Grundlage für Planung, Prävention und Angebotsentwicklung und stärken die Handlungsfähigkeit des Bezirks angesichts dynamischer Entwicklungen in der Szene.

7. Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit

Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung

Konsumierende Menschen erleben im öffentlichen Raum häufig Ablehnung und Ausgrenzung. Sie werden vielfach als störend oder unerwünscht wahrgenommen, was zu sozialer Isolation und Distanz führt. Zugleich sind viele von ihnen auf den öffentlichen Raum angewiesen, da ihnen private Rückzugsorte oder alternative Aufenthaltsmöglichkeiten fehlen.

Die Anwohnerumfrage wies darauf hin, dass im Umgang mit Konsumierenden häufig ein Unsicherheitsgefühl besteht. Besonders hervorgetreten sind Sorgen um Kinder und deren Sicherheit.

Darüber hinaus entstehen im öffentlichen Raum regelmäßig Nutzungskonflikte mit weiteren Sozialraumnutzenden - etwa mit Gewerbetreibenden oder Passant:innen. Dabei geht es häufig um Themen wie Lärm, Verunreinigungen oder die Nutzung bestimmter Flächen. (→ siehe 3.1.1 *Bahnhof Lichtenberg: Ausgangslage und Konflikte*)

Im öffentlichen Raum treffen unterschiedliche Perspektiven und Nutzungsinteressen direkt aufeinander, was häufig zu Spannungen führt. Er wird damit zu einem sensiblen sozialen Raum, in dem vielfältige Bedürfnisse aufeinander abgestimmt und moderiert werden müssen.

Ziel der folgenden Maßnahmen ist es, Spannungen zu reduzieren, gegenseitiges Verständnis zu fördern und ein respektvolles Miteinander im Stadtteil zu fördern.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bezirk sollte eine Haltung zum Umgang mit Suchtmittelkonsum und suchtbefragten Problemlagen entwickeln und kommunizieren. Ziel ist die Formulierung gemeinsamer Ziele, die über politische Interessen und Ressortgrenzen hinaus gelten. Eine solche Haltung schafft Orientierung für Verwaltung, Fachpraxis und Öffentlichkeit, fördert ein abgestimmtes Vorgehen im Umgang mit suchtbefragten Themen.

Zur Entstigmatisierung und Stärkung gesellschaftlicher Akzeptanz sollte das Recht aller Menschen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, deutlich hervorgehoben werden. Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungskampagnen sollten darauf abzielen, ein Krankheitsverständnis von Sucht in der Bevölkerung zu fördern und Vorurteile gegenüber konsumierenden oder obdachlosen Menschen abzubauen – ohne dabei Stigmatisierung zu erzeugen.

Dabei ist es wichtig, nicht nur Akzeptanz, sondern auch Hilfemöglichkeiten sichtbar zu machen. Die Öffentlichkeit sollte darüber informiert werden, an wen man sich wenden kann, wenn man obdachlosen oder konsumierenden Menschen helfen möchte, dies aber selbst nicht leisten kann.

Ergänzend sollten Aufklärungs- und Präventionskampagnen gestärkt werden, die über Risiken von Suchtmittelkonsum und den Zugang zu Beratung und Unterstützung erleichtern. Diese Kampagnen sollten zielgruppenspezifisch ausgestaltet und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Begegnung und Teilhabe im Stadtteil

Ein zentraler Ansatz zur Entstigmatisierung ist die Förderung direkter Begegnungen. Einrichtungen und Träger der Wohnungslosenhilfe und Suchthilfe sollten verstärkt Beteiligungsprojekte umsetzen, bei denen konsumierende Menschen aktiv an der Gestaltung und Pflege öffentlicher Räume mitwirken. Empfohlen werden Aktionen zur Begrünung und Verschönerung des Stadtteils, wie die Gestaltung von Parkbänken oder gemeinschaftliche Gartenprojekte. Diese Maßnahmen fördern soziale Teilhabe und stärken das Verantwortungsgefühl der Beteiligten und können gegebenenfalls auch im Rahmen niedrigschwelliger Beschäftigungsmöglichkeiten umgesetzt werden (→ siehe 4.9 *niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten*)

Kooperationen zwischen Trägern der Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe und Nachbarschaftseinrichtungen sowie mit der Stadtteilkoordination sind auszubauen, um Begegnungen zwischen Konsumierenden und Anwohnenden

zu fördern. Gemeinsame Stadtteilaktionen, Feste oder künstlerische Projekte schaffen Vertrauen und fördern gegenseitige Wertschätzung. Kulturveranstaltungen, Ausstellungen und Stadtführungen, die von konsumierenden oder ehemals konsumierenden Menschen mitgestaltet werden, bieten zusätzliche Gelegenheiten für einen Perspektivwechsel und Verständnis.

Eine zentrale Rolle bei der Förderung von Begegnung und Verständigung zwischen konsumierenden Menschen, Anwohnenden und anderen Sozialraumnutzenden sollte die gemeinwesenorientierte Straßensozialarbeit übernehmen. Sie soll vermittelnd wirken, Dialog und gegenseitiges Verständnis fördern und kann dazu beitragen, Spannungen frühzeitig zu erkennen und abzubauen. (→ siehe 4.10 *Aufsuchende Straßensozialarbeit*)

Dialog- und Beschwerdemanagement

Sorgen und Hinweise von Anwohnenden, obdachlosen und konsumierenden Menschen sowie anderen Sozialraumnutzenden sollten ernst genommen und systematisch aufgegriffen werden, um Spannungen im öffentlichen Raum frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten.

Das bestehende Bürgerbeschwerdemanagement des Bezirks sollte dabei stärker beworben, sichtbarer und leichter zugänglich gemacht werden. Informationen über die vorhandenen Möglichkeiten zur Eingabe von Beschwerden – etwa über Social Media, Stadtteilzentren oder Aushänge an zentralen Orten – sollten verstärkt werden. Das aktivierende Beschwerdemanagement sollte verstärkt werden: Bürger:innen sollten innerhalb eines festgelegten Zeitraums eine Rückmeldung zum Stand ihrer Eingabe erhalten.

Die Stadtteilkoordination sollte in ihrer Rolle als zentrale Anlauf- und Vermittlungsstelle gefördert werden. Sie kann Rückmeldungen aus der Anwohnerschaft bündeln, Beschwerden aufnehmen und gezielt in die zuständigen Verwaltungsstellen oder Fachgremien einbringen. Empfehlenswert ist die verstärkte Präsenz im öffentlichen Raum, insbesondere an Orten mit erhöhtem Konfliktpotenzial oder sichtbarem Konsumgeschehen.

Beschwerden sollten weiterhin als Grundlage für den Dialog genutzt werden. Dazu sollten regelmäßig moderierte Dialogformate zwischen Anwohnenden und obdachlosen oder konsumierenden Menschen sowie Vertreter:innen der Verwaltung durchgeführt werden. Diese Formate schaffen Transparenz, fördern gegenseitiges Verständnis und ermöglichen gemeinsame Lösungsansätze. Die Interessen und Perspektiven obdachloser und

konsumierender Menschen können dabei gegebenenfalls auch stellvertretend durch aufsuchende Sozialarbeiter:innen oder betreuende Trägerorganisationen eingebracht werden.

Information und Schulung

Informationsmaterialien wie die Broschüre „Umsicht – Vorsicht“ (Fixpunkt e. V. 2024) sollten verstärkt verbreitet werden. Sie bietet Anwohnenden, Gewerbetreibenden und anderen Nutzer:innen des öffentlichen Raums praxisnahe Hinweise zum Umgang mit offenem Drogenkonsum und unterstützt einen respektvollen und sicheren Umgang mit konsumierenden Menschen. Die Verteilung und Anwendung der Materialien sollte über Stadtteilzentren, Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sowie durch die aufsuchende Straßensozialarbeit erfolgen.

Es sollten regelmäßige Schulungsangebote zum Umgang mit alkohol- und drogengebrauchenden sowie obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum eingeführt werden, orientiert am NUDRA-II-Format. Die Veranstaltungen können sich an verschiedene Zielgruppen wie Anwohnende, Fachkräfte, Mitarbeitende von Ordnungsämtern und Gewerbetreibende richten und praxisnahe Themen wie Kommunikation, Deeskalation, Selbst- und Gesundheitsschutz sowie sichere Entsorgung von Konsumrückständen behandeln. Die Durchführung kann in Kooperation mit Trägern der Suchthilfe erfolgen.

 **Berlin:** Im Rahmen des Projekts NUDRA II wurde ein sozialpädagogisches Schulungsformat zum Umgang mit alkohol- und drogengebrauchenden sowie obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum entwickelt. In einem interaktiven 90-minütigen Seminar werden Wissen und Handlungskompetenzen zu Themen wie Lebenswelt, Risiken, Kommunikation und sicherem Verhalten vermittelt. Die Schulung richtet sich an Fachkräfte, Anwohnende, Gewerbetreibende und Verwaltungsmitarbeitende und kann je nach Zielgruppe angepasst werden. Ziel ist es, Verständnis, Sicherheit und Dialogbereitschaft im Umgang mit offenem Drogenkonsum zu fördern. Das Format ist als Multiplikator:innen-Schulung angelegt, damit das erworbene Wissen in Nachbarschaften und Institutionen weitergegeben wird. (Riebe et al. 2022, S.12)

8. Finanzierung

Geplante Kürzungen für die Jahre 2026/2027 gefährden zentrale Präventions- und Hilfsangebote im Bezirk. Kürzungen im Sozialbereich führen regelmäßig zu höheren Folgekosten in anderen Systemen – insbesondere in der Gesundheitsversorgung, bei Polizei und Justiz (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. 2024). Auch die Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe sind von Kürzungen betroffen. Bereits jetzt sind die Angebote durch unzureichende Finanzierung und Fachkräftemangel eingeschränkt.

Eine gesicherte und langfristige Finanzierung der Suchthilfe ist unabdingbar. Um Kürzungen frühzeitig entgegenzuwirken und bestehende Strukturen zu sichern, braucht es eine gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Träger sowie eine frühzeitige fachliche Interessenvertretung. Durch kontinuierliche, sachlich fundierte Kommunikation und der Nutzung von Strategiepapiere soll die Bedeutung und Wirkung der Suchthilfe gegenüber Verwaltung und Politik sichtbar gemacht werden.

Bestehende Strukturen sollten konsequent erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Dazu ist ein systematischer Abgleich zwischen vorhandenen Angeboten und aktuellem Bedarf erforderlich. Die Einbindung der Suchthilfe Koordination sowie der Träger – beispielsweise im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Sucht – gewährleistet, dass fachliche Expertise in die Bedarfsanalyse und die Entscheidungsprozesse einfließt.

Regelfinanzierung

Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion des internen Fachtags sowie die Rückmeldungen aus den Fachkräfteinterviews machen deutlich, dass kurzfristige Projektfinanzierungen zwar punktuell entlasten, jedoch keine langfristige Stabilität und Planungssicherheit gewährleisten. Werden erfolgreiche Projekte nicht fortgeführt, droht ein Rückschritt hinter bestehende Standards. Zudem erschweren befristete Beschäftigungen die Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte.

Die Regelfinanzierung bestehender Angebote sollte dementsprechend gestärkt werden. Erforderlich sind dauerhafte, tarifgebundene Stellen sowie eine langfristige Förderung bewährter Projekte, um Kontinuität in der Versorgung Versorgungsstruktur sicherzustellen und bestehende Standards zu sichern.

9. Fazit

In Lichtenberg zeigt sich eine zunehmende Präsenz von Suchtmittelkonsum und illegalen Substanzen im öffentlichen Raum. Unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen treffen hier unmittelbar aufeinander und führen zu Nutzungskonflikten und Spannungen. Konsumierende Menschen erleben in ihrem Alltag häufig Stigmatisierung und Ausgrenzung. Ordnungspolitische Maßnahmen führen lediglich zu Verdrängung, stoßen zunehmend an ihre Grenzen und können keine nachhaltige Lösung sein.

Zugleich treten häufig komplexe Lebenslagen auf, in denen Suchterkrankungen, psychische Belastungen und Wohnungslosigkeit eng miteinander verknüpft sind, jedoch auf getrennte Hilfesysteme treffen. Es kommt zu Schnittstellenproblemen und Versorgungsbrüchen. Konsumierende werden teilweise von bestehenden Hilfen nur punktuell oder gar nicht erreicht.

Um dem zu begegnen, braucht es verbindliche und koordinierende Strukturen über Hilfesysteme und Versorgungsebenen hinweg, die komplexe Hilfebedarfe berücksichtigen und abgestimmte Unterstützung ermöglichen. Hilfsangebote müssen niedrigschwelliger, flexibler und stärker an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert gestaltet werden. Sie sollten aufsuchend, akzeptierend und alltagsnah ansetzen – möglichst ohne formale Zugangshürden oder Abstinenzforderungen. Es braucht geschützte, konsumakzeptierende Räume, die Sicherheit bieten, gesundheitliche Risiken reduzieren und den Zugang zu weiterführenden Hilfen ermöglichen.

Gemeinwesenorientierte Ansätze leisten einen wichtigen Beitrag, um Teilhabe, Begegnung und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Durch sozialräumlich verankerte Arbeit und partizipative Formate, in denen Konsumierende aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, können Selbstwirksamkeit, soziale Integration und Akzeptanz gestärkt werden. Zugleich braucht es eine sozialräumliche Perspektive, die die Bedarfe konsumierender Menschen konsequent in Stadtentwicklung, Flächennutzung und Nachbarschaftsarbeit einbezieht.

Fachübergreifende Netzwerke sollten dauerhaft verankert werden, um den Austausch zu sichern, Zuständigkeiten zu klären und Maßnahmen abgestimmt umzusetzen. Ein kontinuierliches Monitoring ist erforderlich, um Entwicklungen zu Suchtmittelkonsum im öffentlichen Raum frühzeitig zu erkennen, Veränderungen zu bewerten und passgenaue Maßnahmen abzuleiten.

Eine verlässliche, langfristige Finanzierung der Hilfestrukturen ist Voraussetzung, um Qualität, Beständigkeit der Hilfen und nachhaltige Fortschritte zu gewährleisten.

Im Mittelpunkt steht eine klare Haltung: Menschen nicht zu verdrängen, sondern ihnen Schutz, Unterstützung und Teilhabe zu ermöglichen – und zugleich ein respektvolles, sicheres und solidarisches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen im Bezirk zu fördern.

Übersicht Kernempfehlungen

Öffentlicher Raum/ Konsumorte

Ordnungspolitische Maßnahmen

- Präsenz von Sicherheitskräften stärken, gemeinsame Verbundstreifen mit Polizei etablieren
- Gemeinsame Interventionsschwellen festlegen

Soziale Präsenz und niedrigschwellige Unterstützung

- Feste, niedrigschwellige Anlaufstellen / Infopoints einrichten
- Mobile Präsenzteams verstetigen, Straßensozialarbeit ausbauen
- Niedrigschwellige Angebote weiterentwickeln (z. B. Drogenkonsummobil, mobile medizinische Versorgung, Safe Places)

Städtebauliche Gestaltung und Nutzung

- Beleuchtung, Sichtachsen, Wegführung und Orientierung verbessern
- Transit- und Aufenthaltsbereiche räumlich klar trennen und bedarfsgerecht gestalten
- Betreute Aufenthaltsflächen für obdach- und alkoholkonsumierende Menschen schaffen
- Multifunktionale Aufenthaltsflächen schaffen (z. B. Sitzgelegenheiten, Fahrradservice, Café)
- Temporäre Nutzungen zur Belebung des öffentlichen Raums fördern (z. B. Pop-up-Cafés, Foodtrucks, Märkte)

Sauberkeit, Entsorgung und Sanitäranlagen

- Regelmäßige Reinigung und bauliche Instandhaltung der Flächen sicherstellen
- Spritzenabwurf einrichten, Abfallbehälter mit Flaschenhaltern und Altglascontainer ergänzen
- Kostenlose, barrierefreie Toiletten bereitstellen
- Beteiligungsorientierte Reinigungs- und Pflegeprojekte fördern (z. B. Clean-Up-Tage, Peer-Projekte, Platzpatenschaften)

Spielplätze und Freizeitflächen

- Klare und optisch ansprechende Nutzungshinweise bereitstellen
- Angebote zur sozialpädagogischen Begleitung und Betreuung (z. B. betreutes Skaten in Kooperation mit Jugendhilfe) fördern
- Gestaltung und Weiterentwicklung der Flächen partizipativ mit Nutzergruppen planen

Versorgungssystem

Verwaltung

- Analoge und persönliche Zugänge erhalten und ausbauen
- Lotsen- und Begleitstrukturen für Antragsverfahren und Behördengänge einführen
- Feste Ansprechpersonen und Erreichbarkeit sicherstellen
- Kommunikation mehrsprachig und in einfacher Sprache gestalten
- Finanzielle Barrieren reduzieren (z.B. Notfallfonds, Mobilitätshilfen, unbürokratische Vorleistungen)

Medizinische Versorgung

- Niedrigschwellige medizinische Anlaufstellen stärken
- Zugang zur Clearingstelle erleichtern: Begleitung verankern, wohnortnahe Sprechtag prüfen, Kooperationen erweitern
- Aufsuchende medizinische Hilfe (z.B. Arztmobil) etablieren
- Suchtberatung und -behandlung
- Suchtberatung personell stärken, digitale Angebote ausbauen
- Ärztlich betreute Ausnüchterungsstelle prüfen
- Zugang zur Entgiftung erleichtern durch Lotsen- und Begleitstrukturen
- Nachsorge durch Case Management und Peer-Einbindung sichern

Psychiatrische Versorgung

- Aufsuchende psychiatrische Unterstützung verstärken
- Psychiatrische/psychologische Sprechstunden in niedrigschwelligen Einrichtungen verankern
- Lockerung des Abstinenzgebots für Kurzzeittherapie aktiv kommunizieren und nutzen

Wohnen und Unterbringung

- Übergangseinrichtungen mit Clearingfunktion schaffen
- Betreute Übergangseinrichtungen ausbauen
- Flexible Übergänge zwischen Wohnformen ermöglichen
- Safe Places (alternative betreute Wohneinheiten) einführen
- Suchtakzeptierende Notübernachtungseinrichtungen prüfen
- Frauenspezifische Unterkünfte und Anlaufstellen schaffen
- Bereitstellung geeigneter Flächen sichern und konsumierende sowie wohnungslose Menschen stärker in die Stadtplanung einbeziehen

Niedrigschwellige Anlaufstellen

- Niedrigschwellige Anlaufstellen und Tagesaufenthalte bedarfsgerecht erweitern, insbesondere im Umfeld des Ringcenters und bei extremer Witterung

- Öffnungszeiten besser mit Notübernachtungseinrichtungen verzahnen
- Aufenthaltsqualität verbessern (z.B. Ruhebereiche, Außenflächen)
- Digitale Grundausstattung bereitstellen
- Psychiatrische und psychologische Sprechstunden verankern
- Schadensminimierung und Suchtberatung verankern (z.B. Spritzentausch, offene Sprechstunde der Suchtberatung)
- Mehrsprachige Sozialberatung ausbauen
- Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote anbinden
- Lotsen-, Begleit- und Case-Management-Strukturen ausbauen
- Alkoholkonsumakzeptierende Aufenthaltsräume prüfen

Drogenkonsummobil

- Drogenkonsummobil als geschützten, betreuten Konsumraum prüfen und etablieren
- Anbindung an Beratung und Gesundheitsangebote sicherstellen

Niedrigschwellige Beschäftigung

- Niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten ohne Leistungsbezug oder Abstinenzpflicht einführen
- Übergänge in reguläre Beschäftigung durch Coaching und Kooperationen erleichtern

Aufsuchende Straßensozialarbeit

- Regelmäßige Präsenz an zentralen Konsumorten sicherstellen
- Gemeinwesenorientierte Ansätze stärken: Beteiligung fördern, Nutzungskonflikte moderieren, Informations- und Aufklärungsarbeit im Sozialraum
- Begleitfunktion zu Ämtern, medizinischen Einrichtungen und Beratungsstellen verankern
- Beratungsbus bzw. mobile Beratungsangebote etablieren
- psychiatrischer Kompetenzen integrieren, multiprofessionelle Teams etablieren
- Aufsuchende Suchthilfe verstärken
- Sprach- und Kulturmittlung sowie Peer-Einbindung sichern

Case Management, Vernetzung und Kooperation

- Einrichtung einer sektorübergreifenden Koordinierungsstelle / Case Management-Struktur: verbindliche Begleitung, Fallsteuerung und Vernetzung der Beteiligten sicherstellen
- Digitale Plattformen zur Projekt- und Kontaktübersicht entwickeln
- Fachübergreifende Vernetzung ausbauen, Lichtenberger Präventionsnetz langfristig stärken

- Standortbezogene Praktikerrunden etablieren
- Runde Tische für strategische Entscheidungen nutzen
- Stadtteilkoordination als zentrale Vermittlungs- und Ansprechstelle stärken
- Kooperation mit Eigentümer:innen bei öffentlich zugänglichen Privatflächen, abgestimmtes Hausrecht und Ersatzvornahme prüfen

Monitoring

- Monitoring für Raumnutzungskonflikte und Konsumrückstände verstetigen
- Ergebnisse zur Planung, Prävention und Angebotssteuerung nutzen
- Konflikte frühzeitig erkennen, Angebote anpassen

Entstigmatisierung, Nachbarschaft und Öffentlichkeitsarbeit

- Öffentlichkeitsarbeit stärken: Aufklärung über Suchterkrankungen, respektvollen Umgang mit konsumierenden Menschen und Informationen zu Hilfsangeboten
- Begegnung, Teilhabe und gemeinschaftliche Projekte fördern (z. B. Parkbänke gestalten, Kulturfest)
- Dialog- und Beschwerdemanagement stärken: niedrigschwellig, sichtbar, rückmeldeorientiert, moderierte Dialogformate

Literaturverzeichnis

Alles Münster. (2024). **Fläche für Drogenszene freigegeben.** Verfügbar unter: <https://www.allesmuenster.de/flaeche-fuer-drogenszene-freigegeben/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025

Arendt, I., & Werse, B. (2025). **MoSyD. Szenestudie 2024. Die offene Drogenszene in Frankfurt am Main.** Verfügbar unter: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/ISFF/MoSyD_Szenebefragung_24.pdf. Zugriffen: 06. November 2025

Ärzte der Welt e.V. (2025). **Medizinische Hilfe anonym und kostenfrei.** Verfügbar unter: <https://www.aerztderwelt.org/wp-content/uploads/2025/07/10-opmber-klientelflyer-2025.pdf>. Zugriffen: 30. Oktober 2025

Ärzteblatt, D. Ä. G., Redaktion Deutsches. (2018). **Diakonie eröffnet ersten Alkoholkonsumraum für Suchtkranke. Deutsches Ärzteblatt.** Verfügbar unter: <https://www.aerzteblatt.de/news/diakonie-eroeffnet-ersten-alkoholkonsumraum-fuer-suchtkranke-def6a932-705f-4e15-bd68-430d565b98ff>. Zugriffen: 9. November 2025

Bahnhofsmision Hamburg. (2025). **Social HUB: Soziale Koordination von Hilfsangeboten für obdachlose Menschen am Hauptbahnhof.** Verfügbar unter: <https://bahnhofsmision-hamburg.de/social-hub-am-hamburger-hauptbahnhof/>. Zugriffen: 3. November 2025

Berliner Stadtmission. (2025a). **Armut und Wohnungslosigkeit.** Verfügbar unter: <https://www.berliner-stadtmission.de/angebote/armut-und-wohnungslosigkeit>. Zugriffen: 6. November 2025

Berliner Stadtmission. (2025b). **Clearingstelle.** Verfügbar unter: <https://www.berliner-stadtmission.de/clearingstelle>. Zugriffen: 11. November 2025

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. (2023). **Safe Places - Sichere Orte für obdachlose Menschen: Vorstellung des ersten Safe Place in Friedrichshain und Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem Bezirk Neukölln.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/bezirksticker/2023/artikel.1288332.php>. Zugriffen: 16. Oktober 2025

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. (2022). **Große Anfrage Alkoholkonsum in Lichtenberg.** Verfügbar unter: https://bv-lichtenberg.berlin.de/pi-r/___tmp/tmp/45081036/884zjsVwIBt1X93a2R3BbwKQzduwtm6e7IHH2Lv8/ZqWjmp-dq/342744.pdf. Zugriffen: 6. November 2025

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. (2023). **Antrag zur Beschlussfassung**

Erweiterung der Suchtprävention und Suchthilfeplanung im Bezirk Lichtenberg. Verfügbar unter: https://bvvl-lichtenberg.berlin.de/pi-r/___tmp/tmp/45081036/pWaMo4ZgFlr4bO1aCOuZbOeOI84OldDFWXCShnG4/pTd-SpiBh/367284.pdf. Zugriffen: 7. November 2025

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. (2024). **Sanierte Skateanlage in Fennpfuhl eröffnet.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1459736.php>. Zugriffen: 16. Oktober 2025

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. (2025a). **Sanierungsbeirat Frankfurter Allee Nord.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/auf-einen-blick/buergerservice/bauen/artikel.711560.php>. Zugriffen: 4. November 2025

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. (2025b). **Bezirksregionenprofile + Kurzporträts.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/auf-einen-blick/buergerservice/gemeinwesen/artikel.772519.php>. Zugriffen: 9. November 2025

Bezirksamt Mitte von Berlin. (2016). **leopoldplatz. gemeinsam einen platz für alle gestalten. eine dokumentation.** Verfügbar unter: https://www.muellerstrasse-aktiv.de/mueller-aktiv/wp-content/uploads/2016/09/leopoldplatz_broschuere.pdf. Zugriffen: 16. Oktober 2025

Bezirksamt Mitte von Berlin. (2023). **Integriertes Handlungskonzept Leopoldplatz.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/praeventionskoordination/leopoldplatz/artikel.907979.php>. Zugriffen: 2. Oktober 2025

Breuer, F., Beckers, S. K., Dahmen, J., Gnirke, A., Pommerenke, C., & Poloczek, S. (2023). **Vorbeugender Rettungsdienst – präventive Ansätze und Förderung von Gesundheitskompetenz an den Schnittstellen zur Notfallrettung. Die Anaesthesiologie**, 72(5), 358–368. <https://doi.org/10.1007/s00101-023-01272-6>

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (2024). **Positionspapier der BAGFW zur EU-Förderperiode ab 2028: Mit dem Europäischen Sozialfonds die Transformation der Gesellschaft und der Arbeitswelt in Zukunft wirksam gestalten!** Verfügbar unter: https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/2024/BAGFW_Stellungnahme_ESF_ab_2028_10_06_2024.pdf. Zugriffen: 16. Oktober 2025

Bundesministerium für Gesundheit. (2025). **Sozialpsychiatrischer Dienst – Hilfe bei psychischen Krisen.** Verfügbar unter: <https://gesund.bund.de/sozialpsychiatrischer-dienst>. Zugriffen: 6. November 2025

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Verein für Berliner Stadtmission,

- & GEBEWO pro gGmbH. (2025). **Aufsuchende mehrsprachige Beratung.** Verfügbar unter: <https://triaberlin.de/>. Zugriffen: 4. November 2025
- Caritasverband für die Diözese Würzburg e. V. (2025). **Bezirkstagspräsident besucht Würzburger Wärmestube.** Verfügbar unter: <https://www.caritas-wuerzburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/ansicht/bezirkstagspraesident-besucht-wuerzburger-waermestube/>. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- Chance gGmbH. (2025). **Nachtcfé Arche der Ev. Kirchengemeinde Treptow.** Verfügbar unter: <https://sozialatlas-pankow.de/index.php/component/content/article/nachtscafe-arche-der-ev-kirchengemeinde-treptow?catid=357&Itemid=245>. Zugriffen: 4. November 2025
- Fixpunkt e. V. (2024). **Umsicht – Vorsicht.** Verfügbar unter: https://www.fixpunkt.org/wp-content/uploads/Umsicht-Vorsicht_Fixpunkt_eV_2024.pdf. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- Fixpunkt e.V. (2025a). **Mitte – Angebote und Zeiten.** Verfügbar unter: <https://www.fixpunkt.org/mitte/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- Fixpunkt e.V. (2025b). **GeTaMAX (01.01.2021 – 31.08.2023).** Verfügbar unter: <https://www.fixpunkt.org/getamax/>. Zugriffen: 4. November 2025
- Fixpunkt gGmbH. (2025a). **Peer-Projekt Neukölln.** Verfügbar unter: <https://www.fixpunktggmbh.org/peer-projekt-neukoelln/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- Fixpunkt gGmbH. (2025b). **Kreuzberg: Kotti-Kompass – niedrigschwellige Beschäftigung und Qualifizierung.** Verfügbar unter: <https://www.fixpunktggmbh.org/fuer-besucherinnen/kreuzberg-kotti-kompass-niedrigschwellige-beschaeftigung-und-qualifizierung/>. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- GEBEWO soziale Dienste. (2025). **Erstaufnahmeheim „Die Teupe“ – Wohnheim für Alleinstehende und Familien.** Verfügbar unter: <https://gebewo.berlin/erstaufnahmeheim-die-teupe>. Zugriffen: 9. November 2025
- Gemeinsamer Bundesausschuss. (2025). **Richtlinien-Psychotherapie bei Abhängigkeitserkrankungen: G-BA lockert Vorgaben.** Verfügbar unter: <https://www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen-meldungen/1282/>. Zugriffen: 9. Oktober 2025
- Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH. (2025). **SportJugend-BildungsZentrum Lücke.** Verfügbar unter: <https://www.kick-projekt.de/sportjugendbildungszentrum-luecke/>. Zugriffen: 31. Oktober 2025
- Gesundheitskollektiv Berlin e.V. (2025). **Geko - Euer Stadtteil-Gesundheits-Zentrum in Neukölln.** Verfügbar unter: <https://geko-berlin.de/>. Zugriffen: 6. November 2025

- hamburg.de GmbH. (2024). **Sozialraumläufer und Social HUB ergänzen soziale Maßnahmen rund um den Hauptbahnhof.** Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/aktuelles/pressemeldungen/2024-04-02-hauptbahnhof-weitere-massnahmen-802806>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- hamburg.de GmbH. (2025). **Zahl der Gewaltdelikte am Hamburger Hauptbahnhof um 25 Prozent gesunken.** Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-innere-und-sport/pressteservice/pressemeldungen/zahl-der-gewaltdelikte-am-hamburger-hauptbahnhof-um-25-prozent-gesunken-1020384>. Zugriffen: 4. November 2025
- Haverkamp, R., Hecker, M., Hennen, I., Hohendorf, I., Lukas, T., & Coomann, B. (2024). **SiBa-Werkzeugkasten der (Kriminal-)Prävention.** Verfügbar unter: <https://www.kkp-bw.de/aktuelles-details/aktuellste-news>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- hoffnungsorte hamburg e.V. (2025). **Social HUB. Bahnhofsmission Hamburg.** Verfügbar unter: <https://bahnhofsmission-hamburg.de/social-hub-am-hamburger-hauptbahnhof/>. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- IB Berlin-Brandenburg gGmbH. (2025). **Hitzehilfe beim IB in Berlin. Notunterkunft für obdachlose Menschen in Berlin-Schöneberg.** Verfügbar unter: <https://ib-berlin.de/hitzehilfe>. Zugriffen: 4. November 2025
- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (2025). **Johanniter-Notübernachtung Ohlauer 365.** Verfügbar unter: <https://www.johanniter.de/juh/lv-bb/rv-berlin/unse-re-standorte-und-einrichtungen-in-berlin/einrichtungs-detailseite/wohnungsloshilfe-berlin-4533/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- ka-news GmbH. (2018). **Alkoholkonsumraum in Karlsruhe: „Wir möchten damit ein Wohnzimmer für einen Teil der Szene anbieten“.** Verfügbar unter: <https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/alkoholkonsumraum-in-karlsruhe-wir-moechten-damit-ein-wohnzimmer-fuer-einen-teil-der-szene-anbieten-art-2284026>. Zugriffen: 9. November 2025
- Karuna eG. (2021). **Common Places Berlin-Lichtenberg. Nach Hause kommen & in Nachbarschaft leben.** Verfügbar unter: <https://de.readkong.com/page/karuna-eg-die-sozialgenossenschaft-mit-familiensinn-ein-5419415>. Zugriffen: 10. Oktober 2025
- Kassenärztliche Bundesvereinigung. (2020). **Soziotherapie.** Verfügbar unter: <https://www.kbv.de/praxis/verordnungen/soziotherapie>. Zugriffen: 9. Oktober 2025

- Kolke, A., & Pestotnik, M. (2025). **INFORMATIONSLATT. Aktuelle Zahlen rund um Sucht. Eine Zusammenstellung der Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH.** Verfügbar unter: https://www.berlin-suchtpraevention.de/wp-content/uploads/2025/03/250327_AktuelleZahlenSucht_FINAL.pdf. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- Liesegang, K. (2024). **Zusatzangebot für Obdachlose: 22 Schließfächer.** Verfügbar unter: <https://taz.de/Zusatzangebot-fuer-Obdachlose/!6009896/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- Medibüro Berlin. (2025). **Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen.** Verfügbar unter: <https://medibuero.de/>. Zugriffen: 11. November 2025
- My Way Soziale Dienste gGmbH. (2025). **Safe Places.** Verfügbar unter: <https://www.mywayberlin.de/safe-places/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- National Institutes on Drug Abuse (US). (2020). **Common Comorbidities with Substance Use Disorders Research Report.** Bethesda (MD). <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK571451/>. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- neuhland Hilfe in Krisen gGmbH. (2025). **Wege aus der Krise: Das Hilfeangebot des Berliner Krisendienst.** Verfügbar unter: <https://www.berliner-krisendienst.de/>. Zugriffen: 6. November 2025
- Norddeutscher Rundfunk. (2025, Juni 26). **Aus für Hilferuf-App am Hamburger Hauptbahnhof.** Verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/aus-fuer-hilferuf-app-am-hamburger-hauptbahnhof,hilferufapp-100.html>. Zugriffen: 31. Oktober 2025
- Pinel gGmbH. (2025). **Weiterbildung Ex-In Berlin.** Verfügbar unter: <https://www.pinel.de/angebote/ausbildung-ex-in/>. Zugriffen: 5. November 2025
- Polizei Hamburg. (2025). **„Allianz sicherer Hauptbahnhof“ zieht erste Zwischenbilanz.** Verfügbar unter: <https://www.polizei.hamburg/-allianz-sicherer-hauptbahnhof-zieht-erste-zwischenbilanz-786686>. Zugriffen: 4. November 2025
- Prowo Berlin gGmbH. (2024). **Modellprojekt „Scharnweber Straße“: ASOG Plus und Eingliederungshilfe in einem Haus.** Verfügbar unter: https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/8._AG_3_Slany_Prowo.pdf. Zugriffen: 28. Oktober 2025
- Richter-Kornweitz, A., & Utermark, K. (2013). **Werkbuch Präventionskette Herausforderungen und Chancen beim Aufbau von Präventionsketten in Kommunen.** Verfügbar unter: https://www.praeventionsketten-nds.de/fileadmin/media/downloads/Werkbuch-Praeventionskette_Doppelseite.pdf.

Zugegriffen: 09. Oktober 2025

- Riebe, A.-K., Andrzejewski, D., Guarascio, F., & Mayer-Béjanin, A. (2022). **NUDRA II. Ergebnisbericht. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnen.** Verfügbar unter: https://www.nudra.de/wp-content/uploads/20220630_NUDRAII_Abschlussbericht_Final.pdf. Zugegriffen: 31. Oktober 2025
- Schindel, D., Schenk, L., Karpenko, R., Dr. Lech, S., Matheis, E., Kleyer, C., et al. (2025). **Gesundheitliche und soziale Lage von Menschen in Wohnungslosigkeit in Berlin: Ergebnisse einer retrospektiven Sekundärdatenanalyse von zwei niedrigschwelligen Gesundheitsangeboten für die Jahre 2006 bis 2022. Studienabschlussbericht.** Verfügbar unter: <https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/46807/Studienabschlussbericht%20GIG1%2B2%202025.pdf>. Zugegriffen: 31. Oktober 2025
- Schreiter, S., Heidrich, S., Zulauf, J., Saathoff, U., Brückner, A., Majic, T., et al. (2019). **Housing situation and healthcare for patients in a psychiatric centre in Berlin, Germany: a cross-sectional patient survey.** *BMJ Open*, 9(12), e032576. <https://doi.org/10.1136/bmjopen-2019-032576>
- Senatskanzlei. (2023). **Berliner Sicherheitsgipfel. Ein sicheres Berlin. Machen. Maßnahmenpapier.** Verfügbar unter: https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/aktuelles/230908_anhang_massnahmenpapier_sicherheitsgipfel.pdf. Zugegriffen: 29. Oktober 2025
- Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung Berlin. (2025). **LADG-Ombudsstelle.** Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/lads/recht/ladg/ombudsstelle/>. Zugegriffen: 5. November 2025
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin. (2022). **Gesundheits- und Sozialstrukturatlas Berlin 2022.** Zugegriffen: 5. November 2022
- Sonntagsblatt. (2022). **Würzburger Projekt stärkt psychiatrische Versorgung Wohnungsloser.** Verfügbar unter: <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/epd/wuerzburger-projekt-staerkt-psychiatrische-versorgung-wohnungsloser>. Zugegriffen: 16. Oktober 2025
- Stadt Frankfurt am Main. (2025). **Wir sind Frankfurt Wir packen mit an!** Verfügbar unter: <https://cleanffm.de/>. Zugegriffen: 31. Oktober 2025
- Stadt Münster. (2025). **Bremer Platz.** Verfügbar unter: <https://www.stadt-muenster.de/aktuelles/newsdetail/bremer-platz>. Zugegriffen: 2. Oktober 2025
- Stadtteilkoordination Schöneberg Nord. (2022). **Eröffnung Kontaktcafé**

- „Bülow Eck“. Verfügbar unter: <https://schoeneberg-nord.berlin/eroeffnung-kontaktcafe-buelow-eck/>. Zugriffen: 6. November 2025
- Steckhan, S., Werse, B., Prepeliczay, S., Klaus, L., Padberg, C., Auwärter, V., et al. (2020). **Handlungsempfehlungen des Forschungsverbunds DRUSEC (Drugs and Urban Security) für Städte mit offenen Drogenszenen und Drogenkonsumräumen**. Verfügbar unter: https://www.uni-frankfurt.de/95296258/DRUSEC_Handlungsempfehlungen_Deutschland_offene_Szene_final.pdf. Zugriffen am: 07. Oktober 2025
- Stöver, H., & Leicht, A. (2025). **Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Crack-Konsum im Kontext der Drogen- und Suchthilfe - ein Update Januar 2025**. Berlin: akzept e.V. Verfügbar unter: <https://www.akzept.eu/wp-content/uploads/2025/04/HandlungsempfehlungenUpdate2025web.pdf>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- Straßenkinder e.V. (2025). **Das Straßenkinderhaus BUTZE**. Verfügbar unter: <https://strassenkinder-ev.de/butze/>. Zugriffen: 31. Oktober 2025
- thinkSi3 GmbH. (2025). **Bahnhofsläufer:Innen**. Verfügbar unter: <https://www.think-sihoch3.com/bahnhofslaeuferinnen-draft/>. Zugriffen: 2. Oktober 2025
- Tossmann, P., & Kasten, L. (2023). **Entwicklung einer Landesstrategie Sucht. Ergebnisse der wissenschaftlichen Feldanalyse. Zusammenfassung und Empfehlungen**. delphi Gesellschaft für Forschung, Beratung und Projektentwicklung mbH. Verfügbar unter: https://delphi.de/wp-content/uploads/2023/12/Zusammenfassung-und-Empfehlungen-041223_bf.pdf. Zugriffen: 9. Oktober 2025
- Trialogische Arbeitsgemeinschaft EX-IN Bayern. (2020). **EX-IN Genesungsbegleitung für Oberbayern. Eine Handreichung**. Verfügbar unter: <https://ex-in-by.de/wp-content/uploads/2023/12/EX-In-Genesungsbegleitung-in-Oberbayern-Handreichung-Sept-2020.pdf>. Zugriffen: 16. Oktober 2025
- Umwelt- und Naturschutzamt. (2025). **Machbarkeitsstudie**. Unveröffentlichte Studie, Berlin.
- Verbeeck, K. (2025). **Pilotprojekt zu Hilferuf-App am Hamburger Hauptbahnhof abgeschlossen**. Deutsche Bahn AG. Verfügbar unter: <https://www.deutschebahn.com/de/presse/presse-regional/pr-hamburg-de/aktuell/presseinformationen-regional/Pilotprojekt-zu-Hilferuf-App-am-Hamburger-Hauptbahnhof-abgeschlossen-13417440>. Zugriffen: 31. Oktober 2025
- Wendepunkt gGmbH. (2025). **Infopoints. Was bieten die Infopoints am vorderen und hinteren Leopoldplatz?** Verfügbar unter: <https://www.platz-team-leo.de/unser-angebot>. Zugriffen: 2. Oktober 2025

Anhang

Projekte und Anlaufstellen für Migrant:innen in Berlin

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern präsentiert eine Auswahl an Projekten in Berlin. Stand: November 2025

Gesundheitsversorgung

Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen der Berliner Stadtmission

Sprachangebot: Englisch, Französisch, Vietnamesisch, Russisch, Polnisch, Spanisch, Arabisch, Rumänisch

Zinzendorfstraße 18/Eingang Levetzowstraße, 10555 Berlin-Moabit

Tel: 030 690 33 5972

E-Mail: clearingstelle@berliner-stadtmission.de

Website: <https://www.berliner-stadtmission.de/clearingstelle>

Medibüro Berlin: Gesundheitsnetzwerk für Migrant*innen

Sprachangebot: Englisch, Arabisch, Rumänisch, Französisch, Spanisch, Russisch
Gneisenaustr. 2a, 10691 Berlin-Kreuzberg

Tel.: 030 694 67 46

E-Mail: info@medibuero.de

Website: <https://medibuero.de/>

Stiftung SPI: Integrierte Suchtberatung Lichtenberg

Sprachangebot: Arabisch, Englisch

Möllendorffstr. 59, 10367 Berlin-Lichtenberg

Tel.: 030 5568040

E-Mail: suchtberatung-lichtenberg@gwb.stiftung-spi.de

Website: <https://www.stiftung-spi.de/service/projekte/detail/suchtberatung-lichtenberg>

Triaphon gGmbH: Medizinische Dolmetsch – Hotline

Sprachangebot: Arabisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Bulgarisch, Farsi/Dari, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Türkisch, Ukrainisch oder Vietnamesisch

Bessemmerstraße 2-14, 12103 Berlin-Tempelhof

Tel.: 030-58849008

E-Mail: info@triaphon.org

Website: <https://triaphon.org/>

Vista gGmbH: Drogen- und Suchtberatung Marzahn-Hellersdorf

Sprachangebot: Niederländisch, Englisch, Russisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch

Allee der Kosmonauten 47, 12681 Berlin-Marzahn

Telefon: 030290278181

E-Mail: marzahn@vistaberlin.de

Website: <https://www.vistaberlin.de>

SprInt Berlin: Sprach- und Integrationsmittlung im Gesundheitsbereich

Sprachangebot: Arabisch, Bambara, Bosnisch, Bulgarisch, Dari/Farsi, Französisch, Fula, Georgisch, Kroatisch, Kurdisch-Kurmanci, Maninka, Mazedonisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch, Spanisch, Susu, Türkisch, Ukrainisch, Vietnamesisch

Eisenacher Straße 3, 10777 Berlin-Schöneberg

Tel.: 030 235 99 470

E-Mail: service@sprint-berlin.de

Website: <https://www.sprint-berlin.de/>

Beratungsangebote für wohnungslose Menschen

TRIA: Aufsuchende mehrsprachige Beratung durch Caritas und Berliner Stadtmission

Sprachangebot: Bulgarisch, Russisch und Rumänisch

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Moabit

Tel.: 0172 960 78 34

E-Mail: tria@caritas-berlin.de

Verein der Berliner Stadtmission der Evangelische Kirche

Lehrter Straße 68, 10557 Berlin-Moabit

Tel.: 030 69 03 35 20

E-Mail: tria@berliner-stadtmission.de

Website: <https://triaberlin.de/>

Barka e.V.: Straßensozialarbeit für wohnungslose EU-Bürger*innen aus Mittel- und Osteuropa

Sprachangebot: Polnisch, Rumänisch, Bulgarisch, Englisch, Deutsch

Glogauer Str. 21, 10999 Berlin-Kreuzberg

Tel.: +49 177 2398 006

E-Mail: info@barkade.eu

Website: <https://barkade.eu/>

Frostschutzengel: Aufsuchende Sozialberatung für wohnungslose Menschen

Sprachenangebot: Rumänisch, Russisch, Polnisch, Bulgarisch, Englisch, Deutsch

Stralauer Platz 32, 10243 Berlin-Friedrichshain

Tel.: 030 346 555 00

E-Mail: beratung@frostschutzengel.de

Website: <https://frostschutzengel.de/index.php>

Klik e.V.: Unterstützung und Beratung für junge EU-Binnenmigrant*innen in Wohnungsnotfällen

Sprachangebot: Deutsch, Englisch, Polnisch, Rumänisch und Bulgarisch

Torstraße 210, 10115 Berlin-Mitte

Tel.: 030 235 9797 0

E-Mail: empfang@klik-berlin.de

Website: <https://klik-berlin.de/>

Phinove e.V.: Erst- und Orientierungsberatung für Rumänen und Bulgaren im Wohnungsnotfall

Sprachangebot: Bulgarisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Romanes, Rumänisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Spanisch, Türkisch

Harzer Straße 64A, 12059 Berlin-Neukölln

Tel.: 030 20951709

E-Mail: info@phinove.org

Website: <https://phinove.org/>

Nostel: vorübergehende Unterbringung wohnungsloser Unionsbürger-Familien

Bornholmer Straße 77, 10439 Berlin und Harzer Straße 64a, 12059 Berlin

Arbeitsberatung

Arbeit und Leben: Arbeitsrechtliche Unterstützungsangebote für Migrant:innen und mobile Arbeitende

Lorenzweg 5, 12099 Berlin-Tempelhof

E-Mail: Office@berlin.arbeitundleben.de

Website: <https://www.berlin.arbeitundleben.de/migration-und-gute-arbeit/>

BEMA: Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit: arbeits- und sozialrechtliche Beratung für eingewanderte Menschen und mobile Arbeitnehmer*innen

Sprachangebot: Polnisch, Russisch, Rumänisch, Moldauisch, Bulgarisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch, Türkisch, Arabisch, Kurdisch, Deutsch, Englisch

Lorenzweg 5 (Aufgang A, 1. OG), 12099 Berlin-Tempelhof

Tel.: 030 / 5130 192-12

E-Mail: migration@berlin.arbeitundleben.de / arbeitsrecht@berlin.arbeitundleben.de

sozialrecht@berlin.arbeitundleben.de

Website: <https://bema.berlin/kontakt/>

Mobi Job: Mobile Jobberatung für geflüchtete Menschen

Sprachangebot: Deutsch, Englisch, Französisch, Farsi, Spanisch, Ukrainisch, Russisch und Arabisch

Diverse Beratungsorte unter <https://www.mobijob-berlin.de/unsere-standorte>

Schönwalder Allee 26/50, 13587 Berlin-Spandau

Tel: 030 - 203 89 94 – 0

E-Mail: info@gesbit.de

<https://www.mobijob-berlin.de/>

Weitere Beratungsangebote

Aufwind e.V.: Beratungsstelle Südosteuropa für neuzugezogene

Unionsbürger:innen

Sprachangebot: Rumänisch, Romanes, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Mazedonisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch

Beratungsadresse: Vierwaldstätter Weg 5, 13407 Berlin-Reinickendorf

Tel.: 030 319 89 12 00

E-Mail: info@aufwind-berlin.de

Website: <https://www.aufwind-berlin.de/beratungsstelle-suedosteuropa>

Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen e.V.: Beratungsstelle für zugewanderte und geflüchtete Menschen

Sprachangebot: Albanisch, Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Hindi, Kurdisch (Kurmandschi), Persisch (Dari/Farsi), Rumänisch, Russisch, Serbisch, Türkisch, Ukrainisch, Urdu, Vietnamesisch

Neustrelitzer Straße 63, 13055 Berlin-Lichtenberg

Tel.: 0309814546

E-Mail: info@bi-berlin.org

Website: <https://www.bi-berlin.org>

Integrationslots:innen Lichtenberg: Beratung und Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund

Sprachangebot: Deutsch, Arabisch, Farsi/Dari, Kurdisch, Paschtu, Russisch, Ukrainisch, Vietnamesisch

Schulze-Boysen-Straße 38, 10365 Berlin-Lichtenberg

Tel.: 030 55 48 96 35

Mobil: 01525 479 92 52

E-Mail: Elena.Dressler@kiezspinne.de

Website: <https://www.kiezspinne-fas.org/unsere-aktivitaeten/projekte/integrationslotsen/>

KuB: Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Sprachangebot: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Farsi, Russisch

Oranienstr. 159, 10969 Berlin-Kreuzberg

Tel.: 030 614 94 00

E-Mail: kontakt@kub-berlin.org

Website: <https://kub-berlin.org/de/>

Nevo Foro: Anlauf- und Beratungsstelle des amaro foro e.V. für Rom*nja aus EU-Staaten, Rumänien und Bulgarien

Sprachangebot: Rumänisch und Bulgarisch

Kaiser-Friedrich-Str. 19, 10585 Berlin-Charlottenburg

Tel.: 030 610 811 020

Tel.: 030 610 811 021

E-Mail: anlaufstelle@amarofo.de

Webseite: <https://amarofo.de/projekte/anlaufstelle/>

südost Europa Kultur e.V.: psychosoziale Arbeit, kulturelle Aktivitäten und gesellschaftliches Engagement

Großbeerenstraße 89, 10963 Berlin-Kreuzberg

Tel.: 030 2537799-0

Website: <https://www.suedost-ev.de/index.php>

südost zentrum: Beratungs- und Begegnungszentrum für Zuwanderer und Geflüchtete aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens

Sprachangebot: Serbisch, Bosnisch, Kroatisch, Albanisch

Kontakt: s.o.

LIBEZEM: Lichtenberger Beratungs- und Begegnungszentrum

Sprachangebot: Bulgarisch, Rumänisch, Deutsch, Ungarisch, Kroatisch

Rhinstraße 9, 10315 Berlin-Lichtenberg

Tel.: 030 522 92 00

E-Mail: dr.manfred.heinrich@suedost-ev.de

Website: <https://www.libezem-suedost.de/>

Website: <https://www.suedost-ev.de/perspektive-lichtenberg/perspektive-lichtenberg.php>

Beratung für moldawische Geflüchtete

Website: <https://www.suedost-ev.de/beratung-fuer-moldawische-gefluechtete/beratung-fuer-moldawische-gefluechtete.php>

Willkommenszentrum: Beratungsstelle der Beauftragten des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration

Sprachangebot: Englisch, Polnisch, Russisch, Arabisch, Farsi, Serbokroatisch, Spanisch, Türkisch

Potsdamer Straße 61, 10785 Berlin-Mitte

Tel.: 030 9017-23172

E-Mail: beratung@intmig.berlin.de

Website: <https://www.berlin.de/willkommenszentrum/>

Putardo Unar: Niedrigschwellige Sozialberatung der Kulturen im Kiez e.V.

Sprachangebot: Romanes, Bulgarisch, Rumänisch, Serbo-Kroatisch-Bosnisch

Paulstr.4, 10557 Berlin-Moabit

Tel.: 03098327767

E-Mail: info@kulturen-im-kiez.de

Website: <http://kulturen-im-kiez.de/>

Weitere Anlaufstellen

Socialmap berlin: Wegweiser für soziale Angebote in Berlin

<https://socialmap-berlin.de/list/l/de>

Allgemeine unanhängige Sozialberatung

https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/uebergreifende-angebote/allgemeine-unabhaengige-sozialberatung/#headline_1_3

Angebote für wohnungslose EU-Bürger:innen

<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/wohnungslose/angebote/>

Kostenlose Beratung für Geflüchtete

<https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/asylberatunginfoblatt.pdf>

Adressbuch der Flüchtlingsberatung Berlin 2023

<https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/adrflueberatung.pdf>



in Trägerschaft von



gefördert durch



Impressum

Herausgeber

Projekt Lebenswert Lichtenberg -
Suchthilfe und -prävention
weiterdenken (pad gGmbH)
Kastanienallee 55
12627 Berlin
Info@pad-berlin.de

Im Auftrag und gefördert durch

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Qualitätsentwicklung, Planung und
Koordination des öffentlichen
Gesundheitsdienstes
Oberseestr. 98
13053 Berlin

Autorinnen

Sina Schneider (Projektleitung)
Julia Panaseth, Kristin Lahn

Lektorat

Gerd-Michael Bergmann
Marc Kamin
Jenny Kuba
Dr. Heike Schmid
Annika Eckel

Berlin, November 2025

Podcast Lebenswert Lichtenberg

<https://www.youtube.com/@padggmbh>
Spotify: <https://tinyurl.com/ypf8ys5w>



V.i.S.d.P.

Andreas Wächter, pad gGmbH,
Kastanienallee 55, 12627 Berlin

